

Rechtsextremismus in Deutschland

Eine Handreichung



Inhalt

Vorwort	3
Informationen	5
Einführung: Rechtsextremismus, Recht und Grundgesetz	6
Geschichte des Rechtsextremismus nach 1945: Phasen von Politik und Gewalt	8
<i>Rechtsextremismus in der Nachkriegszeit – erster und zweiter Schub</i>	8
<i>Rückgang und Reorganisation des Neonazismus und Rechtsextremismus in der sozialliberalen Ära</i>	9
<i>Der dritte Schub und die »Neue Rechte«</i>	10
Rechtsextreme Politik und Gewalt seit 1990	12
Rechtsextreme Parteien und Organisationen	13
<i>Die Republikaner</i>	13
<i>DVU</i>	14
<i>NPD</i>	15
<i>Weitere neonazistische Organisationen und »Kameradschaften«</i>	16
Rechtsextremismus neuen Typs	17
<i>Alltagsrechtsextremismus und Angstzonen</i>	18
<i>»Freie Kameradschaften« und die neue Bewegungs-NPD</i>	19
Ursachen und Dimensionen des Rechtsextremismus	21
<i>Manche Alltagsdeutung führt in die Irre – und zur falschen Politik</i>	21
<i>»Neue Rechte« und neuer Nationalismus</i>	22
<i>Fremdenfeindliche Einstellungen</i>	23
<i>Psychosoziale Ursachen und autoritäre Aggression</i>	24
<i>Ökonomisch-soziale Aspekte und Transformationskrise</i>	25
<i>Rechtsextremismus als soziale »Lifestyle-Bewegung« und Alltagskultur</i>	26
<i>Rechtsextreme Agitation (am Beispiel von Texten Horst Mahlers)</i>	26
<i>Rechtsextreme Medien und Publizistik</i>	27
<i>Rechtsextremisten in der demokratischen Öffentlichkeit</i>	27
<i>Ein rechtsextremer Schwelbrand?</i>	28
Rechtsextremismus und Internet	29
Wie gefährlich ist der Rechtsextremismus für die Demokratie?	31

Handlungsempfehlungen	33
Maßnahmen gegen Rechtsextremismus auf Bundesebene	34
<i>Handlungsansätze, Strategien und Perspektiven</i>	34
<i>Laufende Maßnahmen, Programme und Projektmittel gegen Rechtsextremismus</i>	34
Lokale Fallbeispiele rechtsextremer Dynamiken und politischer Fehlentwicklungen	38
<i>Rostock-Lichtenhagen: Die Ausschreitung</i>	
<i>als Höhepunkt politisch-sozialer Fehlentwicklung</i>	38
<i>Rechtsextreme »Zonen der Angst« in Ostdeutschland: vier Beispiele</i>	39
<i>Rechtsextreme Szenen und Milieus in Westdeutschland</i>	42
Ausgewählte Praxisbeispiele: 50 praktische Projekte und Ansätze gegen Rechtsextremismus	45
Weitere Alternativen und Impulse durch die Politik	53
<i>Zur Erhöhung des staatlichen Verfolgungsdrucks</i>	53
<i>Arbeit gegen Diskriminierung</i>	53
<i>Zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und des Opferschutzes</i>	54
<i>Zur Förderung der politischen Bildung und langfristigen Vorbeugung</i>	55
<i>Zur Unterstützung von Jugendarbeit als Teil kommunaler Demokratisierung</i>	56
<i>Welche weiteren politischen Handlungen sind sinnvoll?</i>	57
Rechtsextreme Organisationen, Publizistik und Internet-Adressen	59
<i>Rechtsextreme Organisationen, Publikationen und Verlage</i>	59
<i>Rechtsextreme Seiten im Internet</i>	65
Ausgewählte Internet-Adressen und Kontakte gegen Rechtsextremismus	66
Kommentierte Literaturhinweise	70
<i>Zeitschriften und Periodika zum Rechtsextremismus</i>	70
<i>Ausgewählte und zitierte Bücher und Aufsätze</i>	70

Vorwort

Rechtsextremismus ist eine der größten Herausforderungen für die Demokratie.

Die hier vorliegende Broschüre soll zwei Aufgaben und Bedürfnissen nachkommen: Erstens bietet sie, anders als andere Studien und Sammlungen, die in jüngerer Zeit erschienen sind, einen knappen Gesamtüberblick über Rechtsextremismus in Deutschland. Zweitens zeigt sie, ebenfalls im Überblick, konkrete politische Handlungsmöglichkeiten und Handlungsansätze auf, die für Politik und Gesellschaft eine Orientierung bieten können.

Die Broschüre kann chronologisch gelesen werden. Sie ist aber zugleich so angelegt, dass die einzelnen Kapitel auch als »Bausteine« unabhängig voneinander nutzbar sind – gleichsam wie ein Nachschlagehandbuch. Die ersten, eher analytischen Teile, die nur knappe Hinweise für die direkte Praxis enthalten, sind für das Verständnis

gerade des »Neuen Rechtsextremismus« von Bedeutung. Auch als Argumentationshilfen in Debatten über Rechtsextremismus sind sie von praktischem Nutzen. Sie sind aber keine notwendige Voraussetzung für die Lektüre des Broschüren-Teiles mit den konkreten politischen Ideen und Ansätzen.

Diese Ausarbeitung geht auf eine Initiative der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion zurück.

Wir danken den Autoren Hajo Funke und Lars Rensmann sowie Bernd Sommer und Hans-Peter Waldhoff für die gute Zusammenarbeit.

Sebastian Edathy, MdB
Kerstin Griese, MdB

Informationen

Einführung: Rechtsextremismus, Recht und Grundgesetz

Das Grundgesetz speist sich normativ aus der Abkehr vom Nationalsozialismus und seinen menschenfeindlichen, antisemitischen und rassistischen Rechtsnormen. Es richtet sich gegen die Ideologie »natürlicher« und rechtlicher Ungleichheit. Das Grundgesetz sieht dabei einen besonderen Schutz der Grundrechte vor. Der Schutz der Grundrechte ist, anders als in den klassischen westlichen Demokratien mit deren Grundrechts- und Menschenrechtstraditionen, ausdrücklich und als unmittelbar geltendes Recht in der Verfassung verankert.

Rechtsextreme Orientierungen richten sich vor allem gegen diesen Aspekt der Rechtsordnung. Sie sind autoritär und antidemokratisch. Sie richten sich gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, also den zentralen freiheitlich-demokratischen Grundwert, nach dem alle Menschen gleichberechtigt und gleichwertig sind. Sie bestehen dagegen auf willkürlichen, rassistisch, fremdenfeindlich und autoritär begründeten Über- und Unterordnungsverhältnissen.

Die Ablehnung der fundamentalen Menschenrechte, die Ablehnung der individuellen demokratischen Freiheits- und Bürgerrechte wie des Rechts auf körperliche Unversehrtheit sind die wesentlichen verfassungsfeindlichen Dimensionen des Rechtsextremismus. Rechtsextreme stellen vermeintliche Staats- und »Volksrechte« über die Grund- und Menschenrechte.

Dem untergeordnet sind weitere Angriffe auf die vom Bundesverfassungsgericht im »SRP-Urteil« von 1952 (Verbot der neo-nazistischen »Sozialistischen Reichspartei«) definierte freiheitlich-demokratische Grundordnung, u. a. Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte, Oppositionsfreiheit usw.

Schon das Grundgesetz enthält eine Reihe von Vorschriften, die den Bestandsschutz der Demokratie gegen verfassungswidrige Bestrebungen sichern sollen. Dies soll durch gesetzliche Regelungen gewährleistet werden, aber auch durch Organe und Institutionen, im Besonderen durch das

Bundesamt für den Verfassungsschutz. Wichtige Vorschriften sind (jenseits des Strafrechts, §§ 80ff., 129a StGB):

■ Das Verbot politischer Parteien

Art. 21, Abs. 2 GG besagt, dass Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, verfassungswidrig sind. Über die Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

■ Das Verbot von Vereinen

Art. 9, Abs. 2 GG bestimmt, dass Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten sind. Das Verbot muss durch eine Auflösungsverfügung der zuständigen Behörde, in der Regel der Innenministerien, konkretisiert werden.

■ Die Verwirkung von Grundrechten

Nach Art. 18 GG verwirkt die Grundrechte, wer z. B. die Meinungsfreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit oder die Vereinigungsfreiheit zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung missbraucht. Verwirkung und Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Mit dem »Radikalenerlass« 1972 wurde staatlicherseits ein neuer Begriff geschaffen, der es den Behörden erlauben soll, im Vorfeld der grundgesetzlichen »Verfassungswidrigkeit« »staatsschützend« aktiv zu werden: die »Verfassungsfeindlichkeit«. Wer diese politisch aktiv um- und durchsetzen will, ist Urheber einer »verfassungsfeindlichen Bestrebung« (BVerfG). Allerdings verstanden Verfassungsschutz und Bundesinnenministerium auf der Seite des »Rechtsextremismus« bisher meist nur das als »verfassungsfeindliche Bestrebung«, was sich neben rechtsextremer Ideologie auch durch Gewaltanwendungen auszeichnet (vgl. Gessenharter/Fröchling 1999, 29).

Während zahlreiche »verfassungswidrige« Organisationen in der Geschichte der Bundesrepublik verboten wurden, sprach das Bundesverfassungsgericht seit dem KPD-Verbot 1956 kein weiteres Parteienverbot aus. Zwar wurden 1994 Anträge auf Verbot der Nationalen Liste (NL) und der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) gestellt, doch wurde diesen Gruppierungen seitens des Bundesverfassungsgerichts der Parteienstatus nicht zuerkannt (BverfGE 91, 262 u. 276), so dass die zuständigen Innenministerien sie darauf als Vereinigung verbieten konnten. Dass in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland keine weiteren Parteien verboten wurden, liegt vor allem an dem besonderen Schutz, welcher für

Parteien von den Verfassungsgebern im Grundgesetz festgeschrieben wurde. Rechtsextrem ausgerichtete Parteien, Personen, Publikationen und Verbände haben zudem aber auch zunehmend »ihr öffentliches Auftreten an den festgelegten Grenzen« orientiert (Gessenharter/Fröchling 1999, 29). Dies sagt allein aber nur wenig über den Gehalt und die dort versammelten und gebundenen rechtsextremen Einstellungen. Es muss also bei Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen unterschieden werden zwischen formalen und taktischen Lippenbekenntnissen zu Grundgesetz und Demokratie und der inhaltlichen Unvereinbarkeit mit dem Geist der demokratischen Verfassung.

Geschichte des Rechtsextremismus nach 1945: Phasen von Politik und Gewalt

Mit dem Problem des Umgangs mit dem nationalsozialistischen Erbe ist zugleich die spezifische Nachkriegssituation der extremen Rechten umrissen. Die Rechtsextremen hatten sich nicht aus dem Schatten Hitlers befreit: Fasziniert von Ideen oder Elementen der nationalsozialistischen Ideologie bewegten sie sich angesichts der totalen moralischen und politisch-militärischen Niederlage des Nationalsozialismus und der machtpolitischen Situation in der Bundesrepublik zwischen NS-Verteidigung und opportunistischer Anpassung an die neuen Verhältnisse. Ein Verständnis des bundesdeutschen Rechtsextremismus erschließt sich, das zeigt seine Geschichte in der Bundesrepublik, nicht ohne den spezifischen politisch-kulturellen und sozialen Kontext, in dem er sich bewegt.

Rechtsextremismus in der Nachkriegszeit – erster und zweiter Schub

Die erste größere Welle des Rechtsextremismus breitete sich aus, als sich mit Hilfe der westlichen Alliierten die Demokratie etablierte. Mit der neonationalsozialistischen Agitation gegen Sieger und »Siegerjustiz« und deren »deutsche Erfüllungsgehilfen« füllten Anfang der 1950er Jahre rechtsextreme Redner die Säle. Besondere Prominenz gewann Ernst Otto Remer, der 1944 den Widerstand vom 20. Juli in Berlin mit der »Leibstandarte Adolf Hitler« niederschlug und der Anfang der 1950er Jahre Agitator der nationalsozialistischen SRP (»Sozialistische Reichspartei«) war. Die SRP gewann in Landtagswahlen bis zu elf Prozent. 1952 wurde sie im ersten Parteienverbotsprozess des neugegründeten Bundesverfassungsgerichts verboten (BVerfGE 2, 1). Auch die weit gediehenen Unterwanderungsbemühungen einer Gruppe um Werner Naumann in der nordrhein-westfälischen FDP zur gleichen Zeit zeigen die beträchtlichen Bemühungen der Rechtsextremen, sich neu zu organisieren. Im letzteren Fall wurde mittels einer Verbindung von (ehemaligen) Nationalsozialisten und Deutschnationalen in Teilen der FDP die Wiederauflage der »Harzburger Front« (eine gegen das Kabinett Brüning gerichtete

Bündelung nationalistischer Kräfte unter Einchluss der NSDAP) gesucht. Erst als die britische Besatzungsmacht diese Unterwanderungsversuche durch Verhaftungsaktionen und Gerichtsprozesse beendete, war dieser Versuch der Rechtsextremen der frühen Bundesrepublik gescheitert.

Parallel entwickelten die Rechtsextremen ein vielfältiges Netz an Organisationen, Zeitschriften und Vereinen: eine Form des bis heute existierenden »subkulturellen« Rechtsextremismus, der an dem verbreiteten Unmut ehemaliger Nationalsozialisten über die demokratische Ordnung und an entsprechende autoritäre nationalistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen in Teilen der Bevölkerung in Westdeutschland anzuschließen versuchte.

Mit dem zweiten Wahlsieg Konrad Adenauers (CDU) und seiner Koalition 1953, der schrittweisen Anerkennung der Bundesrepublik im Prozess der Westintegration und nicht zuletzt im ökonomisch-sozialen Aufstieg des Landes ebte dieser erste rechtsextreme Nachkriegsschub ab. Erst gegen Ende der Ära Adenauer, im Zuge erster ökonomischer Probleme und Irritationen über den scheinbar Sicherheit verbürgenden »CDU-Staat«, zeichnete sich ein zweiter, schwächerer Schub des Rechtsextremismus ab. Hinzu kam, dass das »kommunikative Beschweigen« (Hermann Lübbe) des Nationalsozialismus Anfang der 1960er Jahre aufgebrochen wurde: durch das hohe Interesse am Eichmann-Prozess in Jerusalem und am Auschwitz-Prozess in Frankfurt a.M. 1963–1965. Dieser war maßgeblich vom damaligen hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer geprägt. Das löste aggressive Reaktionen bei den »ewig Gestrigen« aus.

Die 1964 als rechtsextremes Sammelbecken gegründete NPD (»Nationaldemokratische Partei Deutschlands«) erreichte in den folgenden Jahren bei Landtagswahlen Wahlergebnisse zwischen 5,8 Prozent und 9,8 Prozent und zog in sieben Landesparlamente ein, ehe sie 1969 bei der Bundestagswahl mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und damit in eine Krise geriet.

Zunächst hatte die NPD nach dem Scheitern der Deutschen Reichspartei als Sammlungsbewegung versucht, gerade auch politische Kräfte, die nicht direkt als nationalsozialistisch galten, zu bündeln und damit auch für breitere Wählerschichten attraktiv zu sein. Dazu hatte man den als gemäßigt geltenden Friedrich Thielen zum NPD-Vorsitzenden gemacht, während die neonationalsozialistischen Kader der ehemaligen Deutschen Reichspartei (DRP) und deren ehemaliger Vorsitzender Adolf von Thadden sich nach außen zurückhielten. Aber schon im Jahre 1967 wurde Thielen durch die Radikaleren um von Thadden als Parteivorsitzender abgelöst. Nach der Wahlniederlage von 1969 zerfiel dieses Bündnis von eher gemäßigten und eher radikalen Nationalisten. Damit war das Ende der kurzen und begrenzten zweiten Welle des westdeutschen Rechtsextremismus besiegelt.

Rückgang und Reorganisation von Neonazismus und Rechtsextremismus in der sozialliberalen Ära

Die sozialliberale Koalition von Willy Brandt und Walter Scheel wollte »mehr Demokratie wagen«, griff Motive der Protestbewegung der 1960er Jahre auf, begann eine Phase der Entspannungspolitik und trug durch symbolische Schritte wie den Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos zu einer neuen Phase der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bei. Diese blieb allerdings nicht ohne polarisierende Reaktionsbildungen am rechten Rand (»Brandt an die Wand«). Diese Entscheidungen und Prozesse liberalisierten zusammen mit sozialen Reformansätzen das politische Klima in der Bundesrepublik und stärkten die Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft – freilich nicht ohne Brüche und Rückschläge. Dennoch verengten sich für einen längeren Zeitraum die Chancen rechtsextremer Formierungsversuche.

Die schwere Niederlage des organisierten Rechtsextremismus 1969 und die inneren Zerwürfnisse etwa in der NPD führten zu drei Reaktionsformen des Rechtsextremismus auf seine Krise:

- Zu einer neuen Sammlungsbewegung mit der Gründung der DVU (»Deutsche Volkunion«)

durch den nationalistischen Verleger und Immobilienhändler Gerhard Frey zum 100. Jahrestag der Bismarckschen Reichsgründung 1971. Die DVU bot sich als überparteiliches Sammel- und Auffangbecken für die zerfallene extreme Rechte an. Sie diente zunächst mehr der Anziehung von Mitgliedern als einer aktiven politischen Organisierung. Mit ihrer offensiven Form der Mitgliederwerbung konnte sie die Mitgliederzahlen der NPD überflügeln.

- Gegen den konventionellen, parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus entwickelte sich zunächst auch innerhalb der NPD eine neue Generation radikalierter, auch gewaltbereiter Neonazis. Jüngere Rechtsextreme innerhalb und außerhalb der NPD forderten radikalere und militantere Formen, wie sie mit der »Aktion Widerstand« auch innerhalb der NPD gegen die Ostverträge praktiziert worden waren. Die Jugendorganisation der NPD, die »Jungen Nationaldemokraten«, entwickelten sich hier schon einmal, wie später in den 1990er Jahren, zum »Durchlauferhitzer« für jüngere Neonazi-Gruppen. Sie wirkten mit einem altnazistischen »subkulturellen« Milieu zusammen, das sich in der Bundesrepublik in randständigen Zirkeln hielt. Hierbei konnte sich seit Mitte der 1970er Jahre Michael Kühnen als eine zentrale Führungsperson der militanten Neonazis durchsetzen. Dieser hat im Laufe der folgenden Jahre eine große Zahl von Organisationen gegründet, welche vielfach verboten wurden und jeweils in Ersatzorganisationen mündeten. Aus diesem Milieu bildeten sich auch immer wieder rechtsterroristische Gruppen und Strömungen wie die »Wehrsportgruppe Hoffmann« (mit über 600 Mitgliedern), die Mordanschläge plante und umsetzte. Paramilitärische Neonazigruppen tendierten zunehmend zur systematischen Gewaltanwendung. So verübten nach Verfassungsschutzbericht (VSB) die »Deutschen Aktionsgruppen« um Manfred Roeder allein 1980 nicht weniger als sieben Brand- und Sprengstoffanschläge (vgl. VSB 1982, 126). Nach Verboten militanter Neonazi-Gruppen durch Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP) sammelten sich Neonazis u.a. um Friedhelm Busse und seine »Volks-Sozialistische Bewegung Deutschlands« (VSBD).

■ Daneben entwickelten sich Ansätze einer »Neuen Rechten«, die sich vorgeblich von der »Alten Rechten« absetzen wollte und sich ein an demokratisch-rechtliche Normen angepasstes Gewand anzulegen suchte. Neue gesellschaftliche Herausforderungen wie z.B. ökologische Fragen wurden aufgegriffen. Durch Bezüge auf Autoren der »Konservativen Revolution« der 1920er Jahre wie Ernst Jünger oder Carl Schmitt sollte der NS-Bezug umgangen oder abgemildert werden. Insgesamt wurde eine neue Strategie der »kulturellen Hegemonie« als Vorspiel des Kampfs um die Macht entwickelt, die auf den Brückenschlag zu nationalkonservativen und nationalliberalen Kräften baute. Dabei sind zentrale Ideen der französischen »Neuen Rechten« und ihres Ideengebers Alain de Benoist entnommen worden, die dieser seinerseits auch von dem rechtsnationalen Ideologen Armin Mohler aus Deutschland bezogen hatte. Mohler, in den 40er Jahren fasziniert von der SS, nach dem Krieg langjähriger Sekretär von Ernst Jünger, war zeitweilig Ressortleiter in der Siemens-Stiftung. Er begann in den 1970er und 1980er Jahren eine zentrale Rolle in der Reformierung einer radikalen »Neuen Rechten« zu spielen (vgl. Leggewie 1987; Minkenberg 1998).

Aber diese drei Reaktionsformen der Rechtsextremisten auf ihre Niederlage Ende der 1960er Jahre hatten bis in die frühen 1980er Jahre keinen nennenswerten Einfluss auf Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik.

Der dritte Schub und die »Neue Rechte«

Anfang der 1980er Jahre zeichneten sich neue politisch-kulturelle Konstellationen ab. Intensive Debatten, z.B. um die Fernsehserie »Holocaust« 1979, machten deutlich, wie kontrovers und brüchig nach wie vor die Auseinandersetzung um die Folgen des NS-Regimes für die bundesrepublikanische Gesellschaft war. Nationalkonservative wie Franz-Josef Strauß oder Alfred Dregger plädierten dafür, »aus dem Schatten Hitlers herauszutreten« und »wieder normal zu werden« (zitiert nach Lynen von Berg 2000, 430).

Schließlich forderte Helmut Kohl, seit 1982 Bundeskanzler, eine »geistig-moralische Wende«, die

sich auch gegen die Phase demokratischer und sozialer Reformen in der sozialliberalen Ära wenden sollte. Dann erfolgten symbolische Politikschritte zur »Renormalisierung« der deutschen Geschichte, etwa Kohls Besuch der SS-Gräber von Bitburg mit dem US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan.

Diese politisch-kulturelle Konstellation, die sozial-ökonomischen Risiken vermehrter Arbeitslosigkeit und der beschleunigte soziale wie technologische Wandel bedeuteten für die extreme Rechte günstigere Rahmenbedingungen. Rechtsextremisten kritisierten, dass die »geistig-moralische Wende« nur halbherzig formuliert und durchgesetzt worden sei. Vor allem aber dürfte es für die neue Mobilisierung rechtsextremen Potentials und die Entwicklung eines dritten rechtsextremen Schubes seit Mitte der 1980er Jahre von entscheidender Bedeutung gewesen sein, dass das Thema Ausländer und Asylbewerber populistisch aufgegriffen worden ist. In für die extreme Rechte bekömmlicher Schärfe hatte der damalige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) schon zu Beginn der 1980er Jahre von der »ethnischen Homogenität der deutschen Nation« gesprochen, die es zu sichern gelte.

Im Populismus der extremen Rechten wurde die Agitation gegen »Ausländer« zu einem zentralen Mittel eines neuen völkischen Nationalismus. Den 1983 als Abspaltung der CSU gegründeten »Republikanern« gelang es unter ihrem Vorsitzenden Franz Schönhuber, zu erheblichen Landtagswahlerfolgen – in Bayern, in Baden-Württemberg und 1989 auch in West-Berlin – zu kommen (Funke 1989). Bei etwas subtileren Formulierungen als bei den traditionellen Parteien der extremen Rechten – DVU und NPD – ging es den »Republikanern« um die gleiche rechtsextreme Kernideologie: um einen als »Ethnopluralismus« verpackten Rassismus und völkischen Nationalismus; eine antisemitisch getönte Abwehr, den jüdischen Repräsentanten im Nachkriegsdeutschland ein Mindestmaß an Respekt zu zollen; die Forderung nach Deutschland in den Grenzen des Jahres 1937 wie die »Befreiung« vom »Büßerhemd«.

Damit waren erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Erfolgsbedingungen auch des parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus – seines

dritten Schubs – wiederhergestellt. Neben der neuen Partei der Republikaner entwickelte sich nun auch eine breitere öffentliche Resonanz neuer und rechtsradikaler Positionen – insbesondere um die zunächst von den Republikanern gegründete und später unabhängig agierende Zeitschrift »Junge Freiheit«. Weitere Medien und öffentlich einflussreiche Akteure verstanden sich als »Neue Rechte« und gaben sich zugleich demokratisch, wie die Gruppe um Rainer Zitelmann im Ullstein-Verlag. Schließlich versuchte die militante Avantgarde eines Neo-Nationalsozialismus der neuen Generation, mit spektakulären öffentlichen Aktionen Aufmerksamkeit zu erreichen.

Zugleich stabilisierten sich rechtsextreme Milieus und bekamen weiteren Zulauf. In der DDR wurde der Rechtsextremismus zur gleichen Zeit bereits eine breitere Jugendbewegung. Es bildeten sich vielerorts, ungehindert von der sie lange ignorierenden Staatsmacht, rechtsextreme Gruppen wie »Zyklon B« oder »Bewegung 30. Januar«. Gezielt gab es Gewalttaten und Übergriffe vor allem gegen Kirchenoppositionelle und der »Punker-Szene« angehörende Personen. 1988 gab es bereits in jeder Kreisstadt der DDR Neonazi-Zellen mit mindestens 15 bis 50 Mitgliedern.

Rechtsextreme Politik und Gewalt seit 1990

Erst mit dem Prozess der Wiedervereinigung 1989/90 entstand allerdings für die extreme Rechte eine Situation, in der sie sowohl das Asylthema wie die nationale Vereinigung als Herausforderung für eine gegenwärtig noch andauernde vierte Phase eines Rechtsextremismus neuen Typs nutzen konnte. Es waren weniger die etablierten rechtsextremen Wahlparteien – so bedeutsam deren Agitation gewesen ist –, die Erfolge erzielten, sondern jene bis 1989 randständig, radikalen und kompromisslosen Neonazis um Michael Kühnen und Christian Worch, die in der seit Mitte der 1980er Jahre entwickelten Neonazi-Szene in der Ex-DDR (vgl. Wagner 1998) an Einfluss zunahmen. Sie nutzten ihre Kontakte mit Akteuren der ostdeutschen Neonazi-Szene und etablierten rasch eine Reihe neonazistischer Formationen wie die »Deutsche Alternative«, die »Nationale Offensive« und die »Gesinnungsgemeinschaft der ‚Neuen Front‘« (GdNF) als eine halbgeheime Dachorganisation.

Diese Etablierung gelang, weil schon in der DDR etwa seit Mitte der 1980er Jahre in rechten Jugendszenen die Bereitschaft zur Gewalt vorhanden war. Skinheads und »Faschos« hatten sich in einer Reihe von Bezirks- und Kreisstädten gegenüber nicht-rechten Jugendszenen als prägende Strömung oft auch mit Gewalt durchsetzen können. Sie waren zunehmend attraktiver geworden, zumal das DDR-System immer weiter an Legitimation und Attraktivität gerade bei Jugendlichen einbüßte (vgl. Wagner 1998).

Die neuen, neonazistisch beeinflussten Netzwerke konnten hierbei gerade in Ostdeutschland an konservierte Traditionen eines fremdenfeindlichen Autoritarismus anknüpfen. In der DDR hatte es kaum Chancen zur individuellen Verarbeitung der Identifizierung mit dem Nationalsozialismus gegeben, so dass solche Identifizierungen und entsprechende Ideologien zwar unterdrückt, aber gerade in den Nischen der Gesellschaft, im privaten Raum der Familie, bei den Großeltern oft sehr präsent waren.

Hinzu kam eine diskriminierende Praxis der staatlichen Behörden gegenüber den ausländischen Vertragsarbeitern – etwa gegenüber Vietnamesen oder Mosambikanern. Je mehr das DDR-System an Legitimität verlor, desto stärker war der autoritäre Druck gerade unter Jugendlichen, in der vielfach schon eingeübten Fremdenfeindlichkeit ein Ventil zu sehen.

Zu den ökonomisch-sozialen Erschütterungen durch Währungsunion und Treuhand-Politik Anfang der 1990er Jahre kamen politisch-institutionelle Enttäuschungen hinzu, die für viele auch mit der Wiedervereinigung verbunden waren. Entwertungserfahrungen trugen zur Überlastung von Familien bei und verstärkten diese dort, wo autoritäre Erziehungsstile ohnehin verbreitet waren. Sie trugen zudem zu Abweisungs- und Verwahrlosungserfahrungen bei Kindern bei, die alsbald von den sich kaum gehindert ausbreitenden rechtsextremen Szenen angeworben und angezogen wurden.

Bereits etablierte rechtsextrem orientierte Milieus konnten sich, auch vor dem Hintergrund negativ wirkender Asyl- und Ausländer-Debatten (der Höchststand rechtsextremer Gewalttaten war zur Zeit der großen »Asyldebatte« 1992; FAZ, 2. 8. 2000), nach 1990 vielerorts stabilisieren. Kader, Parteien und Organisationen bemühten sich relativ erfolgreich, gerade unter Jugendlichen aufkeimende gesellschaftliche Vorurteile aufzugreifen und politisch zu radikalisieren. Auch im Westen wurde »rechts« zu sein zu einer Lifestyleströmung in Teilen der Jugendkultur – im Bruch mit den jugendkulturellen Oppositionsformen vergangener Jahrzehnte.

Über 100.000 Straftaten seit 1990, über 100 Todesopfer rechtsextremer Gewalt, Tausende Gewalttaten sowie die Tatsache, dass sich die Anzahl rechtsextremer Straftaten insgesamt nach offiziellen Angaben jährlich im fünfstelligen Bereich bewegt, sind die statistische Seite des neuen, insbesondere »informellen« Rechtsextremismus. Das Resultat ist ein erheblicher Gewaltschub, der auf lokal stützende Milieus bauen konnte und kann.

Rechtsextreme Parteien und Organisationen

Rechtsextreme Parteien hatten seit 1989 eine Reihe größerer Wahlerfolge auf Landesebene. Von besonderer Bedeutung sind vor allem die demagogisch-agitatorischen Wirkungen rechtsextremer Parteien. An die immer wieder erfolgreiche DVU ist ein ganzer Medienkonzern angeschlossen, zu dem u. a. die einflussreiche und auflagenstarke rechtsextreme Wochenzeitung »Deutsche National-Zeitung« zählt. Die noch radikalere, offen völkische NPD hingegen hat sich mit ihrer Jugendorganisation (JN) zu einem Sammelbecken rechtsextremer, auch gewaltbereiter neonazistischer Akteure und Skinheads entwickelt und seit der Zunahme staatlicher Vereinsverbote Ende 1992 bis 1995 erhebliche logistische und propagandistische Bedeutung entfaltet. Die JN hat in der rechtsextremen Jugendszene fest Fuß fassen können und ist dort zu einer Mobilisierungsplattform geworden. Beflügelt durch die Erfolge der DVU und NPD bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2004 haben die beiden rechtsextremen Parteien im Januar 2005 eine Zusammenarbeit bei Wahlen vereinbart. Bei der Bundestagswahl soll nur die NPD antreten, auf ihren Landeslisten aber Kandidaten der DVU aufstellen. Bei der Europawahl will sich die DVU alleine bewerben und dabei Kandidaten der NPD auf ihre Liste setzen. Ziel der Absprache ist es, die gegenseitige Konkurrenz bei Wahlen zu vermeiden, um so die für den Einzug in die jeweiligen Parlamente notwendigen 5 Prozent der Wählerstimmen zu erlangen.

Die Republikaner

Die rechtsradikalen »Republikaner« (gegründet 1983) sind ursprünglich eine CSU-Abspaltung und haben sich in Süddeutschland, in Bayern und vor allem in Baden-Württemberg eine feste Basis geschaffen. Aber sie konnten auch in Berlin schon in den Landtag einziehen. Auch bei der Europawahl 1989 und bei späteren Landtags- und Kommunalwahlen haben sie teils spektakuläre Wahlerfolge erzielt. In Baden-Württemberg aber hatten sich die »REP« bis zur Landtagswahl 2001 als drittstärkste Kraft etabliert und sind dort zur so

genannten »Milieupartei« geworden. Sie konnten über zehn Jahre auf ein stabiles Milieu und Wählerpotenzial zurückgreifen (Landtag 1992: 10,9 Prozent; Landtag 1996: 9,1 Prozent), sind aber bei der letzten Landtagswahl (2001: 4,4 Prozent) deutlich eingebrochen und konnten nicht wieder in den Landtag einziehen.

Die »REP« hatten laut Verfassungsschutzbericht 2003 ca. 8.000 Mitglieder und publizieren zweimonatlich den »Republikaner« mit einer Auflage von ca. 12.000 Exemplaren. Die Partei hat zahlreiche Unterorganisationen, vom »Republikanischen Bund der öffentlich Bediensteten« über die »Republikanische Jugend« (RJ) bis zum »Republikanischen Hochschulverband« (RHV), der häufig öffentlich in Erscheinung tritt.

Obschon der Parteivorsitzende Dr. Rolf Schlierer, der Franz Schönhuber nach starken internen Auseinandersetzungen ablöste, sich um ein rechtskonservatives Erscheinungsbild bemühte, ist es ein rechtsextremes Weltbild, das die Partei und ihre Basis im Innersten zusammenhält. Andere Positionen in der Partei sind umstritten. Das öffentliche Bekenntnis zum demokratischen Verfassungsstaat reicht nicht aus, um aus einer rechtsextremen Partei eine demokratische zu machen.

Auch zeigt eine Vereinbarung des Parteivorsitzenden Schlierer mit dem DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey von 1998, unnötige Konkurrenz bei Wahlen zu vermeiden, dass sich »die REP bisher eher aus taktischen Gründen und nicht wegen ideologischer Differenzen von anderen rechtsextremen Gruppierungen abgegrenzt haben« (SPD-Parteivorstand, Beschluss vom 4. September 2000, zitiert nach: »Kein Platz für Rechtsextremismus«). Der ideologische Kern der Partei, die sich gern als »demokratisch legitimierte Rechte« sieht, ist unzweideutig. Es treten Rassismus, Antisemitismus, Relativierung des Nationalsozialismus und ein antidemokratisches Gesellschaftsbild hervor. Die REP rufen insbesondere zu Intoleranz gegenüber Einwanderern und deren angebliche »schleichende Landnahme« (Schlierer) auf. Die REP wollen einen rassistischen Einheitsstaat als Abstam-

nungsgemeinschaft und kämpfen offen gegen vermeintliche »fortschreitende Überfremdung« (VSB 1999, 43), aber auch einen »versteckten Rassenwahn« der »jüdischen Klientel«. Die REP verlangen »Wiedergutmachung« für die Deutschen für ihre im Zweiten Weltkrieg und danach erlittenen Verluste. Deutschland werde mit »monströsen Schuldbekennnissen vergewaltigt«, und Berlin dürfe nicht zur »Hauptstadt der Reue« werden. Die »Republikanische Jugend« fordert die REP auf, »Speerspitze einer nationalen Bewegung« zu sein, in strategisch-ideologischer Nähe zur NPD. Wie in der NPD ist die Jugendorganisation der REP von besonderer Radikalität geprägt und wird von rechtsextremen Skinheads unterstützt.

DVU

Die DVU, die »Deutsche Volks-Union«, stellt eine etwas radikalere Variante des parteilichen Rechtsextremismus dar. Gegründet 1971 als Auffangbecken enttäuschter NPD-Anhänger und 1987 vom Verein zur Partei mutiert, konnte die DVU trotz ihrer Radikalität in den letzten Jahren große Erfolge erzielen. Die Partei ist zwar stark von dem autoritären Führungsanspruch ihres Vorsitzenden und Finanziers, des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey, bestimmt, der die Parteilinie vorgibt. Allerdings sind gängige Annahmen über die Partei, sie sei ein »Ein-Mann-Unternehmen«, eine »Phantom-Partei« und ihr mangle es an »sozialer Verankerung in den Regionen«, irreführend. In bestimmten Regionen Deutschlands hat die Partei mit ihrem rassistischen Programm vielmehr eine feste, teils breite Basis. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1998, bei denen die DVU 12,9 Prozent errang, war sie bei den Unter-30-Jährigen die stärkste aller Parteien. Und 45 Prozent der jungen Leute waren der Auffassung, die DVU vertrete die beste Ausländerpolitik. Überhaupt hat die DVU immer wieder neue Erfolge erzielt, die nicht mehr als »Überraschungen« oder »Protestwahl« gewertet werden können. Der DVU gelang in Brandenburg September 2004 nicht nur der Wiedereinzug in den Landtag, sondern sie konnte ihr Ergebnis gegenüber dem Urnengang vor fünf Jahren noch ausbauen (von 5,3 Prozent 1999 auf 6,1 Prozent 2004). Hingegen stilisiert sich die DVU selbst zur vermeintlichen »Protestpartei« und ruft zur »Protestwahl« gegen die »Polit-Bonzen« auf.

Die Partei zählt gegenwärtig rund 11.500 Mitglieder (VSB 2003) und war mehrfach in Landes- und Kommunalparlamenten vertreten. Ein zentraler Faktor der DVU-Propaganda ist die »National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung« mit einer geschätzten Auflage von 41.000 Exemplaren wöchentlich.

Ihre »Wahl-Heimat« hat die DVU aber in Bayern. In Passau veranstaltet sie ihre alljährliche Großkundgebung in der von den Nationalsozialisten erbauten »Nibelungen-Halle« mit bis zu 3.000 Besuchern.

Die Ideologie und Zielsetzung der DVU bewegt sich vielfach am Rande der Legalität. Die Berufung auf den demokratischen Verfassungsstaat ist oberflächlich. Gerade in Wahlkämpfen wird insbesondere gegen »kriminelle Ausländer«, »Asylmissbrauch« und »Umvolkung« agitiert. Dabei werden Bedrohungsszenarien aufgegriffen und entworfen (»Balkan-Zigeuner: Hunderttausende kommen!«).

Ein besonderes Merkmal der DVU-Agitation und ihrer Medien ist ein unverhohlenen aggressiver Antisemitismus sowie die Relativierung und indirekte Leugnung des Holocaust (vergleichbar der NPD unter Günter Deckert). Es wird eine »Masseneinwanderung von Juden« konstruiert, und Ignatz Bubis und Michel Friedman avancierten zu zentralen Feindbildern und persönlichen Hassobjekten. In strafrechtlich schwer fassbarer Weise wird der Holocaust relativiert bzw. durch die Leugnung von Tatsachen insgesamt in Frage gestellt. Auch wird die deutsche Kriegsschuld in Abrede gestellt und Hitler-Deutschland in Übernahme der Sicht der nationalsozialistischen Propaganda als friedenswilliges Opfer »anglo-amerikanischer Kriegstreiber« dargestellt. Der britische Holocaust-Leugner David Irving wurde lange von der DVU hofiert. Beliebt ist das ständige Debattieren und Herunterspielen der Opferzahlen des Nationalsozialismus. In der Debatte über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern wurden beide Aspekte, Antisemitismus und NS-Verharmlosung, besonders aggressiv verbunden, mit Slogans wie »Ewig zahlen für Hitler – Neue jüdische Milliardenforderung«.

NPD

Die NPD, die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands«, ist zweifellos die radikalste der rechtsextremen Parteien. Gegründet bereits 1964, hat sie eine wechselvolle rechtsextreme Geschichte mit Erfolgen und Niederlagen. Der Parteivorsitzende Udo Voigt (seit 1996) steht für den Wandel von der Fokussierung der Holocaust-Leugnung unter Günter Deckert zur militant rechtsextremen Partei, die die »soziale Frage« deutschnational, rassistisch, antisemitisch und nazistisch besetzt. Die NPD hat derzeit ca. 5.000 Mitglieder (VSB 2003). Mit den »Jungen Nationaldemokraten« (JN) und dem »Nationaldemokratischen Hochschulbund« (NHB) hat sie zwei gewichtige Unterorganisationen. Monatlich erscheint das NPD-Organ »Deutsche Stimme« in einer Auflage von 10.000 Exemplaren.

Die NPD fordert offen das Ende der parlamentarischen Demokratie und ein »völkisches Reich«, eine »neue Ordnung« für die »Volksgemeinschaft«. Bei der Verwirklichung sollen die »Gesetze der Machtergreifung« beachtet werden. In einem »nationalen Sozialismus« sieht sie »die höchste Form der Volksgemeinschaft«. Sie beruft sich somit ausdrücklich auf nationalsozialistische Begriffe und Positionen und auf eine »nationalrevolutionäre« Tradition. Dieser »völkische Idealismus und Sozialismus« richtet sich gegen »Liberalismus« und »Marxismus«, und insbesondere gegen jeden Einwanderer sowie vor allem gegen Juden und das »multinationale Kapital«. Trotz der Orientierung auf die »soziale Frage«, gerade in Ostdeutschland attraktiv, ist die Holocaust-Leugnung weiterhin ein wichtiger Bestandteil dieser rechtsextremen Strömungspartei. Er drückt sich u.a. in Parolen wie »Deutsche lasst euch nicht versarschen – Holocaust? Ha, ha, ha« aus, die auf NPD-Demonstrationen skandiert werden. Positive Bezüge zum Nationalsozialismus, der Opfer »internationalistischer« Verschwörungen geworden sei, durchziehen die NPD-Programmatik.

Die NPD hat eine enge Kooperation mit dem neonazistischen Umfeld bis hin zur rechtsextremen Skinhead-Bewegung, in der viele Mitglieder ebenso aktiv sind wie Ortsvorsitzende an Gewaltverbrechen gegen Immigranten beteiligt waren (z.B. Greifswald). Unter dem Vorsitzenden Udo

Voigt hat die NPD die Sammlung der rechtsextremen (Gewalt-)Bewegung anvisiert, was ihr in Teilen gelungen ist. Die NPD sucht die »Macht auf der Straße« und in den Parlamenten und ist Ausrichter zahlreicher rechtsextremer Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet. Diese finden in Kooperation und unter Beteiligung von neonazistischen Gruppen statt, wie es überhaupt eine enge Anbindung so genannter »freier Kameradschaften« bis hin zu rechtsterroristischen Ansätzen (z.B. den mittlerweile verbotenen »Skinheads Sächsische Schweiz«) gibt. Die zu bedeutenden Teilen aus gewaltbereiten Skinheads und jungen Neonazis bestehende NPD-Jugendorganisation »JN«, die selbst ernannte »revolutionäre Speerspitze der NPD«, hat das Konzept »national befreiter Zonen«, rechts- und staatsfreier Räume, entworfen, in denen die Rechtsextremen »sanktionsfähig« sein und praktisch die Macht übernehmen wollen. Zur Gewaltanwendung sagt der Vorsitzende Udo Voigt, dass »Übergriffe auf Fremde [...] die etablierten Parteien zu verantworten haben«, die Parteien »damit auch rechnen müssen, dass sich irgendwann ein Widerstandswille im Volke kundtut. Das ist aber eine normale völkische Reaktion« (zit. nach taz, 3.8.2000).

Die NPD gibt sich örtlich auch das Image, als »soziale Wohltäterin« tätig zu sein (so etwa in Greifswald und der Sächsischen Schweiz, mit nicht unerheblicher Akzeptanz); junge Rechtsextremisten besuchen Altersheime oder bieten an, Familien mit Kindern beim Einkauf zu helfen. NPD-Ortsverbände werden mancherorts zu »Runden Tischen« gegen Gewalt geladen, initiieren »Bürgerinitiativen« gegen Ausländer und veranstalten rechtsextreme Konzerte.

Darüber hinaus gibt es Bündnisse mit so genannten »nationalbolschewistischen« Strömungen wie nationalistischen DDR-Nostalgikern und zu ehemaligen Linksradikalen und Linksterroristen wie dem besonders antisemitisch orientierten Rechtsextremisten Horst Mahler, der zeitweise innerhalb der NPD eine führende Rolle einnahm. Mahler vertrat die NPD auch vor dem Bundesverfassungsgericht beim Verbotsverfahren gegen die Partei. Mittlerweile hat er die NPD wegen ihres angeblich »legalistischen Kurses« wieder verlassen.

Zur Zeit der Diskussion um ein Verbot der NPD und den Verbotsanträgen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gab es starke Spannungen zwischen den verschiedenen Tendenzen in und außerhalb der NPD/JN und Risse im »Integrationskonzept« Voigts. Während die NPD-Spitze um Voigt defensiver und zurückhaltender reagierte (»Argumente statt Verbote«), um das Verbot zu verhindern, riefen der offen neonazistische Flügel und viele »freie Kameradschaften« nun »erst recht« zur Offensive und zum offenen »Kampf« auf und griffen das »gescheiterte« »legalistische« Konzept an.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen im September 2004 konnte die NPD erstmals seit 1969 wieder in ein Landesparlament einziehen. Dabei konnte die NPD 9,2 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Dieser Erfolg der NPD kann nicht als bloße »Protest«- oder »Denkzettelwahl« abgetan werden. In Sachsen ist die NPD seit Mitte der 90er Jahre besonders aktiv. Die NPD verfügt in Sachsen über kommunale Gliederungen und ist in einigen Gemeinden alles andere als eine politische Randerscheinung. Auch bei verschiedenen Kommunalwahlen in Sachsen konnte die NPD in zahlreiche Räte einziehen und erhielt in einigen Gemeinden mehr als 20 Prozent der Stimmen.

Weitere neonazistische Organisationen und »Kameradschaften«

Über die NPD hinaus existieren vielfältige neonazistische Gruppen und Organisationen in der Bundesrepublik mit Namen wie »Hamburger Sturm« oder »Combat 18« – die 18 steht für die Position der Buchstaben A.H. (Adolf Hitler) im Alphabet –, die ihr Unwesen treiben und die Wiederherstellung des Nationalsozialismus anstreben. Nach zahlreichen Verboten Ende 1992 bis 1995 zählt hierzu neben den mehr oder weniger fest organisierten »Zellen« der »freien Kameradschaften« auch der »Kampfbund Deutscher Sozialisten«, der sich auf nationalbolschewistische Traditionen beruft.

Hervorstechend ist das »Zentralorgan«, ein Neonazi-Organ aus Hamburg mit der Homepage »Nationaler Widerstand«, das aus der 1995 verbotenen »Nationalen Liste« hervorgegangen ist und nun unter der Sammelbezeichnung der »Freien Nationalisten« verschiedene Neonazi-Gruppen vernetzt und versammelt. Von besonderer Bedeutung ist die »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und ihre Angehörige e.V.« (HNG), die über ihre Unterstützungsarbeit für Straf- und Gewalttäter rechtsextreme Vernetzungsarbeit leistet. Dabei wird immer wieder trotz personeller und strategischer Differenzen die innere ideologische Nähe der verschiedenen Gruppen und Organisationen sichtbar, auch wenn Parteien, ja selbst der »legalistische Flügel« der NPD mitunter des Verrats bezichtigt werden.

Über den organisierten »Rechtsrock«, Konzerte mit Rockgruppen wie »Landser« oder »Stahlgewitter«, finden rechtsextreme Versammlungen und Organisationsbemühungen statt. Hier versammeln sich auch Akteure der für den aktuellen Rechtsextremismus mitprägenden internationalen Skinheadbewegungen (der verbotenen »Blood and Honour« und der militanten »Hammer-skins«). Weiterhin von Bedeutung ist das internationale Netzwerk neonazistischer »Aufbauorganisationen« wie der »NSDAP/AO« und der internationalen »White Power«-Bewegung und »White Power Youth«. Über internationale Verbindungen werden rechtsterroristische Bestrebungen mitorganisiert und Fluchtstätten bereitgestellt sowie Propagandnetzwerke aufgebaut.

Nicht zu vergessen sind auch die neuen Organisationsbemühungen und -erfolge traditioneller revanchistischer Organisationen bis hinein in den »Verein für das Deutschtum im Ausland« oder so genannter »nationalkonservativer«, rechtsextremer Burschenschaften (z.B. »Danubia«) in den 1990er Jahren.

Rechtsextremismus neuen Typs

Organisatorisch hat sich der Rechtsextremismus flexibel gezeigt. Neue informelle und unabhängige Organisationsformen sind seit den 1980er Jahren entstanden, so dass der heutige Rechtsextremismus seinen Hauptschwerpunkt nicht mehr in Parteien hat. Gebildet hat sich, u.a. aus einer vielfach tolerierten lokalen Jugend- und Gewaltkultur, ein Rechtsextremismus neuen Typs.

Dieser Rechtsextremismus neuen Typs hat sich in (jugend)kulturellen Milieus verstetigt. Im Jahr 2000 ist die Zahl der Straftaten »mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund« laut Bundesinnenministerium um fast 60 Prozent gegenüber 1999 auf 15.951 gestiegen. Die Gewalttaten stiegen von 746 auf 998; dies bei einer hohen Dunkelziffer. In den Folgejahren stagnierte die Anzahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten weitgehend auf diesem hohen Niveau.

Der weit überwiegende Teil der Gewalt des Rechtsextremismus neuen Typs geht von Personen aus, »die nicht in politischen Gruppen oder Parteien organisiert sind« (Verfassungsschutzbericht des Landes Bayern 2000, 78). Rechtsextreme Gewaltprozesse sind meist bestimmt durch einen »Vorsatz bei Gelegenheit« (Peter Reif-Spirek, nach Fromm 2001).

Zwar sind bis zu 70 Prozent der Tatverdächtigen unter 21 Jahre alt, dennoch ist der neue Rechtsextremismus nicht nur ein Jugendproblem und somit ein Problem einer lebensgeschichtlichen Durchgangsphase, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Erste Höhepunkte der Gewaltwelle in den frühen 1990er Jahren zeigten sich bekanntlich in den pogromartigen Unruhen in Hoyerswerda 1991 und im Sommer des folgenden Jahres in Rostock-Lichtenhagen. Insgesamt hat sich in verfestigten rechtsextremen Szenen und Milieus eine »antidemokratische Lernkultur« und ein Gewaltlernen am »Erfolg« entwickelt. Muster rechten Gewaltverhaltens haben sich in Jugendszenen etabliert. Sie wurden von den damals 16- bis 20jährigen Jugendlichen nachgeahmt, von den in der zweiten

Hälfte der 90er Jahre zu Jugendlichen Herangewachsenen als attraktiv angesehen und dann selbst umgesetzt. Rechtsradikale Gewalt wird dabei als »attraktive Handlungsmöglichkeit« (Kraak/Eckerle 1999, 185), der zu wenig Grenzen entgegengesetzt werden, erlebt.

Die rechtsextreme Gewalt in den frühen 1990er Jahren hat zu euphorischen Reaktionen innerhalb der Neonazi-Szene geführt und sie selbst stabilisiert. Verbote neonazistischer Vereine, leider oft halbherzig und mit Verzögerungen ausgeführt, konnten die Vernetzung nicht mehr wirksam verhindern. »Freie Kameradschaften« mit teils loser Verbindung zur NPD traten an die Stelle der verbotenen Organisationen und stabilisierten ideologisch wie praktisch rechte Szene und völkische Alltagskultur. Zwar schwächte sich seit etwa Mitte 1993 die Gewaltwelle ab – aber weniger als Ausdruck der Entschiedenheit des Rechtsstaats und einer neuen Demokratisierung dieser Jugend- und Alltagskultur.

Von 1993 bis 1996 kam es zur weiteren Verfestigung und zur Neukonsolidierung des Rechtsextremismus. Seit 1996 kündigte sich mit einer neuen Generation der nun 14- bis 18-Jährigen eine neue rechte Jugendszene an. Wenig später schlug sich dies auch in wieder anwachsenden rechtsextremistischen Straftaten nieder. Nun spielen sehr viel mehr als zuvor rechte Musikszene und ein in Stil, Symbolik und Kleidung sich ausdrückender völkischer »Lifestyle« bei den nun 14- bis 18-Jährigen eine Rolle – ebenso rechte Gewalt aus Cliques heraus (vgl. Wagner 1998/2000). Der »Anteil der unter sechzehn Jahre alten Skinheads wächst [...] ständig, zum Teil sind Skinheads erst zwölf bis dreizehn Jahre – so genannte Babyskins – alt« (VSB Bayern 2000, 73).

Der Rechtsextremismus neuen Typs fußt somit auf mehreren, sich gegenseitig bestärkenden Elementen:

- einer neuen »Jugend-, Alltags- und Gewaltkultur« (vom Jugendclub über Rechtsrock, Schriften und Internet);

- informellen Gruppierungsformen und Lifestyle-Strömungen;
- festen organisierten Gruppen und Kadern (wiederum in einer Vielzahl teils geheim operierender neonazistischer Gruppen und Organisationen, Parteien und »freien Kameradschaften«).

Vor allem basiert der Rechtsextremismus neuen Typs auf fremdenfeindlichen Milieus und Freundschaftskreisen, informellen Zusammenhängen und (teils spontanen) Gruppierungen mit Gewaltbereitschaft. Etabliert hat sich eine lokal teils mächtige Jugendkultur, die sich über zwei Generationen von Heranwachsenden stabilisiert hat. Verbreitet ist hier das Bewusstsein, »völkische Avantgarde« zu sein und »etwas zu ändern« (vgl. Wagner 1998, 49).

Der jugendliche Rechtsextremismus ist also zu verstehen als Element einer Jugendbewegung und Gewaltkultur, die sich aus subkulturell-rebellischen Motiven und der Einbindung in fremdenfeindliche Milieus speist. Rechtsextremismus wird hierbei als breite, in Teilen vorherrschende Lifestyle-Strömung und als »attraktive Handlungsmöglichkeit« erlebt. Diese Jugendbewegung kann heute auf eine beachtliche, in den 1990er Jahren entstandene Infrastruktur und eine wirtschaftliche Kulturindustrie (vom Vertrieb und Verkauf von Schriften, Kleidung, Rechtsrock-CDs über kommerzielle Veranstaltungsräume) zurückgreifen, vor allem aber auf Alltagskulturen. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes ist das gewaltbereite Personenpotenzial innerhalb der rechtsextremistischen Szene, insbesondere der rechtsextremen Skinhead- und der Kameradschafts-Szene, beachtlich gestiegen (VSB 1999ff.), gegenüber dem abnehmenden organisierten Rechtsextremismus (45.000 Mitglieder 2002). Ihre Besonderheit ist das Ineinandergreifen von organisierten Netzwerken und informellen Bündeln und »Szenen«.

Alltagsrechtsextremismus und Angstzonen

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat zu Recht auf die »Zonen der Angst« hingewiesen – Orte, an denen bestimmte Menschen ihrer körperlichen Unversehrtheit oder vor Belästigung

und Beleidigung nicht sicher sein können. An diesen Orten herrscht zeitweise eine Dominanz rechtsextremer Vergemeinschaftungen vor. So kommt es immer wieder zu rechtsfreien Räumen. Trotz subkulturell geprägter Organisationsformen (vom Rechtsrock über die Bomberjacke zur Cliquesbildung und zum Jugendzentrum als Treffpunkt) ist der Rechtsextremismus heute in vielen Regionen vornehmlich in Ostdeutschland Teil einer »Dominanzkultur« (Rommelspacher 1995, 80). Rechts zu sein, Vorurteile gegen Immigranten und Fremde zu artikulieren bzw. diese aus dem sozialen Zusammenhang (auch mit Gewalt) ausschließen zu wollen, stolz zu sein auf die »deutsche Herkunft«: Solches Denken hat in bestimmten Milieus eine Vormacht errungen. Dieses Denken in Gewalt umzusetzen gilt dann als Beweis der Stärke und des Mutes, als »Kampf für Deutschland«. Solcher Rechtsextremismus ist in seiner Ausbreitung oft bedrohlicher als der parteilich verfasste und organisierte, auch weil er diesen in der Anzahl der Beteiligten und im Grad der Gewalt(bereitschaft) um ein Vielfaches überschreitet.

Der Grad der Verfestigung, Verhärtung und Ausweitung dieser Bewegung ist ein Teil der neuen Qualität. Die rechtsextreme Alltagskultur konnte sich über Jahre hinweg als antidemokratische »Lernkultur« innerhalb verschiedener Generationen von Jugendlichen – insbesondere in kleinen Städten und auf dem »flachen Land« – entwickeln. 12-Jährige wie Xaver aus Oranienburg, noch in der Frühphase ihrer politischen Sozialisation, sagen: »Ich kann gar nicht anders. Es sind alle in meiner Klasse in der rechten Clique. Mein Bruder auch, und meine Mutter hat etwas gegen Ausländer.« Und wenige Jahre später manifestiert sich das Bewusstsein oft bereits ganz verhärtet – zunehmend sind Aussagen von Jugendlichen wie diese zu hören: »Wenn das [mit »Ausländer raus«] nicht klappt, ja, dann würde ich sie entweder töten oder umbringen, so sieht's aus« (ARD-Panorama, 13.7.2000).

Die rechtsorientierte Alltagskultur ist so zu einer politischen Sozialisationsinstanz bei Teilen der Jugendlichen geworden und rechtsextreme Orientierungen haben eine »wachsende Normalität« (Wagner 2000b, 158): In einer Mischung aus Druck und Faszination gehört man als junger

Heranwachsender pop-kulturell dazu, wenn man Bomberjacke trägt, rechtsextreme Musik von Frank Rennicke oder den »Landsern« hört und oft unter dem Druck der Clique auf relativ willkürlich gewählte Feinde einschlägt. Hierzu zählen insbesondere Ausländer, Migranten und Obdachlose oder »nichtrechte Jugendliche«, die sich der rechten Dominanz nicht unterwerfen wollen. »Ich verteidige die deutsche Rasse«, sagte ein 17-jähriger selbsternannter Skinhead-Führer in dem nahe Berlin gelegenen Leegebruch auf einem Sportfest im Frühherbst 2000. »Macht. Deutschland. Unsere Rasse. Gegen Tschechen und andere Fremde« – das fiel als dürre Antwort einem 15-Jährigen Anfang Januar 2001 auf die Frage ein, was ihm wichtig sei. Das, was die rechtsextreme Szene in ihrer Aggression eint, ist die geschürte Wut, der Hass auf alle »Fremden« und die nationale wie teils völkische Überhöhung von »uns«, den Deutschen. Nach einer Untersuchung des Sozialwissenschaftlers Sturzbecher (2000) sind es mehr als 28 Prozent der 12- bis 14-jährigen brandenburgischen männlichen Jugendlichen, die der Ansicht teilweise oder ganz zustimmen, Ausländer müssten »aufgeklatscht und rausgehauen« werden.

In dumpfer Wut äußert sich so ein in diesen Milieus weit geteilter Rassismus, der sich dort nicht mehr zu rechtfertigen braucht. So hat sich eine Lifestyle-Strömung etabliert, die sich oft gegenüber einer realistischen Wirklichkeitswahrnehmung abschottet und schon bei 12- bis 14-jährigen Kindern und Jugendlichen zum »Alltagskosmos« geworden ist. Nach zehn Jahren ist teilweise eine Art Parallelgesellschaft entstanden, die sich durch Rechtsrock, Alltagsgewohnheiten und autoritäre Aggression festigt.

Die Studie von Wetzels u.a. (2000) zu »Gewalterfahrungen, Schulschwänzen und delinquentem Verhalten Jugendlicher« in Rostock zeigt, dass sich solche prekären Gruppenbildungsprozesse dann besonders verdichten und in rechtsextremer Gewalt ausdrücken, wenn soziale Frustrationen sich mit Gewalterfahrungen im Kontext von Schule und naher Umwelt verbinden – und ein fremdenfeindliches Umgebungsmilieu den »Ausweg« in autoritäre Gewalt und rassistische Aufladung nahe legt und geradezu aufdrängt. Ihre Erfahrungen von Ohnmacht und unmittelbarer Gewalt produzieren Aggressionen, die keinen ande-

ren Ausweg mehr finden als im »Kampf« gegen die allgegenwärtige Bedrohung durch die ausgemachten »Feinde«. Rechtsextreme Ideologen haben ein leichtes Spiel, daran anzuknüpfen (vgl. Wetzels u.a. 2000). Es ist die Ideologie der »Jungen Nationaldemokraten« seit Anfang der 1990er Jahre, die mit ihrem Konzept der aggressiven Selbstermächtigung in »national befreiten Zonen« daran anknüpft.

»Freie Kameradschaften« und die neue Bewegungs-NPD

Das ideologische Konzept der »national befreiten Zonen« ist im Kontext der ersten Gewalterfahrungen gegen Ausländer und Asylbewerber Anfang der 1990er Jahre von jungen Neonazis und den »Jungen Nationaldemokraten« in der NPD formuliert worden: als Ort der Gegenmacht, in der »Nationale« ihren dominierenden Einfluss haben und die »völkische Gemeinschaft« schaffen und kontrollieren können.

In einem der Papiere der »Jungen Nationaldemokraten« (JN), »Schafft national befreite Zonen« (1991), heißt es, es ginge um die »Etablierung einer Gegenmacht«, um die Schaffung von Zonen, »in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir Abweichler und Feinde bestrafen, Kampfgefährtinnen und -gefährten unterstützen.« Mit Verweisen auf historische Vorbilder von Faschisten – etwa der eisernen Garde der rumänischen Faschisten – wollen die JN »befreite Zonen« als »Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands« schaffen. Bezeichnend heißt es, »es genügen zehn oder zwölf entschlossene Revolutionäre und wir bestimmen, was aus militanter Sicht in einer Stadt ist und was nicht.« Hierbei wird deutlich, dass eine »national befreite Zone« nicht als genau abzugrenzendes räumliches Territorium zu verstehen ist. Sondern es geht um einen aggressiven Angriff völkischer Rassisten auf den liberalen Rechtsstaat selbst, bei dem »Nationalrevolutionäre« über die Definition von »Recht« und »Unrecht« innerhalb bestimmter Gegenden nach einer völkischen »Sondermoral« politische Herrschaft ausüben wollen. Dem entspricht die Forderung Horst Mahlers nach »standrechtlichen Erschießungen« (taz, 22.05.

2001). Das totalitäre Konzept von Gegenmachtbildung und Willkürherrschaft führt zur Zerstörung des rechtsstaatlichen Kerngrundrechts: der Unversehrtheit aller auf dem Staatsgebiet anwesenden Menschen. Es stellt einen Angriff auf das Grundrecht zum Schutz der Menschenwürde dar. Strategisch dient das Konzept der Durchsetzung rassistischer (kultureller) Hegemonie und der Gewinnung von Macht durch lokale Größen wie NPD/JN, »freie Kameradschaften« oder Neonazis. Vor allem wirkt es zusammen mit dem vorhandenen, häufig lokal tolerierten Alltagsrechtsextremismus.

Im Sinne der Ideologie ist das Konzept überall dort angelegt und zu Teilen verwirklicht, wo es solche selbsternannten Avantgarden und eine sie stützende Gewaltkultur gibt. In zeitweise rechtsfreien Räumen ist es dann oft in deren Willkür gestellt, wenn sie negativ »sanktionieren«, also bedrohen und »bestrafen« wollen.

Die Durchsetzung dieser rechtsextremen Dominanz in Teilen Deutschlands ist Resultat der letzten zehn Jahre und der Etablierung rechtsextremer Deutungsmuster und Alltagsverständnisse, vor allem durch männlich dominierte Jugendszenen in Teilen Ostdeutschlands. Es ist ein z.T. schleichender Prozess, der immer wieder von Lo-

kapolitikern und von Teilen der politischen Öffentlichkeit bestritten wird, aber durch eine Reihe von empirischen Beobachtungen und Studien erfasst ist – wenn auch nicht flächendeckend. Für die Opfer werden diese Regionen in der Tat zu »Zonen der Angst«: so für »Punks«, »Nicht-Rechte«, für Linke, Obdachlose, z. T. »Wessis«, Journalisten, vor allem aber Immigranten und Juden in Deutschland.

Eine »zelluläre Struktur« bietet dabei die organisatorische Bindekraft (Wagner 1998, 55). Allerdings bietet insbesondere die NPD und deren Jugendorganisation »JN« seit dem Verbot neonazistischer Organisationen durch den Staat Ende 1992 bis 1995 ein zentrales Sammelbecken für die gewaltbereite rechtsradikale »Szene«. Auch ist in Teilen eine »Soldatisierung der Bewegung« (Wagner 1998, 48) erkennbar. Entscheidend für die Macht der Bewegung ist ihr organisatorisch-ideologisches Zusammenwirken: Es ergänzen sich Szene, Parteien, Vereine, Datennetze, Verlage, Kadergruppen, zentrale und »autonome« Organisationen und Gruppen, Bildungswerke, rechtsextreme Kulturindustrie, Jobbörsen, Rechtsvertretungen, Nachbarschaftsinitiativen, Rockbands, jugendkulturelle Infrastrukturen und Zentren, Läden, Freundeskreise und »Hilfsorganisationen«.

Ursachen und Dimensionen des Rechtsextremismus

Manche Alltagsdeutung führt in die Irre – und zur falschen Politik

Viele der Alltagsdeutungen des Phänomens Rechtsextremismus greifen zu kurz. Sie können zu kontraproduktiven politischen Maßnahmen und Initiativen beitragen. Der Extremismusforscher Eckhard Jesse etwa vertritt noch die vielen irrigen Klischees, die zeitweise in der politischen Öffentlichkeit dazu führten, das Problem zu bagatellisieren: Vorstellungen, es ginge um für den demokratischen Verfassungsstaat ungefährliche »kommunikationsarme Subkulturen« mit »diffusen ideologischen Versatzstücken«, insgesamt erfolglose »Protestparteien«, die nicht auf rechtsextreme Einstellungen deuteten, oder um »frustrierte Jugendliche« mit »unklaren Tatmotiven« an den Grenzen zur »unpolitischen Gewalt« (Jesse 2000).

Über ein Jahrzehnt wurden etwa Wahlerfolge rechtsextremer Parteien als bloße »Protestwahl« verkannt, wobei immer schon die Frage war, wogegen rechtsextreme Wähler eigentlich protestierten. Der Begriff setzt darüber hinaus voraus, dass es sich bei rechtsextremen Erfolgen um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Diese Sicht ist empirisch heute nicht mehr zu halten und wird durch jeden neuen Erfolg des Rechtsextremismus widerlegt; sie wird deshalb heute zunehmend seltener vertreten.

Auch die Vorstellung, Rechtsextremismus aus Arbeitslosigkeit abzuleiten, greift zu kurz und hat mittlerweile auch in der öffentlichen Debatte an Sogwirkung verloren. Soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit sind aber ohne Zweifel ein begünstigender Faktor bei der Tendenz zum Rechtsextremismus.

Auch der in den frühen 1990ern übliche übermäßig anerkennende und im Hinblick auf die Gesinnung verständnisvolle Umgang mit jungen Rechtsextremen hat oft falsche politische Maßnahmen befördert (z.B. das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt der alten Bundesregierung von 1992 bis 1996). Hierzu zählte die un-

kritische Übertragung von Modellen »akzeptierender Jugend- und Sozialarbeit«. Dies führte mitunter zur Einstellung rechtsextremer Sozialarbeiter und zur Einrichtung von Jugendzentren als Sammlungsbecken für Rechtsextremisten, bis hin zur ungestörten Nutzung für Schulungen und neonazistische Konzerte. Ohne die notwendige kritische, »antirassistische«, »gerechtigkeitsorientierte« Begleitarbeit (Krafeld 2000) und die unterstützende Arbeit an der Auflösung rechtsextremer Bindungen und Milieustrukturen sowie die Beförderung »nicht-rechter« Räume und Milieus haben diese Programme oftmals zu einer Stabilisierung der rechtsextremen »Szene« geführt. Entsprechend kontraproduktiv sind »Runde Tische gegen Gewalt«, die ausdrücklich rechtsextreme und neonazistische Kader sowie NPD-Mitglieder einbeziehen wollen. Diese verstehen solche Einladungen als politische Aufwertung und nutzen diese und andere auf »Integration« zielende Foren dazu, um über »linke Gewalt« und »Ausländer« zu klagen und sich rhetorisch und politisch zu erproben.

Schließlich ist Rechtsextremismus auch kein bloßes »Jugendproblem« (zur Kritik dieser These: Friedrich-Ebert-Stiftung 2000), so sehr rechtsextreme Gewalt auch vornehmlich von männlichen Jugendlichen und einer völkischen Lifestyle-Bewegung getragen und unterstützt wird. Diese hat zu Teilen »subkulturelle« und rebellische Elemente. Ohne seine gesellschaftliche, oft milieuverankerte und mentale »Rückendeckung« kann der Rechtsextremismus aber nicht in seinen Ursprüngen und seiner Wirkungsweise erfasst werden. Schon gar nicht geht es bei der Motivation rechtsextremer Gewalt um bloß jugendspezifische »Auseinandersetzungen«, wie die lange Zeit polizeilich gängige Deutung von rechtsextremen Übergriffen als »Kampf rivalisierender Jugendgangs« nahe legt (zur Kritik daran: Wagner 2000b, 161).

Die Ursachen des Rechtsextremismus sind in einem sich dynamisierenden autoritären Gefüge zu suchen, das vielfältige politische und soziale Ansatzpunkte zur Bekämpfung und ein umfassendes

Konzept mit politischen, pädagogischen und sozialen wie demokratischen Elementen erforderlich macht.

»Neue Rechte« und neuer Nationalismus

Ein Faktor für die Stärke des Rechtsextremismus ist das jeweils herrschende politische Klima. In dem Maße wie autoritäre, nationalistische und fremdenfeindliche Auffassungen öffentlich legitim und in der Alltagskommunikation »normal« erscheinen, sehen sich Rechtsextreme darin bestärkt, einen vermeintlichen »Volkswillen« zu vertreten, im Unterschied aber zu den etablierten demokratischen Eliten radikalere Lösungen anzubieten.

Als ein besonderes Phänomen der politischen Kultur der 1990er Jahre haben sich »neu-rechte« bzw. nationalistische Debatten auch in der politischen Öffentlichkeit entwickeln können. Hieran sind geschichtsrevisionistische Publizisten beteiligt. Neben ihren zentralen Foren, der Wochenzeitung »Junge Freiheit« und zeitweise dem Ullstein-Verlag unter Lektor Rainer Zitelmann, gewann die »Neue Rechte« an Einfluss in Medien der demokratischen Öffentlichkeit und an den Universitäten. Beschworen wurde eine »selbstbewusste Nation« und das Ende einer »selbstquälerischen Vergangenheitsbewältigung«. Auch der bayerische Innenminister Beckstein (CSU) warnt heute vor dem wachsenden Einfluss von rechtsextremen Intellektuellen auf die Hochschulen, insbesondere durch Burschenschaften (dpa, 14. 6. 2001), offenbar im Blick auf aktuelle Entwicklungen.

Der »Jungen Freiheit« kommt dabei Bedeutung zu; hier veröffentlichen rechtskonservative Autoren neben Rechtsextremisten wie Horst Mahler. Antisemitische Tiraden, NS-Relativierung, »konservative Revolution«, neuer Nationalstolz und Warnungen vor einer durch Migration erwirkten »Abschaffung der Rassen« (JF Nr. 25, S. 14) sind Kerntemen (vgl. u.a. Kellershohn 1994). Seit Anfang 2000 vertritt die gleiche Chefredaktion vornehmlich eine Taktik der Biedermeierpolitik in die rechte Mitte. Einen »Appell für die Pressefreiheit« auf Seiten der »Jungen Freiheit«, deren Hauptgeschäftskonto von der Postbank gekündigt worden war, unterzeichneten jüngst neben den intellektuellen Wortführern der »Neuen Rechten«

Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl (FDP), Peter Gauweiler (CSU/MdB), der wegen seiner antisemitischen Rede zum 3. Oktober 2003 aus der CDU und der CDU-Bundestagsfraktion ausgeschlossene Martin Hohmann sowie der Focus-Herausgeber Helmut Markwort (FAZ, 1.2. 2001, S. 6). Dies führte zur Rücknahme der Kündigung. Demgegenüber haben sich konsequent durchgeführte Konto-Kündigungen als ein durchaus wirkungsvolles wie empfehlenswertes politisches Signal gegen Rechtsextremismus erwiesen; niemand ist dazu gezwungen, mit anrüchigen Organisationen Geschäfte zu machen.

Neonationalistische Stichworte der demokratischen Öffentlichkeit wurden jedoch von weiter rechts stehenden Gruppen und Parteien aufgegriffen und verschafften diesen neue Legitimität für ihre antidemokratische Politik – auch nachdem die Bedeutung öffentlicher Debatten für die Revitalisierung rassistischer Gewalt nachgewiesen worden war (Funke 1993; Koopmans 1995). Auch die Einwanderungsdebatte in Deutschland hatte Auswirkungen auf die rechtsextreme Bewegung. Diese wurde durch rechten Populismus gefördert. In den 1990er Jahren mangelte es in der politischen Kultur Deutschlands zu erheblichen Teilen an positiven Signalen gegenüber Einwanderern. Einwanderung wurde oft als Problem und Belastung, unter Aspekten von Kriminalität, »Überfremdung« und Inanspruchnahme von Sozialleistungen diskutiert. Davon profitierte der Rechtsextremismus. Riskant erscheinen auch Anklänge eines nationalen Populismus, wie die These des früheren Berliner Innenministers Eckart Werthebach (CDU), der den »Willen zur Selbstbehauptung unserer Nation« einfordert gegenüber einer »Einwanderungsgesellschaft wider Willen«, die »permanenter Selbstzerfleischung« geschuldet sei (zit. n. Berliner Zeitung, 10.7.2000). Erfahrungsgemäß dienen Anbindungen an rechtsextreme Motive nicht der Bekämpfung antidemokratischer Orientierungen, und auch die Einbindung rechtsextremen Potenzials erweist sich meist als instabil.

Wer Einwanderung nur als Belastung begreift oder Szenarien einer »Überflutung« entwirft, die angesichts eines durchschnittlichen Ausländeranteils von ca. zwei Prozent im Osten Deutschlands besonders grotesk anmuten, hat den Wahrnehmungsmustern von Rechtsextremisten wenig ent-

gegenzusetzen, zwei Prozent seien für 20 Prozent Arbeitslosigkeit und fehlende Wohnungen verantwortlich. Wer etwa Rechtsextreme als »Patrioten« lobt, fördert den Rechtsextremismus. Die selbst ernannten »Avantgarden« rechter Gewalt in rechten Szenen und in den neonazistischen Netzwerken sehen sich dann als Vorhut des Volkes bzw. der »wahren Deutschen« und glauben, Identität und völkische Gemeinschaft zu verteidigen.

Fremdenfeindliche Einstellungen

Die extreme Rechte greift Vorurteile auf und verstärkt sie. Mit dem Blick auf empirische Untersuchungen zu politisch-sozialen Einstellungen, Werten, Mentalitäten offenbart sich, wie weit der Rechtsextremismus in Teilen einen gesellschaftlichen Rückhalt besitzt, wie weit er ein gesellschaftliches Problem ist.

Hierbei gibt es spezifische Ausprägungen bei jungen Leuten. Diejenigen jungen Menschen, die überhaupt keinen Kontakt zu Immigranten haben, sind besonders fest davon überzeugt, dass schon zu viele im Land leben. 61,1 Prozent der westdeutschen und 71,1 Prozent der ostdeutschen männlichen Jugendlichen halten den Ausländeranteil laut der 13. Shell-Jugendstudie (2000) in Deutschland für zu hoch. Für die weiblichen Jugendlichen betragen die Anteile 59,6 Prozent (West) bzw. 67,7 Prozent (Ost). Dabei beträgt der Anteil von Nichtdeutschen in den neuen Ländern im Schnitt zwei Prozent. Fast jeder dritte Wähler unter 30 wählte 1998 in Sachsen-Anhalt, dem Bundesland mit dem geringsten Ausländeranteil (1,7 Prozent), die rechtsextreme DVU, die ihren Wahlkampf mit rassistischer und antisemitischer Propaganda bestritten hatte. Die DVU erreichte hier insgesamt 12,9 Prozent und unter den Jungwählern war sie die stärkste Partei. In Mecklenburg-Vorpommern wählten bei der Landtagswahl 1998 immerhin 15 Prozent der männlichen Erstwähler die NPD, die allerdings auch hier nicht im Landtag vertreten ist. In Brandenburg erzielte die DVU bei der Landtagswahl 1999 fünf Sitze (5,3 Prozent). Nicht zuletzt erlangte die »Partei Rechtsstaatliche Offensive« des Rechtspopulisten Ronald Schill mit ihrem größtenteils auf die innere Sicherheit zielenden Wahlkampf bei der Landtagswahl in Hamburg 2001 ein überraschendes Wahlergebnis von 19,4 Prozent.

Die fremdenfeindlichen Einstellungskomplexe gehen oft einher mit sozial-darwinistischen Gesellschaftsbildern (der Stärkere habe alle Rechte), in denen Jugendliche ihre Erfahrungen bestätigt sehen. Dass sich »der Stärkere durchsetzt«, glaubten schon 1997 die Hälfte der von Sturzbecher (1997) befragten Brandenburger Jugendlichen. Insgesamt elf Prozent der jungen Westdeutschen (bis 29 Jahre) weisen eine rechtsextreme Orientierung auf, 24 Prozent der jungen Ostdeutschen (Kleiner/de Rijke 2000, 188), laut Sächsischem Staatsministerium für Kultur (1999) örtlich bis zu 40 Prozent.

Das Einstellungspotenzial bei der Gesamtbevölkerung unterscheidet sich hiervon freilich kaum; es unterscheidet sich vor allem bei der Frage der Gewaltakzeptanz, der Radikalität der Ansichten und teilweise im Hinblick auf den Westen und Osten. 68 Prozent der Bürger in Westdeutschland, 72 Prozent der ostdeutschen Bundesbürger können »die Menschen verstehen, die etwas gegen die hierher kommenden Ausländer haben«. Bei 36 Prozent der deutschen Staatsbürger ist ein stark ethnozentrisch-nationalistischer Einstellungskomplex festzustellen (Silbermann/Hüser 1995). Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2000 zeigt, dass jeder zweite Deutsche meint, »Ausländer provozieren durch ihr Verhalten selbst die Ausländerfeindlichkeit«, während 32 Prozent der Auffassung sind, »deutsche Frauen sollten keine Ausländer heiraten«. Zwischen 50 und 60 Prozent der Bundesbürger glauben, es gäbe zu viele Ausländer im Land, während 61 Prozent den realen Ausländeranteil deutlich überschätzen; zwischen 40 und 50 Prozent meinen, dass Ausländer Arbeitsplätze gefährden; 12 bis 15 Prozent äußern Verständnis für Leute, die Gewalt gegen Ausländer verüben. Jeder Fünfte fordert eine »starke Hand«, die durchgreift, weil »Recht und Ordnung in Gefahr« seien. Dieses rechtsautoritäre Einstellungssyndrom ist lange nicht von der politischen Öffentlichkeit wahrgenommen worden.

Festzuhalten ist hierbei insbesondere, dass die Fremdenfeindlichkeit oft dort stärker ist, wo die wenigsten Ausländer leben (bei Quoten von ca. zwei Prozent). Fremdenfeindlichkeit braucht keine Ausländer, sondern im Gegenteil: Wo es einen größeren Anteil von Einwanderern an der Bevölkerung gibt, ist die Fremdenfeindlichkeit, entge-

gen vielfach bemühter öffentlicher Mythen, oft nachweisbar tendenziell geringer. Dem Träger von Vorurteilen fällt es umso leichter, sein Vorurteil aufrechtzuerhalten, je weniger er mit dem Opfer seiner Vorurteile wirklich zu tun hat. Bemühungen, die Fremdenfeindlichkeit mit einer wachsenden »Belastung« durch Einwanderer in Verbindung zu bringen, »laufen angesichts solcher Befunde ins Leere« (Ahlheim/Heger 1999, 31).

Zu gesamtgesellschaftlich verbreiteten fremdenfeindlichen Einstellungen treten besondere historische und politisch-kulturelle Aspekte in den fünf neuen Ländern, die zur Spezifik des ostdeutschen Rechtsextremismus beigetragen haben und die besondere Dimension der Fremdenfeindlichkeit im Osten erklären helfen. Die gerade im Osten tiefgestaffelten Mentalitäten von Fremden- distanz und Rassismus erwachsen aus dem politisch-kulturellen Horizont einer autoritären DDR-Gesellschaft (vgl. Poutrus u.a 2000). Dazu zählen eine oberflächliche »Aufarbeitung« des Nationalsozialismus, patriotische Gemeinschafts- ideologie und kleinbürgerliche Enge (gestützt durch die Angst vor der Staatssicherheit und eine informelle Ökonomie), die alles abwehrt, was als »fremd« erscheint oder definiert wird. Im Gegensatz zur Bundesrepublik gab es in der DDR kaum öffentliche und alltagspraktische Entwertung nationalistischer und fremdenfeindlicher Weltanschauungen, sondern anti-westliche Agitation gegen »Kosmopolitismus« und Weltoffenheit.

Bisher ist unzureichend erforscht, wie weit der autoritäre Konformismus die DDR-Gesellschaft bestimmt hat. Sicher ist, dass von einer Entfaltung der Individualität im DDR-System ebenso wenig die Rede sein konnte wie von einer auf Streit und Kompromiss ausgerichteten liberalen und pluralen Kultur. Dies hat tiefgreifende gesellschaftliche Nachwirkungen für die demokratische Gesellschaft.

Psychosoziale Ursachen und autoritäre Aggression

Was den Rechtsextremismus »im Innersten zusammenhält«, ist eine Mischung aus »Größen- und Verfolgungswahn« (Horkheimer/Adorno). Immer geht es hierbei um die Selbstaufwertung

durch die Abwertung Anderer. Zur Erhöhung und Aufwertung durch die Eigengruppe (Nation, »Rasse«, Staat, Volk) tritt so die Wut auf den »Anderen«: auf den, der für alle erfahrenen Erschütterungen und Entsaugungen herhalten muss. Die Teilhabe am Kollektiv und an einer autoritären Ordnung, der man sich unterwirft, verspricht dabei Teilhabe an Macht, Ehre und Lebenssinn. Die diffamierten »Anderen« – Juden, Immigranten, Ausländer, Behinderte, Linke – verkörpern hingegen alle wirklichen oder vorgestellten Übel der Welt, deren Ursachen unverstanden bleiben. Wut, Hass und Gewaltbereitschaft gehen vielfach auf Probleme der sozialen, familialen und politischen Sozialisation und die in früher Jugend erfahrene Gewalt und Vereinzelung zurück.

Die bekämpften »Anderen« haben wie die Eigengruppe identitätsstiftende und welterklärende Funktion. Die »Anderen« werden in rechtsextremen Weltbildern durchweg zu einer übergroßen Macht aufgebläht, die Volk und Nation »zersetze«; Rechtsextremisten zeichnen ein wahnhaftes Bild der »Anderen« und sind meist zu einer realitäts- gerechten Einschätzung von Quantitäten (z. B. der Anzahl von Ausländern in einer Stadt) nicht in der Lage. Auf die »Feinde«, denen die Gewalt (-phantasie) gilt, werden aber auch Selbsteile wie eigene Wünsche delegiert, d.h. nach außen verlagert. Die Bemächtigung der »Fremden« stärkt das Gefühl von Selbstermächtigung. Über den Hass auf die Anderen drängt der Rechtsextremismus so zur Entfaltung autoritärer Gewalt gegen Schwächere, Einzelne und vermeintlich »unwertes Leben«. Hass und Gewalt können zur Droge und zum »läppischen Zeitvertreib des Tot- schlags« werden, der Aggression befriedigt und soziale Anerkennung verschafft (Horkheimer/ Adorno).

Im Rechtsextremismus drückt sich so trotz rebel- lischer Attitüden ein starker Konformismus aus: die Sehnsucht nach einer starren Ordnung und einer totalen Gemeinschaft, in die alle hierar- chisch eingefügt und der alle unterworfen sind. Verfolgt werden die, die von dieser Norm abwei- chen. Mit der autoritären Ideologie und Praxis korrespondiert eine besondere zerstörerische Dy- namik: Je weniger solche Aggressionen auf Dauer Probleme lösen können, desto mehr braucht man davon.

Die autoritäre Aggressivität, aus der heraus rechtsextreme Gewalt gegen »Abweichende« entsteht, ist ein zentrales Merkmal des Rechtsextremismus insgesamt. Am »Anderen« wird immer auch die eigene Schwäche und Ohnmacht geschlagen. Der Wunsch, eine autoritäre »Ordnung zu schaffen« verweist vielfach auf einen prekären psychischen Haushalt der Rechtsextremen. Erfahrene Gewalt und Gewaltphantasien, Hass auf Abweichung, selbst erfahrene autoritäre Entwertungen des Individuums und soziale Beziehungslosigkeit sind psychosoziale Ursachen, die Rechtsextremismus stark begünstigen. Sie verbinden sich leicht mit demokratiefeindlichen und rassistischen Stereotypen, die die Probleme der Welt griffig erklären. Insbesondere auf Immigranten wird so »geladen«, was die Menschen an eigenen und sozialen Problemen erleben und nicht verarbeiten können oder wollen.

Ökonomisch-soziale Aspekte und Transformationskrise

Die ökonomische Deregulierung und die neuen und schnellen Veränderungen am Arbeitsmarkt haben viele »Verlierer« hinterlassen und den sozial-ökonomischen Druck auf die Individuen erhöht. Solche Ohnmachts- und Abhängigkeitserfahrungen sind nicht »die« Ursache des Rechtsextremismus, können aber die Bereitschaft zu rechtsextremer Orientierung und zu politischem Handeln gegen »das System« verstärken. Diese sozialen Probleme sind nicht auf die fünf neuen Länder mit ihren besonders großen Transformations- und Arbeitslosigkeitsproblemen beschränkt, hier jedoch in besonderer Weise von Bedeutung.

Halten sich Ostdeutsche und Westdeutsche ihren Spiegel vor, wissen sie, wie dem Aufbruch die Entfremdung in der Einigung folgte. Dem Versprechen der Regierung Kohl auf blühende Landschaften in wenigen Jahren folgten soziale, politische und kulturelle Erschütterungen. Der Markt regelte nicht alles, erst recht nicht eine demokratische wirtschaftliche Transformationsstrategie. Es brauchte Jahre, bis man dies durch vorsichtige wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Strategien nachzubessern versuchte. Der wirtschaftlich harte Wandel hat seine Spuren hinter-

lassen. 69 Prozent der Arbeitsplatzbesitzer hatten innerhalb der Jahre 1990 und 1991 ihren bisherigen Arbeitsplatz verloren.

Diese Erfahrungen begünstigten fremdenfeindliche Tendenzen und rechtsextreme Orientierungen sowie autoritäre Reaktionen und eine neue Sehnsucht nach alter »Sicherheit und Ordnung«. Nach dem Einigungsprozess dominierte Distanz zu Politik und dem politischen System. Seit den frühen 1990er Jahren sehen sich nun kontinuierlich über zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung in Distanz zur Politik – beträchtliche Teile unter ihnen auch zum politischen System im Ganzen. Den wirtschaftspolitischen Problemen, insbesondere auf der kommunalen Ebene, und der Distanz in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung zur Demokratie und ihren politischen Partizipationsmöglichkeiten entsprechen formal zwar funktionierende, de facto aber vielfach »entleerte« demokratische Institutionen (vgl. Heitmeyer 1999). Dies erschwert es, autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen und Werte, die sich in der DDR konserviert haben, anzugehen.

Die fremdenfeindlichen Traditionen blieben so wesentlich unangefochten. Jüngere Jugendstudien zum Rechtsextremismus (vgl. Sturzbecher 2000) machen klar, wie bedeutend soziale Erfahrungen der Ohnmacht auf der Grundfolie fremdenfeindlicher Einstellungen für die Entfaltung des neuen Rechtsextremismus sind. Psychosoziale Ohnmachtserfahrungen können im Sinne einer negativen Spirale zu Aufschaukelungen führen, erst recht, wenn in der Phase der Adoleszenz keine zureichenden alternativen politischen wie sozialen Angebote existieren. Sturzbecher hat nachgewiesen, dass die Erfahrungen der sozialen Transformation Ostdeutschlands zu einer erhöhten Verunsicherung und Belastung, auch zu erhöhten Konflikten und vermehrter Gewalt in den ostdeutschen Familien geführt haben. Auch das zentrale Ergebnis der Studie von Wetzels u.a. (2000) verweist auf soziale Dimensionen: In dem Maße, in dem neben Erfahrungen autoritärer Erziehung auch Erfahrungen sozialer Apathie sowohl der Elterngeneration wie perspektivisch der Jugendgeneration verbreitet sind, verdichtet sich die Tendenz, mit Gewalt zwar nicht die Probleme zu lösen, aber Aggressionen auszudrücken.

Rechtsextremismus als soziale »Lifestyle-Bewegung« und Alltagskultur

Der Rechtsextremismus hat vielfach den Charakter einer subkulturellen Norm verloren und sich zu einer oft im Alltag dominierenden Bewegung entwickelt. Für die Frühphasen der politischen Sozialisation hat dies fatale Auswirkungen: Während in den Familien oftmals fremdenfeindliche Klischees erfahren und somit gewissermaßen selbstverständlich werden können, erscheinen rechtsextrem orientierte Cliques als zugkräftiges Lifestyle-Angebot (Wagner 2000a) mit subkulturellem Touch. Auch zunächst nicht rechtsextrem orientierte Jugendliche können aufgrund dieser Besetzung der sozialen Alltagsräume mit rechtsextremem Gedankengut und durch cliquespezifische Einbindungsformen in den Rechtsextremismus abdriften. Neben den inneren Kreisen rechtsextremer Kader und Aktivisten sowie Gruppenmitglieder sind die äußeren Kreise des Rechtsextremismus als soziale Lifestyle-Bewegung mit eigener Kulturindustrie und mit eigenen Sprachformen entscheidend für den anhaltenden Erfolg des Rechtsextremismus. Mehr als 1,5 Millionen verkaufte »Rechtsrock«-CDs seit 1990 sind ein Beleg für den kulturellen Erfolg des Rechtsextremismus, ganz zu schweigen von den vielen illegal zirkulierenden rechtsextremen Musikerzeugnissen, die sich auf NSDAP und SS beziehen und zur offenen Gewalt gegen Ausländer, Juden, aber auch gegen Angehörige bestimmter Berufsgruppen wie Richter und Politiker aufrufen: »Ein Schuss von hinten, ein Schuss von vorn, Richter und Politiker haben jetzt verloren.« (Gruppe »Bonzenjäger«, zitiert nach Fromm/Kernbach 2001, 172). Heute können allein in Deutschland knapp 50 Vertriebe vom Verkauf rechtsextremer Musik leben. Konzerte sind überdies ein zunehmend beliebter Treffpunkt für Rechtsextreme (Fromm 2001). Politisch-soziale Aktivitäten müssen darauf zielen, die lokale Attraktivität dieser Bewegung und ihres Selbstverständnisses zu brechen.

Rechtsextreme Agitation (am Beispiel von Texten Horst Mahlers)

Ein wichtiger Aspekt der Ausbreitung des Rechtsextremismus ist die Agitation auf lokaler und überregionaler Ebene. An Texten des politischen

Agitators Horst Mahler, früher ein führendes Mitglied der RAF und heute ein führender Rechtsextremist, der auch die NPD anwaltlich beim Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vertrat, lassen sich kurz einige der Motive dieser Agitation aufzeigen.

Mahler fantasiert sich in einem »Appell an die Bürger des Deutschen Reiches«, den er u.a. allen Bundestagsabgeordneten zugesandt hat, als »in Geschäftsführung ohne Auftrag für das Deutsche Reich«, das scheinbar für Mahler – in Aberkennung der Bundesrepublik und ihrer Verfassung – weiterexistiert. Mahler erklärt hierin unübersichtliche historische Prozesse mit einem Plan der »Weltherrschaft« der »US-Ostküste«, mittels Einwanderung und der »Herrschaft der Menschenrechte« »zielbewusst« »Europa nach dem Vorbild des Balkans in einen ethnischen Hexenkessel zu verwandeln«. Hier wird das Kernmuster rechtsextremen Denkens deutlich – die antisemitische oder rassistische Personalisierung aller realen oder vermeintlichen Prozesse und Probleme. Mahler weiter: »Äußere Mächte – wer wohl?« könnten »nach Belieben ethnische Konflikte schüren, Massaker provozieren« auf dem Wege der »Einpflanzung fremder Völkerschaften«. Mit dem »wer wohl« verweist Mahler geheimniskrämerisch auf das »Wissen« der Leser, dass die Juden gemeint sind, die, wie es im NS-Jargon heißt, »Ostküsten-Plutokratie«. Gerade solche Anspielungen sind typisch für die rechtsextreme Rede, im Besonderen in einer demokratischen Gesellschaft, in der bestimmte die Menschenwürde verletzende rechtsextreme Äußerungen strafrechtlich sanktioniert sind. Mahler konstruiert einen ganzen »Umvolkungsfeldzug gegen unser Land« seitens der »Ostküste«, der sich seit 1945 in verschiedenen Phasen vollziehe. Dagegen beschwört er ein völkisches »Wir« und fordert die »Soldaten des Deutschen Reiches« zum »Nationalen Widerstand« auf. Der »Feind«, die »Herrschaft der US-Ostküste«, müsse jetzt aus seiner hinterhältigen »Unterwasserschleichfahrt [...] auftauchen und sein wahres Gesicht zeigen«. Dies ist für Mahler »der Hintergrund, vor dem die gegenwärtige Kampagne gegen die NPD und alles, was sich noch als Deutsch weiß, zu betrachten ist«. Auf diese Weise »versucht der Feind die Zeit zu gewinnen, die er im Umvolkungskrieg gegen Europa für den endgültigen Sieg noch braucht«.

Mahler verwendet hierbei zwar wilde Gedankenkonstrukte, aber auch einfache, griffige Formeln sowie Wortneuschöpfungen, die vermeintlich alles Unverständene in einem großen Plan des Feindes, in einem einfachen Freund-Feind-Bild aufgehen lässt. Nicht selten, so auch bei Mahler, mischt sich in die rechtsextreme Rhetorik des »Aufbaus« der »konstruktiven Kräfte« für das »Lebensrecht von Volk und Reich« Sarkasmus, wenn es um die »Feinde« geht und die »schwachen Eliten«, die von den »äußeren Mächten« bestimmt seien. Schließlich arbeitet die Agitation oft mit ständigen Wiederholungen, in denen sich die Wahnvorstellungen und Machtfantasien verdichten. Dies erlaubt ein Schwelgen im Hass.

Mahler hat mit Franz Schönhuber bei der »Verlagsgesellschaft Berg« im Jahr 2000 eines der schärfsten Machwerke eines völkischen Antisemitismus und Rassismus in der Geschichte der Bundesrepublik publiziert: »Schluss mit deutschem Selbsthass. Plädoyers für ein anderes Deutschland«. Hierin finden sich Parolen wie »Das Asylrecht ist das Todesprogramm für das deutsche Volk!«, Forderungen nach Wiederherstellung einer »Volksgemeinschaft« und Äußerungen wie z.B. diese: »Wahrscheinlich hat Hitler die jüdische Macht unterschätzt. Diese ist tatsächlich auch nur sehr schwer einzuschätzen: denn die Juden bilden ein Pseudo-Volk. Es ist überall und nirgends. Wie will man da seinen Einfluss und seine Ressourcen messen? Seit den Zwanziger Jahren vollzieht sich eine dramatische Judaisierung der US-amerikanischen Eliten auf allen Ebenen. [...] In einem faszinierenden Huckepack-Verfahren sind gewisse jüdische Kreise über die USA schon damals zur bestimmenden Weltmacht aufgestiegen.« Juden als bestimmende Weltmacht, die vor allem Deutschland unterwirft und »zersetzt«, gespeist von der »jüdischen Vergötzung des Geldes« – dies sind die verschwörungstheoretischen und antisemitischen Wahngebilde Mahlers und seines Weggefährten Schönhuber. Es überrascht nicht, dass Mahler immer wieder indirekt Gewalt rechtfertigt und dazu auffordert, »den Gutmenschen in uns [zu] erstickern.«

Im Brief an die Bundestagsabgeordneten zeichnet er, wie generell üblich in rechtsextremen Reden, Deutschland als seit 1945 »von außen« beherrscht – bei Mahler eben von einer »Ostküsten-Pluto-

kratie«, die die deutschen Medien und Bildungseinrichtungen beherrsche und für eine »Überfremdung Deutschlands« verantwortlich sei. Das Motiv der »Überfremdung« knüpft an Begriffe und Motive an, die auch im nationalkonservativen politischen Milieu und in Alltagskommunikationen gängig sind.

Mahlers Texte haben sich zunehmend radikalisiert. Gegen Mahler wurde in den vergangenen Jahren mehrfach wegen Volksverhetzung ermittelt und April 2004 ist ihm von einem Berliner Amtsgericht die Ausübung seiner Rechtsanwaltschaftigkeit vorläufig verboten worden.

Rechtsextreme Medien und Publizistik

In ähnlicher Weise, wenn auch mitunter weniger radikal und verfassungsfeindlich, wird in den meisten rechtsextremen Medien agitiert, wenn auch manche behaupten, demokratisch zu sein. Auf diesen Mantel sollte man nicht hereinfliegen, insbesondere nicht bei der »Jungen Freiheit«. Die Besetzung politischer Räume durch Rechtsextremisten und rechtsextreme Positionen ist, bundesweit wie lokal, ein wesentlicher Faktor für den Aufstieg und die Formierung des neuen Rechtsextremismus.

Rechtsextreme Medien, von der klassischen Zeitschrift oder Zeitung bis zum Internet, haben heute eine Vielfalt und Breite wie nie zuvor in der bundesrepublikanischen Geschichte. Nur einige »führende« Organe werden weiter unten (siehe Kapitel 13) dokumentiert. Trotz des hohen demokratischen Rechtsgutes der grundgesetzlich garantierten freien Meinungsäußerung ist es sinnvoll, die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten (Volksverhetzungs-Paragraph u.ä.) auszunutzen und Anzeigen zu erstatten gegen rassistische Äußerungen.

Rechtsextremisten in der demokratischen Öffentlichkeit

Gerade das Beispiel Horst Mahlers zeigt, wie leicht es Rechtsextremen und rechtsextremem Denken mitunter fallen kann, sich über legitime Meinungsäußerungen auch in demokratischen

Medien Gehör zu verschaffen. Der NPD-Anwalt und ehemalige RAF-Terrorist konnte seine rechtsextreme Gesinnung, oft geäußert in »Offenen Briefen«, in der Walser-Debatte an prominenter Stelle als ernstzunehmenden Beitrag kundtun, etwa auf Seite 2 der liberalen Berliner Tageszeitung »Der Tagesspiegel«. »Focus« gönnte dem Rechtsextremen und seinen vermeintlich »provokanten« – tatsächlich rassistisch-antisemitischen – Thesen ein zweiseitiges Interview, ohne etwa auf ihren rechtsextremen Charakter hinzuweisen. Vielmehr wird Mahler als »Non-Konformist« stilisiert, der mit seiner »nationalen Sammlungsbeziehung« neue politische Wege beschreiten will. Mahler gibt hier vor, Recht und Gesetz seien in Deutschland von den Juden und ihrer Macht beherrscht. »Über Staatsbürgerschaftsrechte,« so Mahler, »muss allein das Volk entscheiden, nicht die staatstragenden Parteien oder der Zentralrat der Juden. Das sind jene Meinungssoldaten, von denen auch Walser spricht« (Focus, 28.12.1998). Die antisemitische Fantasie, der Zentralrat der Juden in Deutschland würde hierzulande über die Staatsbürgerschaft entscheiden, bleibt aber ebenso unwidersprochen wie weitere rechtsextreme Äußerungen Mahlers gegen »fremde Einflüsse« und »Überfremdung«. Hier ist eine erhöhte Sensibilisierung der Öffentlichkeit – auch von Journalisten! – nicht nur gegenüber rechtsextremen Publikationen, sondern auch überhaupt gegenüber rechtsextremem Denken gefragt, so dass Rechtsextreme die demokratische Öffentlichkeit nicht mehr als Forum für ihre Ressentiments nutzen können.

Ein wichtiger Hinweis zum öffentlichen Umgang mit organisierten Rechtsextremen: Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Grundsatzentscheidung festgestellt, die »Stärke einer Demokratie« liege im »Umgang mit ihren Feinden« (FR, 05.06.2001). Allerdings sind die Möglichkeiten politisch voll auszuschöpfen, um zu verhindern, dass

neonationalsozialistische Agitatoren politisch-öffentliche Foren bekommen, in denen ihre Aussagen den Charakter einer legitimen demokratischen Meinungsäußerung bekommen. Erweisen sich öffentliche Gegenaktionen als ein politisch sinnvolles Mittel, so sind »gleichberechtigte« Diskussionen mit eindeutigen Rechtsextremisten zu vermeiden. Das liegt weniger an einer oft unbegründeten Angst vor der intellektuellen Kapazität oder politischen Überzeugungskraft rechtsextremer Agitatoren als daran, dass eine »gleichberechtigte« Präsenz von Rechtsextremen, etwa als Teilnehmer eines »Runden Tisches gegen Gewalt« oder einer Diskussionsveranstaltung, in jedem Fall Rechtsextremen eine politische Plattform zur Verbreitung rassistischer Stereotype bietet und vor allem eine Aufwertung und demokratische Anerkennung und Legitimität bedeutet, die Rechtsextreme gerade suchen. Jede »demokratische Anerkennung« wird von Rechtsextremen als Erfolg verbucht, unabhängig vom konkreten Verlauf einer Veranstaltung oder eines »Runden Tisches«.

Ein rechtsextremer Schwelbrand?

Der kulturell-ideologische Schwelbrand, der aus dem dynamischen Zusammenwirken all jener bisher genannten Faktoren entstanden ist, ist heute leicht zu entfachen. Längst ist eine Dynamik sich stets neu bildender und nachwachsender rechtsextremer Gruppen und Milieus entstanden, die in immer jüngere Adoleszenz-Phasen hineinreichen. Sie werden bestimmt durch autoritäre Aggressionen und fremdenfeindliche Mentalitäten. Oft haben diese informellen rechtsextremen Gruppen im Laufe der 1990er Jahre rechtsextreme Gewalt »als eine attraktive Verhaltensmöglichkeit erlebt« (Kraak/Eckerle 1999, 185). Um diesen »Schwelbrand« und die Verfestigung des Alltags-Rechtsextremismus zu bekämpfen, bedarf es vielfältiger Maßnahmen auf allen Ebenen.

Rechtsextremismus und Internet

Rechtsextreme nutzen seit 1997 verstärkt das Internet zur Verbreitung von Propaganda und zur Vernetzung und Kommunikation. Das NPD-Organ »Deutsche Stimme« sieht im Internet »in Zeiten absoluter Medienkontrolle [...] das letzte Medium, das eine tatsächliche Information gewährleistet«, einen »wichtigen Gegenpol zum herrschenden Zeitgeist. [...] Ob Zeitschriften, programmatische Texte, aktuelle Meldungen, rechtliche Informationen, Flugblattvorlagen, Diskussionsforen oder komplette Versandkataloge: Alles ist problemlos im Internet abrufbar« (Deutsche Stimme Nr. 9/2000). In der Tat stellt das Internet ein wichtiges Medium des neuen Rechtsextremismus dar; es hat die zwischenzeitlich bedeutsamen Kommunikationssysteme über »Mailboxen« (»Thule-Netz«) abgelöst, die einen begrenzteren Nutzerkreis hatten. Bereits im Oktober 2000 hat das Bundeskriminalamt darauf hingewiesen, dass das Internet mittlerweile neben volksverhetzender Musik als »Propagandanez« das wichtigste Medium ist, um rechtsradikale Inhalte zu vermitteln und auszutauschen.

Alle wichtigen Gruppierungen, Parteien und Gruppen sind hier vertreten, aber auch eine unüberschaubare Vielzahl von Kleingruppen, Einzelpersonen, Infrastrukturen – von NPD und REP über die internationale »NSDAP/AO« bis zu Internet-Radioprojekten wie »Radio Wolfsschanze« oder »Radio Germania« und die organisatorisch bedeutenden »Nationalen Infotelefone«.

Zu den 2002 rund 1000 gezählten Homepages (gegenüber 400 zu Beginn des Jahres 2000) von deutschen Rechtsextremen kommen über 2000 internationale Seiten (wie z.B. »Stormfront«). Es ist eine geradezu »explosionsartige« Entwicklung zu verzeichnen.

Die meisten Websites sind durch Verweise, so genannte »Links«, miteinander verknüpft. Deshalb genügen in der Regel eine Einstiegsadresse und ein Mausklick, um auf ein ganzes Netzwerk rechtsextremer Organisation und Propaganda zu stoßen. Eine besondere Rolle spielen in diesem Kontext Portale. Alarmierend ist ferner die Kom-

munikation über »Chatrooms« und die Gästebücher der Homepages. Hier kommentieren die Besucher und werben zugleich für eigene Seiten. Unwiderrprochen bietet das Internet so einen zunehmend genutzten Ort für Hasspropaganda, für kommunikativ »national befreite Zonen«.

Zu beobachten ist auch eine zunehmende Militarisierung, Militanz und Professionalisierung. Hierzu zählt auch die Instrumentalisierung von Computerspielen durch die »rechtsextreme Szene«. Hierüber ist es möglich, »spielerisch« sadistisch Immigranten, Linke und Juden zu »ermorden« oder sich als »deutscher Landser« zu bewähren. Es sind bereits rassistische Spielclans im Internet entstanden. Dies ist besonders gefährlich, weil solche Spiele für Jugendliche attraktiv sein können und vor allem über das Internet auch leicht zugänglich sind. NPD und Neonazis sehen im Internet entsprechend ein »Medium der Jugend« und ein zentrales Gegengewicht zu den »Systemmedien«. Die Jugend wird auch durch eine »freche Sprache« und rassistische Musiktitel im MP3-Format angesprochen und agitiert, die problemlos heruntergeladen werden können.

Inzwischen schöpfen Rechtsextreme das gesamte Spektrum multimedialer Möglichkeiten aus. Selbst TV-Sendungen sind keine Seltenheit mehr. Problematisch ist, dass der Nutzer bisweilen gar nicht weiß, mit wem er es im Internet zu tun hat. Gerade geschichtsrevisionistische Seiten geben sich oftmals ein seriöses Erscheinungsbild. Die »Hass-Seiten« haben sich vermehrt, in denen offene Mordaufrufe gegen Minderheiten zu finden sind sowie »schwarze Listen«, in denen »unerwünschte Personen« namentlich und mit Adressen und Telefonnummern genannt werden (vgl. VSB 1999, 83).

Kontrolle und Strafverfolgung im Internet sind äußerst schwierig. Ende Sommer 2000 hat die öffentliche Aufmerksamkeit zum Thema Rechtsextremismus allerdings dazu geführt, den Verfolgungsdruck zu erhöhen und deutsche Provider veranlasst, rechtsextreme Seiten zu sperren. Als sinnvolle Maßnahmen erscheinen eine intensi-

vierte Zusammenarbeit mit Providern, Information und Aufklärung im Internet sowie Angebote im Internet, die sich auf »Hate Watch« konzentrieren. Vor allem aber ist eine breite gesellschaftliche Diskussion erforderlich.

Rechtsextreme Seiten, die aus Deutschland kommen, haben auf Grund der deutschen Rechtslage deutlich seltener offen neonazistischen und strafrechtlich relevanten Inhalt als internationale Neonazi-Seiten.

Ausführliche Informationen bieten das Buch von Rainer Fromm/Barbara Kernbach: *Rechtsextremismus im Internet*, München (Olzog Verlag) 2001, und die Veröffentlichung des Bundesamtes für Verfassungsschutz: *Rechtsextremismus im Internet*, Oktober 2002 (herunterzuladen unter: www.verfassungsschutz.de).

Wie gefährlich ist der Rechtsextremismus für die Demokratie?

Der Rechtsextremismus stellt heute eine der größten Herausforderungen für die deutsche Demokratie dar. Trotz der demokratischen Stabilität und Festigung der deutschen Demokratie ist der Rechtsextremismus zur ernsthaften Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat und insbesondere diejenigen geworden, deren körperliche Unversehrtheit in Gefahr ist. Dies betrifft nicht nur das enorme Gewaltpotenzial, das sich im Besonderen gegen soziale Minderheiten richtet, aber auch gegen staatliche Institutionen, Politik, Justiz sowie Medienvertreter, längst auch Polizeibeamte. Rechtsextremismus ist leider kein bloßes Übergangsphänomen, das sich in nächster Zeit »von selbst« erledigen wird. Im Gegenteil: Der Rechtsextremismus ist heute so stark und gefestigt wie zu keiner Zeit der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte. Aus der Verfestigung der antidemokratischen Milieus und Lernkultur kann eine antidemokratische Basis der Zukunft entstehen. Dabei ist Rechtsextremismus, trotz des überproportionalen Anteils männlicher Jugendlicher hinsichtlich der Bereitschaft zu Gewalt, auch kein ausschließliches Jugendproblem, sondern baut, wie gezeigt, teils auf einen sozialen Rückhalt, der sich mit der politischen Thematisierung von Einwanderung unter den Stichworten »Problem«, »Überfremdung« und »Kriminalität« verschärft hat. Nötig ist für die Demokratie ein entschiedenes, tätiges Vorgehen gegen rechtsextreme Ideologie und Gewalt, ein Engagement, das nicht der – hiermit überforderten – Polizei allein überlassen werden kann.

Es gibt eine rechtsextreme Bewegung und fremdenfeindliche Alltagskulturen, die mit der bundesweit auf ca. 2.000 bezifferten Zahl von »rechtsextremen Skinheads« nicht erfasst wird. Eine politische Praxis, politische Symbole und ein politisches Klima gegen Diskriminierung und für Weltoffenheit sind vonnöten. Dies setzt das entschiedene Engagement aller Demokraten voraus.

Auch sind weitergehende Integrationsmaßnahmen für Einwanderer erforderlich, die jetzt von der Politik anvisiert werden.

Zum genauen quantitativen Ausmaß der »Angstzonen« fehlt eine angemessene sozialwissenschaftliche Erhebung; sie müsste mindestens in den Orten durchgeführt werden, in denen die überwiegende Zahl der seit 1990 über 12.000 rechtsextremen Gewalttaten zu beklagen ist. Die in den letzten Jahren beobachteten Formen eines »Rechtsextremismus neuen Typs« haben mit den vor 1989 klassifizierten nur noch wenig zu tun. Bisher aber ist die damit verbundene polizeiliche, politische und intellektuelle Herausforderung teilweise noch nicht ausreichend angenommen worden. Entschieden zu verhindern ist, dass Rechtsextremisten die Taktik, den Rechtsstaat vorzuführen, als Erfolg begreifen können, mit dem sie wiederum ihre Werbe- und Druckstrategie insbesondere gegenüber den nun 12- bis 14-Jährigen verstärken. Die große Rechtsextremismus-Debatte im Sommer 2000 hat den öffentlichen Druck auf den Rechtsextremismus jedoch deutlich erhöht – darüber können die gestiegenen Straftaten, deren häufigere Meldung auch Ausdruck einer erhöhten Sensibilisierung sind, nicht hinwegtäuschen. Inzwischen operieren Szenen und Kader zu Teilen verdeckter. Dafür, dass die Ausdehnung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Orientierung abgenommen hätte, finden sich allerdings keine Hinweise; jedoch fühlen sich antirassistische Initiativen durch die öffentliche Debatte ermutigt. Neben gestiegenem Repressionsdruck sind es die öffentlichen Debatten und konkrete, lokal greifende politische Programme sowie vielfältige Aktionen von einem breiten Bündnis von Politik und Zivilgesellschaft, die das politische Klima positiv beeinflussen und vor allem dadurch den Rechtsextremismus in die Defensive drängen können.

Handlungsempfehlungen

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus auf Bundesebene

Handlungsansätze, Strategien und Perspektiven

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus wird von der Bundesregierung und der SPD-Bundestagsfraktion als innenpolitischer Schwerpunkt verstanden. Konzeptionell gibt es einen Verbund von präventiven und repressiven Handlungsansätzen auf der Grundlage der drei Säulen

- Stärkung der Zivilgesellschaft
- Maßnahmen, die auf den Täter und sein Umfeld zielen
- Förderung der Integration von Einwanderern und Ausländern

Bundespolitische Maßnahmen müssen möglichst breit und vielfältig sein. Es geht unmittelbar um

- den gezielten Ausbau jugendpolitischer, jugendkultureller und zivilgesellschaftlicher Projekte und Initiativen vor Ort. Hierzu ist es sinnvoll, langfristig, unbürokratisch und möglichst breitflächig Modell-Projekte (siehe unten) zu unterstützen und konkrete Hilfe zu bieten, und zwar in enger Kooperation mit Initiativen von Nichtregierungsorganisationen, die auf lokaler Ebene arbeiten. Unterstützung sollten dabei, wie bereits von der Regierungskoalition begonnen, im Besonderen auch Initiativen des Opferschutzes und der Opferunterstützung bekommen, welche nachhaltig zur Veränderung des politischen Klimas beitragen.
- mit einer breit orientierten politisch-sozialen demokratischen Entwicklungsförderung einhergehende gezielte polizeilich-staatliche Repression gegenüber rechtsextremen Gewaltmilieus und »Angst-Zonen«. Dies schließt auch die effektivere Beobachtung und Verfolgung rechtsextremer und neonazistischer Organisationen und Aktivitäten ein. Ein Zeichen ist die Einbindung des BGS zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verunsicherung der Szene, insbesondere an Brennpunkten (BGS-Hotline: 0 18 05-23 45 66 bei Beobachtungen rechtsextremer Aktivitäten).

- gesellschaftliche und institutionelle Sensibilisierung gegenüber dem Problem des Rechtsextremismus sowie Signale gegen Rassismus und Diskriminierung auf Bundesebene, die Auswirkungen haben auf die konkrete Praxis vor Ort und von praktischen Ideen vor Ort wiederum gespeist werden. In diesen Bereich fallen ferner breite Offensiven der politischen Bildung. Die politische Bildung muss insbesondere in den Schulen und ihrem Umfeld wirken, um beispielsweise dem fremdenfeindlichen Klima in der Familie und dem weiteren sozialen Umwelt früh institutionell entgegenzuwirken.

Laufende Maßnahmen, Programme und Projektmittel gegen Rechtsextremismus

1. Das Aktionsprogramm
»Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«

Für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen wurden seit 2001 jährlich Mittel in Höhe von rund 20 Millionen Euro im Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereitgestellt. Ziel des Aktionsprogramms ist es, demokratisches Verhalten und ziviles Engagement bei Jugendlichen zu stärken sowie Toleranz und Weltoffenheit zu fördern. Das heißt: Zum einen sollen Jugendliche, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wenden, unterstützt werden. Zum anderen sollen Jugendliche, die gefährdet oder rechtsorientiert sind, wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückgeholt werden. Eine solche Arbeit kann nur mit den Menschen vor Ort geleistet werden. Deshalb basiert das Aktionsprogramm »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« zu großen Teilen auf lokalen und regionalen Initiativen, die gestärkt oder neu gestartet werden.

Zu dem Aktionsprogramm gehören:

ENTIMON – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Für die Haushaltsjahre 2002, 2003, 2004 und 2005 wurden zehn Millionen Euro innerhalb des Aktionsprogramms »Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« für den Programmteil »Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus« zur Verfügung gestellt. Seit 2002 trägt dieser Programmteil den Namen »ENTIMON«. »Entimon« ist altgriechisch und steht für Würde und Respekt – Werte, die für die Ziele des Programms stehen. Im Zentrum des Programms stehen Maßnahmen der politischen Bildung.

Zentrale Schwerpunkte sind:

- Aktionen vor Ort und die Unterstützung lokaler Netzwerke
- Förderung und Unterstützung des interkulturellen Dialogs
- Entwicklung von praxisorientierten pädagogischen Arbeitshilfen für die Arbeit mit Jugendlichen, insbesondere Haupt- und Berufsschülern, rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten, Eltern und Multiplikatoren
- Projekte in Kooperation mit Jugendsozialarbeit und Schule und die Entwicklung schulischer Präventionsstrategien
- Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Durch das »Deutsche Jugendinstitut« (DJI) e.V. wird ENTIMON wissenschaftlich begleitet (Evaluation und Dokumentation). In den Jahren 2002, 2003 und 2004 wurden jeweils über 200 Projekte und Initiativen durch ENTIMON gefördert. Darunter Fachtagungen, Kurse, Werkstätten, Festivals, Theaterprojekte und Internationale Begegnungen von Jugendlichen.

CIVITAS – Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern

Fremdenfeindliche Gewalttaten von Jugendlichen sind kein speziell ostdeutsches Problem, aber in den neuen Bundesländern besonders ausgeprägt. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Auch Zukunftsängste und Unsicherheit angesichts der schlechten Lage auf dem Ausbildungs- und Ar-

beitsmarkt tragen zur Entstehung nichtdemokratischer Positionen bei. Zur Stärkung des zivilen Engagements bei jungen Menschen in den neuen Bundesländern wurden im Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2001 zehn Millionen DM bereitgestellt. Für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 wurden die für das Programm CIVITAS vorgesehenen Mittel auf jeweils zehn Millionen Euro verdoppelt. Für 2004 und 2005 wurden neun Millionen Euro bereitgestellt.

Im Rahmen von CIVITAS werden gefördert:

■ Mobile Beratungsteams (MBT)

Diese Beratungsteams agieren sehr flexibel und beraten die verschiedenen Institutionen vor Ort, begonnen bei Schulen bis hin zum Bürgermeisteramt. Die Opferberatungsstellen informieren über bestehende Hilfsangebote in den neuen Bundesländern und vermitteln den Opfern von Gewalt u.a. rechtliche und therapeutische Unterstützung. Weiterer Schwerpunkt ist der Austausch und die Vermittlung von Erfahrungen, um damit eine demokratische Alltagskultur zu stärken.

■ Beratung von Opfern rechtsextremer Straftaten und Gewalttaten

Die Opferberatungsstellen sollen rechtliche und psychosoziale Hilfe und Beratung sowie Unterstützung in verschiedenen Lebenssituationen für Betroffene rechter Gewalttaten bieten.

■ Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen im Gemeinwesen

Die Arbeit, die Ansatzpunkte und Herangehensweisen der einzelnen Projekte im Förderbereich Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen im Gemeinwesen sind sehr vielfältig. Gefördert werden z.B. Projekte im Jugend- und Schulbereich, interkulturell angelegte Projekte, Geschichtswerkstätten, Fortbildungs- und Trainingsprogramme, Theaterprojekte gegen Rechtsextremismus oder auch Projekte im Bereich der Flüchtlingsarbeit.

■ Vernetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Gemeinwesen

Seit 2002 fördert CIVITAS in den neuen Bundesländern Netzwerke, die eine Zusammenarbeit von

lokalen Akteuren wie z.B. zwischen Schule, Jugendhilfe, Kirche und Gemeinwesen unterstützen. Initiiert werden feste Kooperationsbeziehungen, die sich für Demokratie und Toleranz engagieren und den regionalen Erfahrungs- und Informationsaustausch fördern.

■ Überregionale Modellprojekte

Die überregionalen Modellprojekte realisieren besonders wirksame Handlungsstrategien zur Aktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements auf überregionaler Ebene. Sie reagieren auf konkreten regionalen Bedarf, wirken nachhaltig und sind auf eine Fortführung nach Beendigung der Modellphase ausgerichtet.

Seit 2001 wurden durch CIVITAS insgesamt über 1000 Projekte gefördert.

2. XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt

Neu beim Programm XENOS ist die Verbindung von arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen mit Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. Das Programm richtet sich an Betriebe, Verbände und Organisationen der beruflichen Bildung, Berufsschulen, freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe sowie in entsprechenden Bereichen tätige Initiativen. Mit XENOS werden vor allem Maßnahmen gefördert, die das gemeinsame Lernen und Arbeiten von deutschen und ausländischen Jugendlichen und Erwachsenen unterstützen sowie zum Aufbau gegenseitigen Verständnisses und dem Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung beitragen. Für den Förderzeitraum 2000 bis 2006 stellt das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit insgesamt rund 75 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für XENOS bereit. Die Mittel müssen in gleicher Höhe durch Länder oder Kommunen kofinanziert werden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit haben die Steuerung des Programms übernommen.

3. Härtefallfonds für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe

Wer von rechten Gewalttätern verletzt, bedroht oder beleidigt wurde, kann beim Generalbundesanwalt eine Entschädigung beantragen. Hierfür wurden im Haushalt des Justizministeriums 2001 erstmals zehn Millionen DM zur Zahlung von Härteleistungen an Opfer rechtsextremistischer Gewalt zur Verfügung gestellt. Dies betrifft auch Entschädigungsleistungen für Nothelfer, die sich zum Schutz eines Opfers rechtsextremistischer Gewalt persönlich einsetzen. 2002 ist der entsprechende Ansatz im Haushalt des Bundesministeriums der Justiz auf 2,5 Millionen Euro reduziert worden. Im Haushalt 2003 und 2004 sind noch 1,0 Millionen Euro für den Härtefallfonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt eingestellt worden. 2001 sind Entschädigungszahlungen zu Gunsten von 151 Opfern in Höhe von 1.430.000 Euro erfolgt. Für das Haushaltsjahr 2002 sind 131 Anträge auf Entschädigungszahlungen gestellt worden. Davon sind rund 100 positiv entschieden und Entschädigungszahlungen in Höhe von insgesamt 358.000 Euro bewilligt worden. 2003 sind Entschädigungszahlungen insgesamt in Höhe von 277.000 Euro an Opfer rechtsextremer Übergriffe erfolgt. Für 2004 liegen noch keine genauen Zahlen vor. Auf Grund der Erfahrungswerte der letzten Jahre werden für 2005 noch insgesamt 500.000 Euro für den Opferfonds zur Verfügung gestellt. Mit Einrichtung des Fonds 2001 sind Informationen über den Fonds an alle Staatsanwaltschaften, Landeskriminalanstalten, Ausländerbehörden, Sozialbehörden und den »Weißen Ring« ergangen.

4. Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt

Dem am 23. Mai 2000 auf Initiative der Bundesregierung gegründeten Bündnis für Demokratie und Toleranz stehen pro Haushaltsjahr mindestens 700.000 Euro aus dem Haushalt des Bundesinnenministeriums zur Verfügung. Funktion des Bündnisses ist es, alle Kräfte zu bündeln, die sich gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Bestrebungen wenden. Ihm gehören über 1.300 Initiativen oder Einzelpersonen an, die Ideen und Vorschläge einbringen oder auf schon

unternommene Aktivitäten hinweisen. Zudem zeichnet das Bündnis im Rahmen des Wettbewerbs »Aktiv für Demokratie und Toleranz« sowie des »Victor-Klemperer-Wettbewerbs« besonders vorbildliche Projekte mit Preisen aus.

5. Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)

Im Rahmen der Neuorientierung der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) haben die Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Integration von Einwanderern angemessene Beachtung gefunden. Von der bisherigen eigenen Aufklärungsarbeit der Bundeszentrale wurden Mittel in die Projektförderung umgeschichtet.

6. Indirekte präventive Projektförderung gegen Rechtsextremismus

Es gibt eine Reihe von Bereichen, in denen Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auch indirekt gefördert werden. Hierzu zählen Projekte im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes des Bundes, Projekte zur Integration und Eingliederung von Ausländern und Aussiedlern sowie die Programme der Jugendsozialarbeit (»Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum« und »Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit«). Besonders sei hier auf das Programm »Die soziale Stadt« hingewiesen, für das seit 2001 über 75 Millionen pro Haushaltsjahr bereitgestellt worden sind.

7. EQUAL – Neue Wege der Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt

Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL ist Teil der Strategie der Europäischen Union, die darauf abzielt, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen und sicherzustellen, dass niemandem der Zugang zu diesen Arbeitsplätzen verwehrt wird. Die EU stellt aus dem Europäischen Sozialfonds für EQUAL insgesamt 2,847 Milliarden Euro für den Zeitraum 2000–2006 bereit. Dieser Betrag soll ergänzt werden durch entsprechende nationale Fördermittel.

8. Das »Aussteigerprogramm« des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Ziel des vom Bundesministerium des Innern initiierten und beim Bundesamt für Verfassungsschutz angesiedelten »Aussteigerprogramms« für Rechtsextremisten ist es, durch Herauslösen ausstiegsbereiter Führungspersonen und Mitläufer die rechtsextremistische Szene personell zu schwächen. Abhängig vom konkreten Einzelfall können Aussteiger Beratung bei der Wohnungs- und Jobsuche und in begrenztem Umfang auch finanzielle Unterstützung erhalten. Experten des Bundesamtes für Verfassungsschutz nehmen gezielt Kontakt zu Führungspersonen aus der rechten Szene auf, die seitens des Verfassungsschutzes für ausstiegswillig gehalten werden. Zudem existiert seit dem 17. April 2001 eine bundesweite Telefon-Hotline unter der Rufnummer: 0221/79262, Internet: www.verfassungsschutz.de.

9. Verschärfte Repressionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus durch die Bundesregierung

Der Verfolgungsdruck auf Rechtsextreme hat sich verstärkt. Die neuen Statistiken zu rechtsextremen Straftaten zeigen auch eine erhöhte Sensibilisierung in Polizei, Öffentlichkeit und Bevölkerung. Die Innenministerkonferenz hat sich darüber hinaus auf neue, einheitlichere Bewertungskriterien bei der Erfassung rechtsextremer Straftaten einigen können – die genaue Kenntnis und Wahrnehmung der rechtsextremen Gewaltkulturen und ihrer strafrechtlich relevanten Konsequenzen ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung zur effektiven Bekämpfung rechtsextremer Gewalt. Politisches Klima, Verfolgungsdruck und konsequente Positionierungen der Politik haben schließlich, bei aller Unabhängigkeit der Justiz, nachweislich Einfluss auf die strafrechtliche Ahndung von rechtsextremer (Gewalt-)Kriminalität als ein Mittel zur Prävention und Entmutigung. In jüngerer Zeit sind Urteile gegenüber rechtsextremen Straftätern durchschnittlich härter und weniger nachsichtig ausgefallen als in früheren Jahren.

Lokale Fallbeispiele rechtsextremer Dynamiken und politischer Fehlentwicklungen

Bevor in einem nächsten Schritt gelungene Projekte und Ideen vorgestellt werden, sollen lokale Fehlläufe exemplarisch dargestellt und analysiert werden. Die im Folgenden beispielhaft beschriebenen rechtsextremen Szenen und ihre lokalen Dynamiken bzw. »Zonen der Angst« sind nach Gestalt und Ausbreitung unterschiedlich ausgeprägt, aber sie zeigen für die rechte Jugendszenerie typische Elemente. Hierbei sind vornehmlich Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland festzustellen, und zwar im Hinblick auf Form, Ursachegefüge, lokale Macht und Hegemonie sowie politisch-kulturellen Umgang. Die Beispiele sollen vor allem die Erscheinungsformen des informellen und jugendlichen Rechtsextremismus im jeweiligen Kontext veranschaulichen. Um Missverständnissen vorzubeugen: Sie repräsentieren nicht unbedingt besondere Gefahrenzonen. Die Auswahl ist eher willkürlich – statt Greifswald hätte das Problem anhand von Oranienburg beispielhaft dargelegt, statt Düsseldorf Stuttgart, Schweningen oder München gewählt werden können. Es geht um exemplarische Konstellationen.

Rostock-Lichtenhagen: Die Ausschreitung als Höhepunkt von politisch-sozialer Fehlentwicklung

Am Beispiel der Entwicklung zu den Unruhen in Rostock im August 1992 lässt sich zeigen, wie eine besondere politisch-soziale Dynamik rechter Gewalt entstehen kann. Im Besonderen aber zeigt sich, wie die Bereitschaft zu Distanz und Feindschaft gegenüber Immigranten durch öffentliche Debatten und das Verhalten von Politik und staatlichen Institutionen bekräftigt und zu einer handlungsmächtigen Aggression verstärkt werden können.

Die Ereignisse von Rostock folgten dem für Rechtsextreme erfolgreichen »Fanal von Hoyerswerda« (Hans-Gerd Jaschke) ein Jahr zuvor (1991). In Hoyerswerda hatten tagelange gewalttätige Ausschreitungen bereits einmal zum Rückzug des Rechtsstaates und zur Verlegung von Flüchtlingen geführt. Schon zum Vorlauf der Un-

ruhen in Rostock hatte ein entwertender und entrechtender Umgang mit Asylbewerbern gehört. Sie mussten rund um die Asylaufnahmestelle in Rostock-Lichtenhagen lagern, ohne auf sanitäre Einrichtungen und Kochgelegenheiten zurückgreifen zu können und zureichend versorgt zu werden. Es fehlte an Verpflegung, Unterkunft, selbst Toilettenwagen. So sind die Flüchtlinge zu Handlungen gezwungen worden, u.a. zur Verrichtung der Notdurft unter freiem Himmel, die tradierte Klischees bestätigten und die Hassausbrüche eines Teils der Bevölkerung begünstigten. Lokale Politiker und politisch Verantwortliche haben hierbei das Vorurteil gegen Fremde bekräftigt unter dem faden-scheinigen Verweis, vermeintliche Probleme anzusprechen und aufzugreifen. Die dort Lagernden erschienen als »schmutzig« und »faul«, auf Kosten der Deutschen bekämen sie Wohnung, Brot und vielleicht noch einen Mercedes und beschmutzten öffentlich zugängliche Läden – so lokale öffentliche Äußerungen. Die Roma erschienen so als ein durch eine faktische Zusammenballung und die politisch-mediale Öffentlichkeit ins Riesige vergrößertes, die Interessen der Anwohner existentiell bedrohendes Kollektiv. Die Aggression gegenüber Asylbewerbern stieg zugleich mit der Resignation gegenüber den veränderten ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen. Nachzuweisen ist so eine Interaktion aus öffentlicher Rhetorik, Nichthandeln der Politik, Zulassen der örtlichen Eskalation und einer zuvor latent vorhandenen negativen Einstellung in weiten Bevölkerungsteilen insbesondere gegenüber den Roma, die eine Aggression förderte, welche schließlich in eine pogromartige Stimmung umschlug. So gingen Jugendliche unter den Augen Tausender am Abend des 24. August 1992 mit dem Schlachtruf »Wir kriegen euch alle!« gegen alles »Fremde«, in diesem Fall nicht mehr gegen die bereits in einer anderen Gemeinde untergebrachten Roma, sondern nun gegen die lange in Rostock akzeptierten Vietnamesen vor, zündeten deren Haus an und brachten sie damit in Todesgefahr.

Teile der gewaltbereiten Jugendlichen sahen sich gleichsam moralisch entlastet durch Politik und Behörden, auch weil sie von einer Polizei, die sich

zeitweise zurückzog, nicht daran gehindert wurde und von politisch Verantwortlichen noch während der Gewaltexzesse Verständnis für diese geäußert wurde. Der Sündenfall von Rostock hat zu einer Kette von Nachahmetaten geführt (Funke 1993). Der Rechtsextremismus-Forscher Helmut Willems hat in diesem Zusammenhang vom Legitimationsgewinn fremdenfeindlicher Einstellung gesprochen und ausgeführt: »Das Lernen am erfolgreichen Modell hat [...] für die Erklärung einer wellenartigen Eskalation und Ausweitung von Gewaltaktionen nach spektakulären ›Einzelerfolgen‹ eine große Bedeutung« (Willems).

Rechtsextreme »Zonen der Angst« in Ostdeutschland: vier Beispiele

Von entscheidender Bedeutung für die Etablierung rechtsextremer Angstzonen ist die Ausbreitung und Verfestigung rechtsextremer und rassistischer Denkmuster in Teilen von Jugend und Gesellschaft. Zwar sind jeweils nur ein oder wenige Prozent der Jugendlichen rechte Gewalttäter; etwa 20 Prozent sympathisieren aber mit der Gewalt gegen Ausländer; mehr als zwei Drittel (Shell-Studie 2000) stimmen der Äußerung zu, nach der es in Deutschland zu viele Ausländer gibt (vgl. auch Sturzbecher 2000).

Nach einer Untersuchung von Stöss und Niedermayer teilen etwa 20 Prozent der erwachsenen Brandenburger Bevölkerung ein rechtsextremes Weltbild, etwa 40 Prozent haben fremdenfeindliche Einstellungen. Nach einer weiteren Untersuchung von Sturzbecher teilen etwa 30 Prozent der Jugendlichen in Brandenburg ausgeprägte antisemitische Einstellungen; nur 25 Prozent der männlichen Jugendlichen können sich vorstellen, einen Juden als Freund zu haben (vgl. Sturzbecher 2000).

Rechtsextreme können vielerorts weitgehend ungestört agieren und schaffen so ein Klima der Einschüchterung und Bedrohung vor allem für Immigranten, Obdachlose oder nicht-rechte Jugendliche. In vielen Regionen hat sich eine »völkische Alltagskultur« etabliert. Rechtsextreme haben hier dabei nicht selten ein attraktives und »jugendgemäßes« Freizeitangebot geschaffen und organisieren Vereine, Sportangebote und Bürgerinitiativen. Organisierte Neonazis und NPD-Ka-

der sind – wie in Königstein in der Sächsischen Schweiz – bisweilen sogar integrierter Teil des gesellschaftlichen Lebens, sitzen in Gemeinderäten und haben erheblichen Einfluss auf kommunale Debatten und Politik.

Kriterien für rechtsextreme Dominanzzonen sind unter anderem:

- sichtbare rechtsextreme Gruppierungen,
- aktive rechtsextreme Kameradschaften und/oder NPD-Verbände,
- rechtsextreme Aufmärsche, Anschläge und Gewalttaten,
- rechtsextreme Medien und Infrastruktur (z.B. rechtsextreme Jugendzentren),
- rechtsextreme Kultur wie Skinhead-Bands und rechtsextreme Szene-Läden mit Devotionalien- und CD-Handel.

Die folgenden Skizzen der rechten Jugendszenen stellen qualitative Profile aufgrund entsprechender Beobachtungen dar.

Leegebruch

Leegebruch hat 6.000 Einwohner, liegt zwischen Oranienburg und Berlin und hat eine gewaltbereite rechte Szene von etwa 20 bis 30 männlichen Jugendlichen, einen Sympathisantenkreis von etwa 100 Jugendlichen, das sind etwa 20 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren. In Leegebruch hat es etliche Übergriffe gegen so genannte »Linke«, »Kiffer«, »Zecken« und Kinder von aus Berlin zugezogenen Familien gegeben. Der Polizei ist die besonders starke rechtsextreme Szene in Leegebruch inzwischen bekannt. Angriffe mit zum Teil erheblichen körperlichen Verletzungen erfolgen für die potentiellen Opfer oft wie aus heiterem Himmel. Die Angegriffenen sind in solchen Situationen machtlos, wie beispielsweise jene türkischen Bauarbeiter, deren VW-Bus 1996 unter »Sieg-Heil«-Rufen in Flammen aufging.

Damit korrespondiert das von einem selbsternannten »Führer« der rechten Szene, Peter K., 18 Jahre, gegebene Statement: »Spannungen, Konflikte in Leegebruch? Ja. Ab und zu gibt es einen Ordnungsgong. Wenn der nicht reicht, dann ein zweites Mal. Das geht gegen die Zecken. Vor allem gegen die Kiffer. Wir müssen unsere Klei-

nen vor denen schützen« (so am 30.9.00). Peter K. ist Verehrer von Rudolf Hess, hält die Juden für »Diebe«, Türken und vor allem Asylbewerber für das Schlimmste, verteidigt »Deutschland« und »meine Rasse« – und bereitet gleichentags ein nazistisches Konzert im Ort vor. Die rechte Szene ist in der Region über Mitglieder von Kameradschaften und der NPD weit vernetzt. Übergriffe auf »Skater« am Ort sind keine Seltenheit. Die »nicht-rechte« Jugend fühlt sich terrorisiert. Anzeigen werden aus Angst kaum erstattet. Die Dunkelziffer dürfte sich auf ein Mehrfaches der angezeigten Übergriffe belaufen (Vgl. auch Wetzels u.a. 2000).

Die wenigen Eltern, die sich gegen die informelle Gewalt der rechtsextremen Szene und für ihre und andere Kinder einsetzen, sind eingeschüchtert. Sie berichten von Vorfällen, bei denen 15 bis 20 Skinheads in bedrohlicher Haltung an der Haustür der Familie eines potenziellen Opfers stehen und wo die betroffene Familie von der herbeigerufenen Polizei gefragt wird, ob sie die Skinheads nicht hereinlassen wollen. Nach diesen Berichten taucht in anderen Fällen die Polizeistreife verspätet auf, ohne dass die Insassen, womöglich aus Angst, überhaupt aussteigen. Lange Zeit haben weder Gemeinde noch Bürgermeister diese Tendenzen öffentlich gemacht oder Korrekturen verlangt. Ein Großteil der Bevölkerung übt sich in ängstlichem, teils auch zustimmendem Schweigen. Eine Eskalation auch durch die ihnen womöglich aufgenötigte Notwehr der Jugendlichen ist nicht ausgeschlossen. In jedem Fall – und das ist zur Beurteilung der Situation von Leegebruch entscheidend – sieht sich die rechte Szene als »Herr im Hause«.

Die rechte Szene sieht sich als Herr der Abende und der Nächte. Die, wie Hannah Arendt schrieb, »verbrecherischen Instinkte des Mobs« entscheiden darüber, wen sie als Objekt ihres diffusen Hasses ausersehen. Sie glauben, dass ihnen angesichts ihres Kontrollsystems über Handys und Autos niemand im Dorf entgeht. Die potentiellen Opfer wissen um diese Gewaltverhältnisse und haben Angst. Seit Frühjahr 2001 ist die Kontrolle der rechten Szene durch die Polizei erkennbar verstärkt – die rechte Szene operiert verdeckter.

Guben /Obersprucke

Die tödliche Hetzjagd einer rechten Gruppe mit NPD-Kadern am 13. Februar 1999 auf drei Asylbewerber, auf Issak Kaba, Khaled Ben Saha und Farid Guendoul, der in der Hetznacht starb, wurde durch einen fast eineinhalbjährigen Gerichtsprozess bearbeitet. Im November 2000 erging das Urteil, das vielfach als zu milde beurteilt wurde: Drei der elf Tatbeteiligten wurden mit Haftstrafen von zwei bis drei Jahren, sechs mit Bewährungsstrafen zwischen einem und zwei Jahren verurteilt und zwei der Täter wurden lediglich verwarnet. Jedenfalls ging die rechtsextreme Szene aus dem langen Prozessgeschehen eher gestärkt hervor.

Aus den Prozessdokumenten ergibt sich, dass sich die gefestigte rechtsextreme Szene mit Gerüchten und rassistischen Anschuldigungen aufschaukelte und eine mehrstündige Jagd auf im Wortsinn alles Fremde unternahm. Dies kulminierte in Angriffen auf eine junge deutsche Frau, den Asia-Shop am Ort und auf die drei genannten Asylbewerber. Diese für Obersprucke nicht untypische Aufschaukelung der Szene war der Polizei aus vorherigen Beobachtungen bekannt. Aber der Forderung einzelner Polizisten, deswegen um Verstärkung zu ersuchen, war von der örtlichen Polizeiführung nicht stattgegeben worden. So wurde nicht eingeschritten, als Stunden später Farid Guendoul zu Tode gehetzt wurde – die Rechtsextremen genossen nahezu uneingeschränkte Handlungsfreiheit und Raum-Hoheit. Der Tod des Flüchtlings war Ausdruck eines »sozialen Raumbewinns« (Heitmeyer 1999).

Teile der Familien und der Nachbarschaft decken seither das Verhalten der rechten Clique. Deutlich wird auch eine weitgehende Unterstützung der fremdenfeindlichen Gesinnung durch Familien und durch Teile des Ortes. Dies wie die massive Unterstützung von mindestens einem rechtsextrem organisierten Anwalt (er war Führer der verbotenen neonazistischen »Wiking-Jugend«) hat die Gruppe zusammen mit den Erfahrungen im Gerichtsprozess stabilisiert. Erkundungen vor Ort belegen, dass Nichtrechte sich nach wie vor bedroht sehen und angegriffen werden. Einer der mit einer milden Bewährungsstrafe verurteilten Täter war wenige Wochen nach Urteilsverkün-

dung in einer Gruppe, aus der heraus eine Person aus fremdenfeindlichen Motiven niedergestochen wurde.

Wriezen

In Wriezen bei Bad Freienwalde ist am 12. März 2000 über sechs Stunden lang eine so genannte »Zeckenjagd« von Skinheads mithilfe von Baseballschlägern durchgeführt und dabei einer der Verfolgten lebensgefährlich verletzt und nur durch eine Notoperation gerettet worden. Die Polizei war eine Stunde vor den Angriffen benachrichtigt worden und hat über Stunden nicht angemessen eingegriffen. Dies wurde zunächst bestritten, wie auch der Bürgermeister den »Vorfall« verharmlost hatte, ehe Mütter der Opfer auf Aufklärung drangen, die Polizei sich in Widersprüche verwickelte und dies an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Nun erst sahen sich Bürgermeister wie Polizei zur Korrektur ihrer Aussagen genötigt. Ohne die Courage der Mütter, die Hilfe der »Opferperspektive Potsdam« und des Mobilien Beratungsteams im Rahmen des »Toleranten Brandenburg« wäre – wie in Leegebruch oder Guben – weder die Öffentlichkeit schnell genug informiert noch die Erkenntnis zugelassen worden, dass Rechtsstaat wie Politik nicht angemessen reagiert haben.

Greifswald

In der Universitätsstadt Greifswald klagen viele der ausländischen Studierenden: »Wir werden geschnitten, beschimpft, bespuckt« (Die Woche, 9.2.2001). Laut einer Befragung von 1.500 Schülern der 9. Klassen an allen Schulen der Stadt teilen 30 Prozent »in hohem Maße« rechtsextreme Ansichten. Die rechtsextreme Jugendkultur gehört zum Stadtbild: auf dem Marktplatz, im Einkaufscenter, in den Restaurants. Die NPD, unter Führung ihres Kreisvorsitzenden Maik Spiegelmacher, eines ehemaligen Mitglieds der »Greifswalder Nationalsozialisten« und verurteilten Gewaltverbrechers, ist Teil der völkischen Alltagskultur. Die NPD ist beteiligt in Bürgerinitiativen, sozialer »Wohlfahrt« und Akteur in der kommunalen Politik und zugleich eingebunden in ein informelles Netzwerk aus Cliquen und Kameradschaften. Die

Partei organisiert Freizeitangebote, von der Pflege von Soldatengräbern bis zur Fußballmannschaft unter dem Namen »Sport statt Gewalt«. Und sie unterhält beste Beziehungen zur schlagenden Studentenverbindung »Rugia«, zum militanten Kameradschaftsbund »Anklam«, zum neonazistischen Online-Dienst »Stoertebeker.net« und zum örtlichen Schützenverein. Die NPD demonstrierte hier in Greifswald gegen ein »zweites Kreuzberg«. Ihre Politik wurde flankiert durch eine Bürger-«Initiative gegen den weiteren Zuzug von Ausländern«, die innerhalb weniger Tage im Stadtteil Schönwalde 1.000 Unterschriften gesammelt und an das Rathaus geschickt hatte. In jenem Stadtteil sind ausländische Studierende in direkter Nähe zur NPD-Geschäftsstelle einquartiert worden, »weil kein deutscher Student bereit ist, dort einzuziehen« (Wohnungsbaugesellschaft WVG).

Nun sind sinnvolle politische Gegenansätze zu erkennen, wie eine Demonstration gegen die NPD mit über 7.000 Greifswaldern Mitte Januar 2001. In Greifswald befindet sich auch ein engagiertes Polizeipräsidium. Doch auch die politischen Fehler der Vergangenheit verlängern sich in die Gegenwart. Die rechtsextreme Bürgerinitiative wurde zum Gespräch »über die Verbesserung des Klimas im Stadtteil Schönwalde« ins Rathaus gebeten, nur vier Tage nach einer NPD-Demonstration. Unter der geladenen Delegation: der Hauptredner der NPD-Demonstration, ein »freier Nationalist«. Der »Bürgerinitiative« wurde die Einladung zu einem Bürgerforum in Aussicht gestellt. Solche Einbindungen der NPD und Neonazi-Kader in die Debatte um »Ausländer« und »Runde Tische gegen Gewalt« haben sich als politisch-sozial fatal erwiesen. Sie haben nur dazu geführt, Gewalt wie ihre Agitatoren und Organisatoren anzuerkennen und zu legitimieren. Ebenso problematisch ist die immer noch vielerorts gängige Politik der Bagatellisierung »für den guten Ruf« (Frankfurter Rundschau, 14.2.2001, S. 3).

Diese Beispiele mögen illustrieren, dass die zuständigen Institutionen, vor allem die Polizei, in sich bildenden Angstzonen die Sicherheit der ihnen anvertrauten Menschen oft nicht gewährleisten kann. In Teilen Brandenburgs, Sachsens, Thüringens, Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns gibt es solche Zonen. Politisch Verantwortliche nehmen das Problem oft nicht

hinreichend ernst. Es ist dabei exakt das Ziel der rechtsextremen Akteure, möglichst viele Unerwünschte, oft nach fremdenfeindlich-rassistischen Kriterien, in Angst zu versetzen oder sie an Leib und Leben zu bedrohen. Sie betreiben damit »Provokations-, Raum- und Räumungsgewinne (gegen andere)« (Heitmeyer 1999). Vielerorts üben die Rechtsextremen »Macht aus, ohne noch Gewalt anwenden zu müssen.« Rechtsextremismus sei keine Subkultur mehr, diagnostizierte Die Zeit, »sondern dominiert in vielen Dörfern und Kleinstädten die Jugendszene. Rassismus und Antisemitismus gehören zum guten Ton. Man beschimpft sich als »Neger«, und wenn etwas ganz miserabel ist, heißt es »judenmäßig« (Die Zeit, 15.2.2001, S. 1).

Rechtsextreme Szenen und Milieus in Westdeutschland

Rechtsextremismus ist aber weder nur ein Problem des Ostens, noch ist er zu reduzieren auf Jugendgewalt. Auch in Westdeutschland hat der Rechtsextremismus und Rassismus zu Teilen einen gesellschaftlichen Rückhalt. Von einem festen rechtsextremen Potenzial muss im Westen bei 12 Prozent der Bevölkerung ausgegangen werden, im Osten bei 17 Prozent (Stöss 2000, 606).

Rechtsextremismus zeigt sich in Westdeutschland neben einigen provinziellen und ländlichen Hochburgen oft besonders ausgeprägt am Rande von Ballungszentren, sozial problematischen Randbezirken und Vorstädten (z.B. im Besonderen in Teilen von Hamburg, Stuttgart, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Kiel oder München). Im Zuge der fremdenfeindlichen Massenbewegungen seit Anfang der 1990er Jahre – die Überfälle auf türkische Familien in Mölln und Solingen fanden im Westen statt – hat auch im Westen Deutschlands die rechtsextreme und neonazistische Szene vielfach an Attraktivität gewonnen; ebenso an Militanz und an neonazistischer Ideologisierung im Kontext freier Kameradschaften und der NPD.

Hier sind die rechtsextremen Szenen allerdings oft weniger sichtbar und weniger stark ins soziale und kulturelle Leben integriert. Meist sind »Szene«-Treffpunkte (oftmals Jugendzentren oder z.B. Militaria-Läden, häufig von organisierten

rechtsextremen Kadern betrieben) Ausdruck und Mobilisierungsfaktor der rechtsextremen Kultur und Vernetzung. Soziale Abstiegsängste und eine allgemeine fremdenfeindliche Stimmungslage sind Nährboden rechter Mobilisierungsbemühungen. Das rechtsextreme Potenzial auch im Westen wurde dadurch stabilisiert, dass die Politik selbst nicht selten Stimmungen mit aufheizte. Mangelndes Problembewusstsein und Bagatellisierung rechtsextremer Tendenzen treten auch hier hinzu. Die Städte, die ihr Rechtsextremismusproblem kritisch thematisieren, haben Angst, als rechtsextreme Stadt stigmatisiert zu werden, weil in vielen anderen Städten das Beschweigen vorherrscht. An den Rändern der Ballungszentren, aber auch in Kleinstädten und ländlichen Regionen gibt es viele rassistisch orientierte »Modernisierungsverlierer«, die ihrer Wut gegen »Verfall« und »Überfremdung« auch mit Gewalt Luft machen. Da rechtsextreme Szenen allerdings isolierter sind, liegt eine besondere Neigung zum schillernden »Untergrund« und Terrorismus vor; man will in der Orientierung auf mediale Aufmerksamkeit eine Avantgarde-Funktion in der rechtsextremen Bewegung übernehmen bzw. behalten (Wagner 1998, 61).

Versuche, »national befreite Zonen« bzw. Kulturhegemonie zu schaffen, sind dagegen weniger erfolgreich geblieben als im Osten. Dennoch haben sich lokale Zentren mit enormem Gewaltpotential über Jahre aufbauen und stabilisieren können: Düsseldorf soll hier als Beispiel dienen.

Die Stadt geriet nach einem Bombenattentat auf vornehmlich jüdische Immigranten im Sommer 2000 bundesweit in die Schlagzeilen. Das terroristische Attentat hat dazu beigetragen, eine überfällige Debatte über Rechtsextremismus auszulösen. Dabei traten auch erstmals die rechtsextremen Strukturen in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt ins Licht der Öffentlichkeit. Im Stadtteil Düsseldorf-Derendorf, wo sich das Attentat ereignete, fand drei Wochen zuvor in geringer Entfernung ein Überfall durch rechtsextreme Skinheads auf einen türkischen und einen afghanischen Mann statt. Beide wurden schwer verletzt. In unmittelbarer Nähe befindet sich ein rechtsextremer Treffpunkt und Laden. Seit langem hat es zahlreiche Morddrohungen gegen Mitglieder der Jüdischen Gemeinde gegeben. In Düsseldorf gibt

es eine »gefestigte Neonazi-Struktur«, wie der Verfassungsschutz feststellt. Schon 1996 hat es einen Brandanschlag auf ein von Aussiedlern bewohntes Heim gegeben. Trotz der dabei auffälligen Heimtücke und trotz der Anklage wegen versuchten Mordes ist der Brandstifter längst wieder auf freiem Fuß und wird auf der Homepage der »Freien Kameradschaft Düsseldorf« als Held gefeiert (vgl. taz, 29./30.7.2000). In Düsseldorf gibt es ein »Nationales Info-Telefon«, eine wachsende Skinhead-Szene; Rechtsradikale treffen sich zu einem »Jugend-Oppositions-Stammtisch« (Der Spiegel 47/2000, S. 76).

Es ist anzunehmen, dass die Verfestigung dieser Strukturen auch mit ihren vergleichsweise starken Erfolgen in den 1990er Jahren zu tun hat. Mitverantwortung daran tragen Politik und Behörden. Die politische Führung der Stadt hat bis in die jüngste Zeit nachlässig auf die rechtsextremen Tendenzen reagiert, die zugleich eine Hochburg für rechtsextreme Musik darstellt. Bei CDU-Oberbürgermeister Joachim Erwin waren laut Süddeutscher Zeitung nach dem Attentat »Imagesorgen größer als das Mitleid« (SZ, 1.8.2000, S. 6). Erwin genießt seit langem Sympathie in der rechtsextremen Szene Düsseldorfs. Die örtliche SPD-Vorsitzende Brigitte Speth monierte mehrfach nicht nur sein Zaudern bei Stellungnahmen gegen den Rechtsextremismus, sondern auch Ratsbeschlüsse mit der Stimme der »REP«, etwa gegen die »Wehrmachtsausstellung«, gegen Fixerräume und »das Pennertum« – eine »Anbiederung an rechtes Gedankengut«. Der SPD-Vorwurf der »Anbiederung« erscheint nicht ungerechtfertigt. Erwin hat gute Verbindungen zum rechten »Verband deutscher Soldaten«, in dessen Zeitschrift die deutsche Kriegsschuld gezeugnet wird – 1939 sei »zurückgeschossen« worden.

Eine zentrale Rolle bei der Ausbildung der rechtsextremen Szene in Düsseldorf spielte der inzwischen bundesweit bekannte Verleger Torsten Lemmer. Seit Ende der 1980er Jahre verstand es Lemmer, zunächst als Fraktionsgeschäftsführer der rechtsextremen »Freien Wählergemeinschaft« im Düsseldorfer Rathaus, dann als Produzent und Inhaber des bundesweit größten Verlages für rechtsextreme Musik sowie seit 1999 als Herausgeber der rechtsextremen Postille »Düsseldraht«, sich mit viel publizistischem Geschick als Leit-

figur der rechten Szene und als selbst ernannter »Stadtrebell« zu positionieren.

Die Umarmungsstrategie, die Lemmer und Co. – zu nennen ist hier vor allem der ehemalige JN-Vorsitzende Jan Zobel – gegenüber Oberbürgermeister Erwin anwandten, hatte vollen Erfolg. Im »Düsseldraht« wurde »wohlwollend die Arbeit unseres geschätzten Oberbürgermeisters« begleitet (Pressemitteilung, 21.09.2000) und die »patriotische Einstellung« von Erwin gelobt.

Dies ist ein denkbar schlechter Ausgangspunkt für eine effektive Bekämpfung der rechtsextremen Bewegung. Es bedurfte erst eines Eklats bei den Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit im Oktober 2000, als Lemmer, Zobel und andere ungestört die erste Strophe des Deutschlandliedes im Düsseldorfer Rathaus sangen, bis Erwin sich endlich dazu durchringen konnte, Lemmer Hausverbot im Rathaus zu erteilen.

Dass Lemmer sich nun angeblich von seinen früheren Aktivitäten distanziert und sich in dem von Christoph Schlingensiefel inszenierten Theaterstück »Hamlet« und in den Medien als »Vorzeig-Aussteiger« präsentiert, halten Kenner der Szene nicht für glaubwürdig. Die inzwischen von Lemmer gestartete Initiative »REIN« wird u.a. auch von »Exit« – einem seriösen Aussteigerprogramm – scharf kritisiert. Umso problematischer ist es, wenn sich demokratische Politiker und Künstler inzwischen um Lemmer scharen und sich für ein fragwürdiges Projekt instrumentalisieren lassen.

Dennoch: Parallel zur Lässigkeit der etablierten Institutionen und oft auch der Polizei, vor allem aber seitens der führenden politischen Ämter, entwickeln sich nun, mit erheblicher Verzögerung, massive Gegenentwicklungen und Gegenöffentlichkeiten, lassen sich Bündnisse gegen rechts und Rassismus schließen. Nach einer Anlaufphase ist es der Öffentlichkeit, den Gewerkschaften und Kirchen, z.T. auch örtlichen politischen Repräsentanten in Düsseldorf gelungen, Aktionen mit großer Beteiligung der Bevölkerung durchzuführen. 30.000 Menschen demonstrierten Ende 2000 gegen Neonazismus, angeführt von Ministerpräsident Clement. Auch die rechtsextremen Strukturen im Westen hängen von den sie umgebenden fremdenfeindlichen Einstellungen und

Traditionen ab und haben ihre Schwerpunkte oft in so genannten sozialen Brennpunkten. Freilich gibt es auch in Kleinstädten und Dörfern rechtsextrem orientierte Szenen mit Bewegungstendenzen. Zweifelsohne sind rechtsextreme Milieus in

Westdeutschland aber vergleichsweise isolierter und können mit Blick auf den Osten nicht im vergleichbaren Ausmaß soziale Vormachtstellungen erhalten.

Ausgewählte Praxisbeispiele: 50 praktische Projekte und Ansätze gegen Rechtsextremismus

Im Folgenden sollen einige beispielhafte praktische Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene aufgeführt werden, insbesondere verschiedene regionale Initiativen, die uns u.a. aus Büros von Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion empfohlen worden sind. Den Kontakt zu einzelnen Projekten bekommt man heute ideal über das Internet (siehe auch Punkt 14). Hier seien u.a. einige kreative Ideen, die Mobilisierungseffekte gegen rechts erzielen, sowie Initiativen »von unten« erwähnt, die gegen rechtsextreme Tendenzen vorgehen.

Europäische Ebene

- 1 ECRI, die **Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz** (European Commission against Racism and Intolerance) des Europarates informiert auf ihrer Homepage (www.coe.int/ecri) über eigene Aktivitäten und dokumentiert zentrale internationale und nationale Gesetzeswerke gegen Rassismus. Darüber hinaus werden hier europäische Kampagnen und beispielhafte Projekte gegen Rassismus vorgestellt.
- 2 ENAR, das **Europäische Netzwerk gegen Rassismus** (European Network Against Racism) ist ein Netz von mehr als 600 Nichtregierungsorganisationen aus den EU-Mitgliedstaaten, die sich gegen Rassismus engagieren. In englischer, französischer und deutscher Sprache finden sich Informationen über die gegenwärtige Gesetzgebung zu Rassismus und Diskriminierung sowie über Fördermöglichkeiten auf europäischer Ebene. Internet: www.enar-eu.org
- 3 EUMC, die **Europäische Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit** (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia) in Wien ist eine unabhängige Beobachtungsstelle, die Regierungen der EU-Mitgliedsländer zu den Themen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit berät. Sie arbeitet für die nationalen Regierungen und die europäischen Institutionen und kooperiert mit Wissenschaftlern und Nichtregierungsorganisationen. Auf ihrer Homepage (www.eumc.at) sind Hinweise zu den eigenen Aktivitäten, detaillierte Informationen zum Ausmaß von Rassismus in den EU-Staaten (Länderberichte) und zu einzelnen Projekten gegen Rassismus verfügbar.
- 4 I CARE, das **Internet Centre Anti-Racism Europe**, will gezielt das Internet als Forum für antirassistische Arbeit nutzen. Auf der Homepage (www.icare.to) sind eine große Sammlung Links zu den Seiten antirassistischer Initiativen im Internet und aktuelle Informationen zum Thema Rassismus und Antirassismus zu finden.
- 5 JUGEND ist ein Aktionsprogramm der Europäischen Union, bei dem Projekte und Initiativen gefördert werden, die von Jugendlichen zwischen 15 und 25 selbst konzipiert und umgesetzt werden. Außerdem werden Vereine, Einrichtungen und Organisationen, die internationale Jugendbegegnungen organisieren, den Europäischen Freiwilligendienst durchführen oder Fortbildungen zur internationalen Jugendarbeit anbieten, finanziell unterstützt. Das Programm hat eine Laufzeit von sieben Jahren (2000–2006) und ist mit einem Budget von 520.000 Euro ausgestattet. Momentan sind 30 Länder daran beteiligt. In Deutschland wird das Programm von der Nationalagentur »JUGEND für Europa« umgesetzt. Diese vergibt die Zuschüsse, berät bei der Organisation und Durchführung der Projekte und qualifiziert Organisatoren und Betreuer. Ein wesentliches Ziel ist es, vor allem solche Jugendliche zu fördern, die ansonsten keine Chance hätten, an einem internationalen Jugendaustausch teilzunehmen. Kontakt: Deutsche Agentur JUGEND, Heussallee 30, 53113 Bonn, Tel. 02 28/95 06-220, Fax 02 28/ 95 06-222, E-Mail: jfe@jfe-Mail.de, www.webforum-jugend.de.

Bundesebene

- 6 Das **Zentrum Demokratische Kultur**, gegründet 1997 als themenspezifisches Projekt der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen Berlin (RAA), ist eine wichtige Institution zur Aufklärung und Information über Rechtsextremismus, insbesondere in den neuen Ländern. Über das breite Informations- und umfassende Dokumentationsangebot hinaus werden vielfältige Ansätze zur aktiven Bekämpfung von Rechtsextremismus und zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen vorgestellt, insbesondere zur Fortbildung und zur Entwicklung konkreter Handlungsansätze. Das ZDK unterhält mit EXIT auch ein Aussteigerprogramm für Neonazis sowie ein Elternprogramm. Ferner unterstützt das ZDK Projektstage an Schulen.
Kontakt: ZDK, Chausseestr. 29, 10115 Berlin, Tel. 030/24045320, Fax 030/24045309, E-Mail: info@zdk-berlin.de, www.zdk-berlin.de.
- 7 Die **Amadeu-Antonio-Stiftung** ist ein wichtiger Mittler antirassistischer, demokratischer Konzepte und Ideen, unterstützt gelungene Projekte vor Ort (z.B. das Zentrum Demokratische Kultur) und steht beratend zur Seite.
Kontakt: www.amadeu-antonio-stiftung.de, Linienstr. 139, Tel. 030/24 08 86 10, Fax 030/24 08 86 22, E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
- 8 Die **Stiftung Demokratische Jugend** wurde 1990 gegründet, um die Jugendarbeit in den neuen Ländern zu unterstützen. Jährlich werden ca. 300 Projekte mit insgesamt etwa 500.000 Euro gefördert. »Es werden Projekte unterstützt, die an die Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung sowie zu sozialem Engagement anregen.«
Kontakt: Grünberger Str. 54, 10245 Berlin, Geschäftsführung: Tel. 030/2945289, Fax 030/2945281, E-Mail: buero@jugendstiftung.org Internet: www.jugendstiftung.org
- 9 Die **AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus** ist ein Zusammenschluss verschiedener Stiftungen, Vereine und Zentren, die es sich zum Ziel gemacht haben, Projekte und Initiativen in den neuen Ländern bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu unterstützen. Auf der Seite www.ag-netzwerke.de gibt es aktuelle Informationen, Arbeitsmaterialien, einen Expertenpool und eine Projektdatenbank. Die AG berät auch bei der Projektentwicklung.
Kontakt: Koordinierungsstelle der AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus, c/o Stiftung Demokratische Jugend, Grünberger Straße 54, 10245 Berlin, Tel. 030/29 04 40 84, Fax 030/2 94 52 81, E-Mail: info@ag-netzwerke.de.
- 10 »**Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage**« wurde 1995 von der AKTIONCOURAGE in Deutschland initiiert und hat im März 2001 die Buber-Rosenzweig-Medaille erhalten. Schüler, deren Schule den Titel »Schule ohne Rassismus« verliehen bekommt, verpflichten sich dazu, eigene Aktionen gegen Gewalt und Diskriminierung zu entwickeln. Das Projekt setzt dabei auf Eigeninitiative und Kreativität der Jugendlichen, bietet aber auch Beratung und Information für Schüler und Lehrer an.
Kontakt: AKTIONCOURAGE e.V., Bundeskoordination Schule Ohne Rassismus – Schule Mit Courage, Projektleiterin: Sanem Kleff, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Tel. 030/2 14 58 60 Fax 030/21 45 86 20, E-Mail: schule@aktioncourage.org, Internet: www.aktioncourage.org. Außerdem wird das Projekt von Servicestationen in den Ländern begleitet.
- 11 Die **Aktion Kinder- und Jugendschutz** gibt zusammen mit der **Anne-Frank-Stiftung** in Amsterdam das Lernmaterial »Das sind wir 2« heraus (geeignet für 13- bis 16-Jährige). Das Paket enthält u.a. ein Video, in dem Jugendliche aus verschiedenen Ländern von ihren Alltagserfahrungen und Zukunftsträumen berichten, sowie praktische Hinweise für die Jugendarbeit.
Kontakt: Aktion Kinder- und Jugendschutz, Feldstr. 120, 24105 Kiel, Tel.: 0431/89077, Fax 0431/89079; E-Mail: info@akjs-sh.de, Internet: www.akjs-sh.de.
- 12 Das **Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.** veranstaltet Aktionen wie die Projektstage »Für Demokratie Courage zeigen«, bei denen u.a. mit Hilfe von Rollen- und Planspielen Vorurteile abgebaut und couragiertes Handeln eingeübt werden soll. Weitere Schwerpunkte sind Bewerbungstrainings und Veranstaltungen zur Berufsorientierung.

- Kontakt: Schützenplatz 14, 01067 Dresden, Tel. 03 51/4 81 00 60, Fax 03 51/4 81 00 61, E-Mail: mail.an.ndc@web.de, Internet: www.netzwerk-courage.de.
- 13 Die **Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin – Walter May (SPI)** ist beauftragt, zur Implementierung lokaler Aktionspläne der Jugendämter für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus im Rahmen der Programmplattform »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten« (E&C) Mittel direkt an Jugendämter zu vergeben, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Informationen und Förderanträge bei Stiftung SPI, Müllerstraße 74, 13349 Berlin, Tel. 030/459 7930, Fax 030/45979366, E-Mail: info@stiftung-spi.de, Internet: www.stiftung-spi.de.
- 14 Das **Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.** in Düsseldorf berät all diejenigen, die sich mit dem Thema beschäftigen wollen, und vermittelt auch Referenten. Ansprechpartner: IDA e.V., Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel. 0211/15 92 55-5, Fax 02 11/15 92 55-69, Info@IDAeV.de, Internet: www.IDAeV.de.
- 15 Der **Semperkreis** – ein Zusammenschluss verschiedener sächsischer Jugendverbände – hat die **Projektschultage »Für Demokratie Courage zeigen«** ins Leben gerufen. Hier machen Jugendliche Aufklärungsarbeit zum Thema Rassismus an Schulen. Wolfgang Thierse ist Schirmherr des Projekts.
Kontakt (u.a.): DGB-Jugend Sachsen, Schützenplatz 14, 01067 Dresden, Tel. 0351/86 33-102/-103 (Ralf Hron), -101 (Mattias Klemm), Fax 0351/86 33-158, E-Mail: dgb-jugend.sachsen@dgb.de, Internet: www.dgb-jugend-sachsen.de.
- 16 **Gesicht zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V.** Zu bisherigen Aktionen der Initiative zählten z.B. die Kurse zur interkulturellen Kommunikation, zu Gewaltprävention und Antirassismus der Trainingsoffensive e.V., die Unterstützung der Aktion Noteingang in Berlin (www.kampagne-noteingang-berlin.de) oder die Produktion von Kurzfilmen fürs Fernsehen. E-Mail: privatperson@gesichtzeigen.de, Internet: www.gesichtzeigen.de.
- 17 Das **Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.** besteht schon seit vielen Jahren. Es recherchiert zu und dokumentiert rechtsextreme Bewegungen, organisiert Veranstaltungen und wird zu großen Teilen von Jugendlichen getragen. Anschrift: Lautsitzer Str. 10, 10999 Berlin, Tel.: 030/6116249, E-Mail: mail@apabiz.de, Internet: www.apabiz.de.
- 18 Die **Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V. (AGJB)** gibt in Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium das Heft »basta – Nein zur Gewalt« heraus. Es richtet sich speziell an deutsche Jugendliche und versucht, die Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen ausländischer Jugendlicher darzustellen. Das Magazin kann kostenlos im Internet unter www.basta-net.de bestellt werden. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V., Taunusstr. 54, 65183 Wiesbaden, Tel. 0611/90 30-0, Fax 0611/90 30-325, E-Mail: ajubi@universum.de, Internet: www.jugend-und-bildung.de.
- 19 Das **Anne Frank Zentrum** vermittelt mit seiner Ausstellung über Anne Frank gerade Jüngeren einen Einblick in die NS-Zeit und beschäftigt sich auch mit heutigem Rechtsextremismus. Die Ausstellung kann von Kommunen ausgeliehen werden: Anne Frank Zentrum Berlin e.V., Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin, Tel. 030/30872988, Fax 030/30872989, E-Mail: zentrum@annefrank.de, Internet: www.annefrank.de.
- 20 In der u.a. von Hans Jochen Vogel gegründeten überparteilichen Vereinigung **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.** engagieren sich bundesweit rund 2.000 Mitglieder in 20 regionalen Arbeitsgemeinschaften. Themenschwerpunkte sind die Aufklärung über Ursprünge und Strukturen des Nationalsozialismus und die Erinnerung an NS-Gewalttaten, die Bearbeitung der Geschichte des SED-Regimes und die Abwehr von Rassismus und Rechtsextremismus. Der Verein unterstützt politische und gesellschaftliche Initiativen, die sich mit demokratiefeindlichen Phänomenen auseinandersetzen und stellt Verbindungen zu Politik und Wissenschaft her. Kontakt: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin, Tel. 030/2639783, E-Mail: info@gegen-vergessen.de, Internet: www.gegen-vergessen.de.

Ebene der Bundesländer

- 21 **Tolerantes Brandenburg** ist ein innovatives, übergreifendes Informations- und Beratungskonzept der Landesregierung Brandenburg. Es unterstützt die mobilen Beratungsteams (siehe unten) und Präventionsprojekte. Kontakt: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg, Steinstr. 104-106, 14480 Potsdam, Tel. 0331/866 39 60/61/62, Fax 0331/866 35 66, E-Mail: toleranz@mbjs.brandenburg.de, Internet: www.mbjs.brandenburg.de.
- 22 **Bürgerverantwortung für Weltoffenheit – Mobiles Beratungsteam Brandenburg**. Angesichts massiver rassistischer Übergriffe wurde auf Initiative des Brandenburger Sozialministeriums 1992 unter der Trägerschaft des RAA ein Mobiles Beratungsteam (MBT) gegründet. Sozialarbeiter fungieren als »Feuerwehr« des Sozialministeriums und der Ausländerbeauftragten. Sie setzen sich für die zivilgesellschaftliche und staatliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rassistischen Gewalttaten ein. Das Mobile Beratungsteam bietet konkrete Hilfen und Beratung vor Ort und unterstützt auch Kommunalpolitiker. Geschäftsstelle: Friedrich-Engels Str. 1, 14473 Potsdam, Leiter: Wolfram Hülsemann, Tel. 0331/74062 46, Fax 0331/7406247, E-Mail: mobiles-beratungsteam@jpberlin.de, Internet: www.mobiles-beratungsteam.de.
- 23 Das **Bündnis für Toleranz und Zivilcourage in Nordrhein-Westfalen** zielt auf eine gemeinsame Plattform für Aktionen der politischen und gesellschaftlichen Akteure und bietet ein Forum für Informationsaustausch, Koordination und Vernetzung. Kontakt: Staatskanzlei des Landes NRW, Ministerialdirigentin Dr. Beate Scheffler, Tel. 0211/837-1105, Fax 0211/837-1535, E-Mail: beate.scheffler@stk.nrw.de, Internet: www.nrw.de/07_nrw_portale/71_buendnis_fuer_toleranz/index.html.
- 24 Die **Maßnahmen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf** sind ein Programm für interkulturelle Verständigung in Stadtteilen mit schwacher Sozialstruktur des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW. So förderte die Landesregierung beispielsweise von Juli 1999 bis Dezember 2001 in fünf Städten ein Modellprojekt mit dem Titel »Sozialkulturelles Stadtteilmanagement«: Den spezifischen Bedingungen der Stadtteile entsprechend sollten Selbsthilfekonzepte entwickelt werden. Die Ergebnisse kann man sich auf der Webseite des Landesentrums für Zuwanderung NRW in Solingen herunterladen: www.lzz-nrw.de/docs/sksn_kurzfassung.pdf (Abschließender Bericht über die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts »Sozialkulturelles Stadtteilmanagement«). Kontakt: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf, Tel. 0211/8553514 E-Mail: martin.fath@mgsff.nrw.de, Internet: www.mgsff.nrw.de; Umsetzung der Landesprogramme: Versorgungsamt Düsseldorf, Sachgebiet Sozialpolitische Förderprogramme, 40231 Düsseldorf, Erkrather Str. 339, Tel. 0211/45 84 606/607, Fax 0211/4584 600.
- 25 Das **Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen** unterstützt Migrantenprojekte, führt eigene Studien durch, informiert über den aktuellen Forschungsstand und versucht, Verbindungen zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik herzustellen, um Vorurteile abzubauen und die Integrations- und Zuwanderungspolitik zu verbessern. Es gibt dort gute Referenten zu Integrationsfragen und Fremdenfeindlichkeit. Kontakt: Dr. José Sánchez Otero, City Turm, Keldersstr. 6, 42697 Solingen, Tel. 0212/23 239 20, Fax 0212/ 23 239 18, E-Mail: otero@lzz-nrw.de, Internet: www.lzz-nrw.de.
- 26 Das **»Handlungskonzept für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt«** wurde im März 1999 von der Landesregierung beschlossen mit dem Ziel, ministerielle Einzelmaßnahmen zusammenzuführen und durch neue Integrationsprojekte zu ergänzen. Die Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen, Verbänden, Initiativen und Vertretern aus der Kommunalpolitik soll gestärkt werden. Kontakt: Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, Koordinationsstelle Weltoffenes Sachsen-Anhalt, Projektleitung: Cornelia Habisch, Schleinufer 12, 39104 Magdeburg, Tel. 0391/56 534-17, E-Mail: cornelia.habisch@stk.lsa-net.de.

- 27 **Miteinander – Das Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.** will ausgehend von drei regionalen Zentren zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit vor allem im ländlichen Raum stärken bzw. aufbauen. Seit Ende 2001 gibt es auch eine EU-finanzierte Service- und Informationsstelle, die durch Beratung, Fortbildung und die Bereitstellung von pädagogischen Materialien die Qualifizierung von Lehrern, Ausbildern und Sozialarbeitern verbessern soll. Im Mittelpunkt stehen die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Teamfähigkeit der Jugendlichen genauso wie Strategien zur Gewaltprävention und Konfliktlösung. Kontakt: Geschäftsstelle Magdeburg, Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg, Tel. 0391/620 77-3, Fax 0391/620 77 40, E-Mail: net.gs@miteinander-ev.de, Internet: www.miteinander-ev.de, www.servicestelle-miteinander.de.
- 28 Das Sonderprogramm »**Pro Zivilcourage – gegen Extremismus**« in Mecklenburg-Vorpommern vermittelt in Form von Seminaren und Übungen Informationen und Argumentationshilfen für »Multiplikatoren der politischen Bildung« wie Lehrer, Jugendhilfe und Polizei. Kontakt: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Jägerweg 2, 19053 Schwerin, Ansprechpartner: Matthias Rautenberg, Tel. 0385/3020920, Fax 0385/3020922, E-Mail: lpbmvt@t-online.de, weitere Infos: www.mv-regierung.de/lpb, www.buendnis-toleranz.de.
- 29 Das **Herbert-Wehner-Bildungswerk** in Dresden fördert Initiativen gegen Rechtsextremismus und macht eigene Bildungsangebote (Seminare, Tagungen, Diskussionsveranstaltungen), um bürgerliches und politisches Engagement zu unterstützen. Kontakt: Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden, Tel. 0351/8040220, Fax 0351/8040222, E-Mail: info@wehnerwerk.de, Internet: www.wehnerwerk.de.
- 30 Das Bildungswerk **BLITZ e.V.** in Stadtroda in Thüringen bietet in seiner »Initiative gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« eine Servicestelle für internationale Jugendbildung und Jugendkontakte in Ost-Thüringen an. Die bisher 15 Projekte, die sich vor allem auf die Jugendbildung, die Schul-Sozialarbeit und offene Arbeit in Jugendclubs und -cafés konzentrieren, bemühen sich um niedrigschwellige interkulturelle Angebote gegen den in der Region besonders verbreiteten jugendlichen Rechtsextremismus. Kontakt über Christine Lehder (MdB), E-Mail: christine.lehder@bundestag.de und direkt: Bildungswerk BLITZ e.V., Zeitgrund 6, 07646 Stadtroda, Tel. 036 428/5 17 10, E-Mail: stadtroda@bildungswerk-blitz.de.
- 31 **respectABel – Berliner Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus** hat das Ziel, junge Menschen (in Berlin) zu ermuntern, sich aktiv gegen rassistische Einstellungen einzusetzen. Es gibt eine Förderung regionaler und lokaler Initiativen und Projekte, von freien und öffentlichen Trägern der Jugendarbeit, von Schulen, Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen sowie Jugendforen, Veranstaltungen, Bundes- und Landeswettbewerben, Medienseminaren. Antragsformulare können aus dem Internet heruntergeladen werden. Kontakt: Projektbüro respectABel, Obentraustr. 55, 10963 Berlin, Tel. 030/70 72 85 29, Fax 030/70 72 85 32, E-Mail: go@respectabel.de, Internet: www.respectabel.de.
- 32 **Ich sehe nicht weg! – Für Zivilcourage und gegen Gewalt** druckt Postkarten und Plakate gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Kontakt gibt es über die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung und die RAA Brandenburg e.V., Geschäftsstelle Friedrich-Engels-Str. 1, 14473 Potsdam, Tel. 0331/747800, Fax 0331/7478020, E-Mail: info@raa-brandenburg.de, Internet: www.raa-brandenburg.de.
- 33 Die »**Opferperspektive e.V.**« (Potsdam) hilft Opfern rassistischer Gewalttaten in Brandenburg und vermittelt psychologische und juristische Betreuung. Sie unterstützt Opfer psychologisch, aber auch materiell. Auch leistet sie konkrete Aufklärungsarbeit vor Ort. Inzwischen hat die Initiative einer Vielzahl traumatisierter Opfer helfen können. Ähnliche Initiativen gibt es inzwischen in mehreren Bundesländern; sie sind mit der Opferperspektive Brandenburg vernetzt. Kontakt: Opferperspektive e.V., Lindenstr. 47, 14467 Potsdam, Tel. 0171/19 35 669, Fax 01212-5-11 55 98 89, E-Mail: info@opferperspektive.de, Internet: www.opferperspektive.de.

Regionale und lokale Ebene

- 34 Die **Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule**¹ zählen zu den wichtigsten Anlaufstellen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der Schule und bei der Arbeit mit Jugendlichen. Die Tätigkeitsfelder sind vielfältig. Sie reichen von der politischen und beruflichen Bildung bis zur interkulturellen Projektarbeit und der Unterstützung von Schülerclubs. Kontakt u.a.: Geschäftsstelle RAA Brandenburg e.V., Friedrich-Engels-Str. 1, 14473 Potsdam, Tel. 0331/74780-0, Fax 0331/74780-20, E-Mail: info@raa-brandenburg.de, Internet: www.raa-brandenburg.de; RAA Berlin, Chausseestr. 29, 10115 Berlin, Tel. 030/24045100, Fax 030/24045509, E-Mail: info@raa-berlin.de, www.raa-berlin.de. Links zu den regionalen Arbeitsstellen in den neuen Ländern findet man auch auf der Webseite der Freudenberg-Stiftung (www.freudenbergstiftung.de). In Nordrhein-Westfalen gibt es die regionalen Arbeitsstellen schon seit 1980. Die zentrale Koordinierungsstelle für die derzeit 27 RAA in NRW ist die Hauptstelle RAA in Essen: Tiegelstr. 27, 45141 Essen, Tel. 0201/8328-301/302/303/304, Fax 0201/8328-333, E-Mail: hauptstelle@raa.de, www.raa.de.
- 35 Die »**Aktion Noteingang**« ist ebenfalls aus der antirassistischen Arbeit von Jugendprojekten in Bernau nördlich von Berlin entstanden. Die Initiative reagierte auf die oft hohe Bedrohung potentieller Opfer durch gewalttätige Skinheadgruppen. Sie forderte Geschäfte und öffentliche Einrichtungen dazu auf, öffentlich zu plakätieren, dass sie bei Bedrohungen und Hetzjagden ihre Türen öffnen, um Bedrohte zu schützen. Inzwischen kleben solche Plakate in Geschäften und öffentlichen Einrichtungen in einer Vielzahl v.a. ostdeutscher Gemeinden und Städte – und auch in einer Reihe westdeutscher Orte. Die Initiative hat sich mit Vorbildfunktion fast bundesweit ausgeweitet. Kontakt: noteingang@djb-ev.de, Internet: www.aktion-noteingang.de.
- 36 Im **Jugendprojekt »Bruchbude«** in Milnersdorf in der Uckermark/Brandenburg ist es gelungen, durch Kontinuität und Nachhaltigkeit für rechtsextreme Jugendliche mit einer Pädagogik der Konfrontation mit rechten Ideen und Symbolen und der Anerkennung der individuellen Wünsche nach einer attraktiven Jugendfreizeit sowie mit der Schaffung sozialer Perspektiven in der Region eine Alternative zu entfalten, die Bestand hat: Viele der zuvor rechtsextremen Jugendlichen sind selbstbewusste »Nicht-Rechte« geworden. Die »Bruchbude« zeigt, dass sich auch rechtsextrem organisierte Jugendliche verändern können, wenn glaubwürdiges Engagement und soziale wie fachliche Kompetenz mit Nachhaltigkeit verbunden werden. Kontakt: Jugendverein »Bruchbude« e.V., Dorfstr. 11a, 17268 Milnersdorf, Iris Puhlman, Tel./Fax 03 98 86/55 80; E-Mail: info@die-bruchbude.de.
- 37 **Kommunale Projekte gegen rechte Gewalt (NRW)** ist ein kommunal orientiertes Finanzierungsprojekt. Es bietet pauschale Zuweisungen an NRW-Kommunen, die über die Mittelvergabe entscheiden. Kontakt bietet die jeweilige Kommune.
- 38 Das **Netzwerk Demokratische Kultur** im sächsischen Wurzen besteht aus jungen Leuten, die u.a. Fahrten nach Auschwitz und Theresienstadt organisieren. Sie kämpfen mit großen Schwierigkeiten, weil sie immer wieder auf die starke rechtsextreme Szene im Ort hinweisen. Wurzen wurde im NPD-Verbotsantrag der Bundesregierung als eine der Städte erwähnt, in denen Neonazis sog. »national befreite Zonen« bzw. Angstzonen geschaffen haben. Kontakt: Netzwerk für Demokratische Kultur e.V., Bahnhofstr. 19, 04808 Wurzen, Tel. 03425/85 27 10, Fax 03425/85 27 09, E-Mail: buero@ndk-wurzen.de, Internet: www.ndk-wurzen.de.
- 39 Das »**Belziger Forum gegen Rechtsextremismus**« (Brandenburg) hat eine herausragende und beispielhafte Dokumentation zusammengestellt unter dem Titel »Zum Beispiel Belgig: Eine Stadt auf dem Weg gegen rechte Gewalt«. Kontakt: Informationen in der Geschäftsstelle der SPD Potsdam Mittelmark, Straße der Einheit 53, 14806 Belgig, Tel. 033841-30290, Fax 033841-30290.

1) Die Regionalen Arbeitsstellen in NRW sind Einrichtungen der Kommunen und Kreise und werden durch das Land gefördert. Die RAA in den neuen Ländern agieren als freie Träger der Jugendhilfe.

- 40 **Projektgruppe »Anne Frank«** der Städtischen Gesamtschule Gummersbach, Epelstr. 23, 51645 Gummersbach, Tel.: 02261/53033, Fax: 02261/59526. Eine Schülergruppe mit Lehrerunterstützung, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit engagiert. Informationen auch über das WK-Büro Friedhelm Julius Beucher, Kölner Str. 265, 51645 Gummersbach, Tel. 02261/23110, Fax 02261/28333.
- 41 Der **Verein zur Völkerverständigung e.V – SOS-Rassismus e.V.** in Solingen ist ein Beispiel, wie man vor dem Hintergrund einer schlimmen Fehlentwicklung (des fünffach tödlichen Brandanschlags auf die Familie Genc von Pflingsten 1993) besonders gute Arbeit leisten kann, wenn man das Problem nicht unter den Teppich kehrt, sondern offen angeht. Kontakt: Postfach 10 11 91, 42611 Solingen, Tel.: 0212/201000, Fax: 0212/205137, E-Mail: SOSRG@aol.com. Mehrere Links zu Organisationen gegen Rechtsextremismus gibt es auch unter www.spd-solingen.de. Informationen zu Rechtsextremismus, lokal und überregional, sind auch über das Bundestagsbüro Hans-Werner Bertl erhältlich: hans-werner.bertl@bundestag.de, Tel. 030/22771133, Fax 030/22776597.
- 42 Das **»Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt«** in Oranienburg, gegründet u.a. von Schülern, Lehrern, der örtlichen evangelischen Kirche und dem Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin im Januar 1997, ist ein Beispiel für die Bedeutung von Kontinuität und Nachhaltigkeit im kommunalen Engagement gegen Rechtsextremismus. Das Forum veranstaltet jährlich Demonstrationen gegen Rassismus, die vom KZ Sachsenhausen bis zur Ortsmitte in Oranienburg führen, berät und unterstützt Asylbewerber in Stolpe-Süd, organisiert für sie private Wohnungen, veranstaltet Projektstage an örtlichen Schulen, organisiert nichtrechte Rockkonzerte in der Stadt und ist in der Öffentlichkeit präsent, wenn die Sprache der Politik Rassismus fördert. Durch Kontinuität und Präsenz schafft es so ein Stück weit ein öffentliches Klima, das Äußerungen der Fremdendistanz und Fremdenfeindlichkeit in der Öffentlichkeit nicht durchgehen lässt, und stützt an Schulen ein Milieu gegen rechts. Zu dem Positiven dieses Netzwerkes gehören Erfahrungen eines Schulsozialarbeiters, der im Verein mit der Schulleitung im Laufe von drei Jahren rechtsextreme Aktivisten nachhaltig kritisiert und für deren schulische und soziale Integration gesorgt hat. Diese Mischung von Konfrontation und Ansprache trug dazu bei, dass die Schüler sich aus der rechtsextremen Szene lösten. Kontakt: Förderverein für interkulturelle Bildung und Begegnung e.V., Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt in Oranienburg, Bernauer Str. 21, 16515 Oranienburg, Tel. 03301/328632, Fax 03301/208634, E-Mail: fibbev@t-online.de, Internet: www.fibb-oranienburg.de.
- 43 Die **»Initiative für ein gewaltfreies Miteinander«** in Neustadt/Orla (Thüringen) ist von Schülern eines Neustädter Gymnasiums gegründet worden. Sie sucht mit erheblicher öffentlicher Resonanz die Dominanz rechtsextremer Kameradschaften auf dem Marktplatz und in Kneipen couragiert anzugehen. Kontakt: Jugendprojektwerkstätten c/o Freizeitzentrum, Schützenplatz 4, 07806 Neustadt/Orla, Tel./Fax 036-481/83868, E-Mail: info@gewaltfreimiteinander.de, Internet: www.gewaltfreimiteinander.de.
- 44 Die **»Schalker Fan-Initiative e.V.«** in Gelsenkirchen hat unter dem Titel **»Dem Ball ist es egal, wer ihn tritt«** ein transnationales Fan-Projekt gegen Rassismus begonnen, mit Partnern in Italien und Polen. Sie produzieren gemeinsam Videos zu Gewalt, Hooligans und Rassismus und betreiben ein Internet-Fan-Magazin. Kontakt: **»Dem Ball ist es egal, wer ihn tritt«**, E-Mail: post@demballegal.de, Internet: www.demballegal.de, über: Joachim Poß (MdB), E-Mail: joachim.poss@bundestag.de.
- 45 Die **Mozart-Volksschule in Elsenfeld** (Bayern) versucht in ihrem Projekt **»Wir sind eine interkulturelle Schule«** die Bereitschaft bei Schülern, Eltern und Lehrkräften zu fördern, sich in die Befindlichkeiten von anderen, insbesondere von Fremden, hineinzudenken und offen zu sein für die Begegnung mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur. Ein besonderes Anliegen des Projektes ist es, Wege aufzuzeigen, wie bei Eltern und über die Eltern bei Kindern Brücken zwischen den Kulturen geschlagen werden können. Elternarbeit ist somit ein fester Bestandteil des interkulturellen Lernens, wie es von der Mozart-

Schule praktiziert wird. In diesem Projekt wird so der Entstehung von rechtsextremistischen Denk- und Verhaltensmustern schon in der frühesten Schulentwicklung durch innovative pädagogische, methodisch-didaktische und schulorganisatorische Ansätze entgegengewirkt. Kontakt: Mozart-Volksschule (G), Mühlweg 21, 63820 Elsenfeld, Tel. 06022/623865, Fax 06022/1225; E-Mail: mozart-schule@t-online.de, Internet: www.mozart-schule.de oder über das Büro Heidi Wright, (MdB): heidi.wright@bundestag.de.

- 46 Die **Bürgerinitiative »Bunt statt Braun«** (Mecklenburg-Vorpommern) ist 1998 in Rostock als Reaktion auf eine NPD-Wahlkampfveranstaltung entstanden und umfasst 60 Organisationen und Persönlichkeiten, die in Mecklenburg-Vorpommern ein unabhängiges und dezentrales Netzwerk gegen Rechtsextremismus aufbauen und für interkulturelle Vielfalt eintreten. Kontakt: www.bunt-statt-braun.de über Christine Lucyga (MdB), E-Mail: christine.lucyga@bundestag.de, Tel. 0381/2521028.
- 47 Der **»Düsseldorfer Appell gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus«** bietet Bildungsveranstaltungen und interkulturelle Begegnungen an und bearbeitet Diskriminierungsfälle, gibt Hilfesuchenden Unterstützung und hält Tag und Nacht ein Notruftelefon besetzt, um besonders Bedrohte, etwa Einwanderer, zu schützen. Er wird von allen demokratischen Parteien und zentralen gesellschaftlichen Verbänden in Düsseldorf getragen. Kontakt: Düsseldorfer Appell, Lacombletstr. 10, 40239 Düsseldorf, Tel. 0211/9920000 oder 62 70 58, Fax 0211/9920008, E-Mail: volker.neupert@jugendring-duesseldorf.
- 48 **SPD-Düsseldorf/Friedrichstadt auf Spurensuche** ist ein Erinnerungs- und Gedenkkonzept zur kritischen lokalen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und des Antisemitismus. Erinnert wird an das Außenkommando des KZ Buchenwald und so genannte »Judenhäuser«, die von den Nazis zur Vorbereitung der Deportation geschaffen worden waren. Informationen unter www.spd-duesseldorf.de. Kontakt über Claus Eppe, E-Mail: c.eppe@t-online.de.
- 49 Bei der **»Aktion Zivilcourage e.V.«** aus Pirna handelt es sich um eine Gruppe von ca. 30 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 26 Jahren aus dem Landkreis Sächsische Schweiz. Die parteiunabhängige Initiative setzt sich vor allem mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus in der Sächsischen Schweiz auseinander. Sie erarbeiten Projekte, um das Demokratieverständnis unter Jugendlichen zu stärken und die Probleme Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu thematisieren. Kontakt: www.zivilcourage-pirna.de, Postanschrift: Postfach 100228, 01782 Pirna, Tel. 0 35 01/46 08 80, Fax 03501/460881.
- 50 Bei dem **unabhängigen Jugendbündnis »BUNT statt BRAUN!«** Köpenick handelt es sich um einen Zusammenschluss von 20 verschiedenen Projekten der Kinder- und Jugendarbeit im Berliner Bezirk Köpenick. Das Bündnis entstand Anfang des Jahres 2001, als die NPD-Geschäftsstelle ihren Sitz aus Stuttgart nach Berlin-Köpenick verlegte. Weitere Informationen und Kontaktdaten finden sich unter www.hdjk.de.

Weitere Alternativen und Impulse durch die Politik

Zur Erhöhung des staatlichen Verfolgungsdrucks

Die Einschränkung des Aktionsradius von Rechtsextremisten dient der Kappung und Eindämmung von Kadern unter den Skinheads, den Freien Kameradschaften und der NPD, ihrer Logistik und Vernetzung. Hierbei ist die Erhöhung des Verfolgungsdrucks bzw. die effiziente Umsetzung von Verboten und die zeitnahe Ahndung von Straftaten gegenüber zentralen Kadern am Ort oder ortsnah, gegenüber Netzwerken wie »Blood and Honour« und den »Hammerskins«, gegenüber den etwa 160 neonazistischen Kameradschaften und gegenüber den die Gewaltszene stabilisierenden NPD-Netzen (wie in Brandenburg und Thüringen, aber auch in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und auch in Sachsen) von großer Bedeutung. Hier hat der vom Bundesinnenministerium bestimmte Einsatz des BGS gegen Rechtsextremismus in Brandenburg erste Zeichen gesetzt. Es ist deutlich, dass bereits durch die Beantragung des Verbots der NPD durch Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag und die den Verbotsantrag begleitende öffentliche Diskussion der Aktionsradius gerade der gewaltbereiten Rechtsextremisten erheblich eingeschränkt worden war. Da »Angsträume« von der rechtsextremen Szene im Sinne einer »Stadtguerilla« flexibel umdefiniert werden und es gerade um eine Bedrohung potentieller Opfer in weiten Räumen geht, sind neue technische Überwachungsmethoden (z.B. Videoüberwachung) zu stark ortsgebunden und nach jüngsten Erfahrungen eher relativ ineffektiv. Erforderlich ist vielmehr eine flexible, schnelle Präsenz der Sicherheitsbehörden an entstehenden oder entwickelten Brennpunkten (nächtlicher) Gewalt oder Gewaltandrohung ohne Zurückweichen.

Sinnvoll sind ferner die Intensivierung der demokratiepolitischen Ausbildung der Polizei im Umgang mit Rechtsextremismus und die politische Ermutigung zur flexiblen Kooperation mit gesellschaftlichen Initiativen, Verwaltungen, Jugendclubs. Nötig sind polizeiliche Maßnahmen, die der rechtsextremen Szene unzweideutig und kon-

sequent vermitteln, dass die Polizei an der Seite bedrohter oder potentieller Opfer deutscher oder nichtdeutscher Herkunft initiativreich, schnell und mit hoher Informiertheit über rechtsextreme Strukturen bereitwillig interveniert. Positive Ansätze sind von einer Pädagogik inspiriert, an Konfliktbeispielen eine Polizei weiterzubilden, die konfliktfähig und informiert ist und nach Haltung, Emotionen und Sachverstand die Grundrechte der potenziellen Opfer zu verteidigen weiß. Zu einer wehrhaften Demokratie gehört auch, die geltende Gesetzeslage (zum Beispiel im Bereich von Strafrecht und Versammlungsrecht) laufend daraufhin zu überprüfen, ob sie überarbeitungsbedürftig ist.

Arbeit gegen Diskriminierung

Ein wichtiger Aspekt der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist der Abbau von Diskriminierung in der Gesellschaft. Dazu zählt, diskriminierendes Verhalten praktisch zu unterbinden und notfalls auch gesetzlich zu ahnden, in jedem Fall aber politische Unterstützung für das Eingreifen und die Arbeit gegen Diskriminierung zu gewähren, so dass ein Klima der Ermutigung bei der Bekämpfung von Diskriminierung entsteht. Dies schließt auch die Förderung aktiver positiver Akzente ein: die Förderung von Integration von Einwanderern und die Unterstützung interkultureller Projekte auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen.

Politisch und rechtlich sind bereits im Geist des Grundgesetzes zahlreiche Möglichkeiten geschaffen worden, Diskriminierung zu bekämpfen. Der Artikel 13 des Amsterdamer Vertrages verpflichtet die Mitgliedsstaaten darauf, geeignete Maßnahmen zu treffen und Gesetze zu verankern, um Diskriminierung zu bekämpfen, und verfestigt einen allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz auch im Beruf. Im Betriebsverfassungsgesetz beispielsweise gibt es eine zentrale Vorschrift (§ 75), nach der Arbeitgeber und Betriebsräte dazu gehalten sind, Diskriminierung »zu verhindern und zu unterbinden«. Sie sind rechtlich dazu ver-

pflichtet, bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz einzuschreiten. § 104 bietet sogar die Möglichkeit, Arbeitgeber zu zwingen, Arbeitnehmer zu entlassen, die nachhaltig diskriminieren.

In der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, in der Form, wie sie am 22. Juni 2001 vom Bundestag beschlossen wurde (Drucksache 14/5741), ist zudem ein Bündel von Maßnahmen zur Integration von ausländischen Arbeitnehmern und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb festgeschrieben. Insbesondere wurden die Kompetenzen des Betriebsrates zur Integration von ausländischen Arbeitnehmern und zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erweitert.

Weil diese Einzelgesetze sich dennoch im Einzelnen als unzureichend erwiesen haben, z. B. wenn Menschen offensichtlich aufgrund ihrer Hautfarbe kein Einlass in eine Gaststätte gewährt wird, kommt einem eigenständigen Antidiskriminierungsgesetz zentrale Bedeutung zu. Ein solches Gesetz wurde am 21. Januar 2005 von der Regierungskoalition in den Bundestag eingebracht (auf Drucksache 15/4538). Das neue Antidiskriminierungsgesetz wird u. a. neue Möglichkeiten zur Unterbindung von Diskriminierung wegen kultureller oder religiöser Zugehörigkeit, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung, des Alters oder einer anderen Hautfarbe eröffnen. Es setzt zugleich ein gesellschaftspolitisches Zeichen: Rassismus und Diskriminierung werden nicht gewollt und sind nicht erlaubt.

Das kann die konkrete Antidiskriminierungsarbeit in Politik und Gesellschaft freilich nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Beispielhaft auf der gesellschaftlichen und betrieblichen Ebene ist etwa das Engagement der Deutschen Bahn AG, des Konzernbetriebsrates und der TRANSNET Gewerkschaft GdED. Betriebsrat und Deutsche Bahn haben eine wegweisende Konzernbetriebsvereinbarung »Für Gleichbehandlung und kollegiales Miteinander – Gegen Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Tendenzen« beschlossen, die für alle Beschäftigten des DB-Konzerns gilt und somit arbeitsrechtlich auf ca. 250.000 Beschäftigungsverhältnisse Anwendung findet. Diese schließt die Bildung einer Paritätischen Kommission ein, die von Diskriminierung betroffene

Beschäftigte unterstützt, alle Übergriffe erfasst und effektiv mit Beschwerden umgehen soll, um Diskriminierung im Betrieb abzubauen respektive zu verhindern. Laut Deutschem Gewerkschaftsbund haben solche Betriebsvereinbarungen auf breiter Basis Schule gemacht.

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich Konzernen und Gewerkschaft darüber hinaus verpflichtet, Integrationspolitik aktiv zu fördern und im Rahmen von Erstausbildung wie Fort- und Weiterbildung interkulturelles Lernen zu unterstützen. So wollen beide dazu beitragen, das Wirken gegen Rechtsextremismus zur »kontinuierlichen Aufgabe« zu machen. Ferner haben Bahn AG und TRANSNET im September 2000 beschlossen, die Themen »Hass und Gewalt« und Rechtsextremismus zum festen Bestandteil der Ausbildung zu machen. Dazu wurden die Ausbilder besonders spezialisiert. Schließlich fördern Konzern und Gewerkschaft vielfältige weitere Projekte, wie z. B. die Aktion »Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt« mit zuletzt 130 Arbeitsergebnissen von verschiedenen Ausbildungsgruppen.

Schließlich gehören zur politischen Antidiskriminierungsarbeit der Abbau von Integrationshemmnissen, eine positive Integrationspolitik, die Angebote für Einwanderer schafft und sie willkommen heißt, sowie die Intensivierung interkultureller Projekte und interkultureller Bildungsarbeit.

Zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und des Opferschutzes

Entscheidend für die Macht des Rechtsextremismus ist oftmals das jeweilige politische Klima vor Ort. Welche Solidarität, auch symbolisch, erfahren die Opfer, welche die Täter? Nötig sind vielfältige Maßnahmen, ein demokratisch-zivilgesellschaftliches Klima herzustellen oder zu stärken, rechtsextreme »Freiräume« durch Politik und Gesellschaft zu bekämpfen. Nichts kann dabei konkretes, alltägliches Engagement durch die Bürgerinnen und Bürger und deren aktive Unterstützung durch die Politik ersetzen, um das Alltagsklima in von rechtsextremen Szenen durchsetzten Orten und Milieus positiv zu beeinflussen und zu verändern.

Zonen, in denen Menschenrechte gefährdet sind, brauchen ein Sicherheitskonzept, in dem die Polizei auch mit von rechten Szenen bedrohten Jugendlichen eng und vertrauensvoll kooperiert. Eine solche Polizeistrategie ist geeignet, potenzielle Opfer besser zu schützen. Dies geschieht etwa entsprechend der Konzeption der Polizeipräsidentin Uta Leichsenring in Eberswalde.

Die Opferperspektive e.V. versucht beispielsweise als besonders effektive Opferberatungsstelle, die Opfer rechtsextremer Gewalt anzusprechen und in ihrem Umgang mit dem traumatischen Geschehen zu betreuen, zu unterstützen sowie ihnen bei rechtlichen oder sozialen Problemen zuverlässig zu helfen. Zugleich aber geht es hierbei um eine Umkehr der Perspektive – vom Täter und seinen Motiven hin zur Solidarisierung mit den Opfern. Im Mittelpunkt von Hilfe und öffentlicher Erörterung steht die Solidarität mit dem Opfer und die Entsolidarisierung mit dem Täter, vor allem aber mit der Tat. Aus dieser Perspektive heraus wird an den antirassistischen Konsens der Demokratinnen und Demokraten, konkret der Bürger am Ort appelliert, aber ebenso daran, dass die Institutionen des Rechtsstaats die Ahndung der Tat und die Bestrafung der Täter unmittelbar und zügig vornehmen. Angestrebt wird durch die Konfrontation mit der Erfahrung, der traumatischen Erfahrung des Anderen zugleich eine Grundbedingung erlebter Demokratie, nämlich der Befähigung zur Empathie als zentralem Element der für die Demokratie notwendigen »demokratischen Persönlichkeit«. Eine solche Einnahme der Perspektive des Anderen ist im aufgeklärten demokratischen Selbstinteresse. Man wird an der Verletzung des Anderen gewahr, was man an Verletzungen in seinem eigenen Leben erfahren hat und ist so durch die Erinnerung an die eigenen Erfahrungen eher befähigt und motiviert, das Gemeinwesen als soziales und humanes zu verteidigen.

Zur Förderung der politischen Bildung und langfristigen Vorbeugung

Auch die politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit stößt als isoliertes Element an Grenzen. Sie ist aber heute mehr vonnöten denn je. Politische Bildungsarbeit ist kein Allheilmittel, aber sie reduziert rechtsextreme Tendenzen.

Auch ihr Erfolg ist davon abhängig, dass Personen und Träger solcher Bildungsprozesse glaubwürdig sind. Denn politische Bildung ist nicht nur eine Frage des Wissensumfangs, sondern auch der sozialen und emotionalen Kompetenz, im Bildungsgeschehen und in der Lernbeziehung die Lernenden zu achten, sie zu beteiligen, auf Skepsis oder Widerstand im direkten Verstehen, d.h. spontan, einzugehen und so eine demütigungsfreie Pädagogik (Wolfgang Edelstein) zu betreiben. Hinter dem Stoff muss die Person, die ihn vermittelt, sichtbar sein.

Politische Bildungsangebote sollten sich insbesondere an diejenigen richten, die außerhalb des engeren Kreises neonazistischer und rechtsextremer Gruppierungen und »Szenen« stehen. Hier steht die politische Bildung vor der großen Aufgabe der Stärkung zivilgesellschaftlichen Bewusstseins. Im Hinblick auf die Bekämpfung rechtsradikaler Gefahren wird sie künftig diesen Aufgaben nur gerecht werden können durch breite Bildungsangebote zum Thema, die vor allem auch in lokalen Brennpunkten zugänglich sein sollten.

Qualitativ ging die politische Bildungsarbeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene in den letzten zehn Jahren oft an den konkreten Erfordernissen mündiger Demokratieerziehung vorbei. Rechtsextremismus war lange Zeit überwiegend ein Randthema, wie sich zeitweilig an der Publikations- und Aufklärungspraxis der Bundeszentrale für politische Bildung zeigen lässt. In Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung finden sich in der letzten Dekade z.B. sogar Publikationen und Autoren, die das Problem des Rechtsextremismus für einen »Popanz« hielten, der auf Bestrebungen des antifaschistischen Linksextremismus zurückginge (siehe zuletzt Jesse 2000). Jüngst wird die Hervorhebung spezifischer lokaler Konstellationen in den neuen Ländern als Ost-West-Konflikt beschrieben bzw. als Stigmatisierung des Ostens. So wenig die Brisanz rechtsextremer Entwicklungen im Westen der Republik mit dem Blick auf den Osten zu verharmlosen ist, so deutlich verstellt ihre Darstellung als Ost-West-Konflikt jedoch die Sicht auf die Realität des Rechtsextremismus, die eigentlich Gegenstand einer schonungslosen Bestandsaufnahme sein muss. Nur die Erkenntnis und Vermittlung des Problems und das Aufzeigen demokrati-

scher Handlungsoptionen in der politischen Bildungsarbeit ermöglicht eine Aufklärung, die zivilgesellschaftliches Engagement fördert und festigen kann.

Neben dem Blick auf den aktuellen Rechtsextremismus, die politische Vermittlung von Ausmaß, Ursachen und Handlungsoptionen dagegen, muss die Konfrontation mit der deutschen Geschichte, im Besonderen der des Nationalsozialismus, weiter einen Grundpfeiler politischer Bildungsarbeit darstellen. Entgegen der mancherorts vorgetragenen Auffassung, es gäbe eine Überfrachtung der Jugendlichen und Erwachsenen, zeigen sich in der Kenntnis der Geschichte des Nationalsozialismus erschreckende Defizite, vor allem unter Jugendlichen. Ca. 12 Prozent wissen nicht, was Auschwitz war (Silbermann/Stoffers 2000). Die Unterstützung von Gedenkstätten-Arbeit, Geschichtsaneignung und Erinnerungsarbeit im Rahmen der politischen Bildung ist unerlässlich. Allerdings sollte man sich auch hier keine Illusionen machen: Die Arbeit mit Gedenkstätten kann kaum dazu dienen, Rechtsextremisten zu »bekehren«; nur bereits sensibilisierte Jugendliche oder solche aus der Szene, bei denen bereits ein »Fundament« geschaffen worden ist zum Bruch mit dem Rechtsextremismus, sind in den allermeisten Fällen für derartige Programme ansprechbar.

Zur Unterstützung von Jugendarbeit als Teil kommunaler Demokratisierung

Zur angemessenen Bewältigung vor allem des jugendlichen Rechtsextremismus reicht es weder allein, »die Repressionsschraube anzuziehen«, noch auf Zivilcourage in der Gesellschaft zu setzen. Dafür sind die mentalen und sozialen Verursachungsfaktoren des Rechtsextremismus zu tief verwurzelt – und werden bis in die Gegenwart durch soziale und politische Erfahrungen gestärkt.

Jugendarbeit hat nur in dem Maße eine Perspektive, in dem sie Jugendliche vor Ort oder ortsnah zu einer gesellschaftlichen Integration aussichtsreich verhelfen kann, ohne mentale Fragen außer Acht zu lassen. Dazu bedarf es der Einbeziehung oft noch sozial verhärteter, den Rechtsextremismus bagatellisierender Schulerfahrungen, der Jugend- und Sozialämter und eines Angebots an

Jobs auch im zweiten oder dritten Arbeitsmarkt: kurz, der gesellschaftlichen Integration in den sozialen Nahraum in der sozialen Stadt, zugleich aber der Bekämpfung rechtsextremer Ansichten.

Professionelle Sozial- und Jugendarbeit geht daher mehrheitlich davon aus, dass auch Jugendliche mit Bomberjacken angenommen werden, um mit ihnen in der gemeinsamen Jugendarbeit Regeln zu entwickeln, die sich auf das Verbot rechtsextremer Äußerungen, Symbole und Handlungen auch außerhalb des gegebenen Jugendclubs erstrecken. Das gilt nicht für die Kader rechtsextremistischer Gruppierungen. Es hängt von der Qualität der Arbeit und dem jugendpolitischen Netzwerk ab, ob ein Teil der rechts orientierten Jugendlichen sich aus dem Verblendungszusammenhang der rechten Cliques zurückzieht oder nicht. Erfolgreiche demokratische Jugendarbeit, knüpft an soziale Bedürfnisse und Probleme an: die oft prekäre soziale und finanzielle Lage, nicht mehr zu bewältigende Konflikte im Elternhaus, die Ausbildungssituation und fehlende Schulmotivation. Sie bietet Chancen, sich mit Hilfe des Netzwerks von Jugend-, Sozial- und Jugendhilfe-Institutionen ihr Leben neu organisieren zu können; sie ist gebunden an klare, den Rechtsextremismus abweisende Regeln; darin ist diese Jugendarbeit sowohl demokratiepolitisch wie sozial erfolgreich.

»Anideologisierte« Jugendliche werden mit ihren rechten Versatzstücken, die nicht zuletzt mit Ängsten und Aggressionen zugleich zu tun haben, in Lern-Auseinandersetzungen verwickelt; zusammen mit der positiven Erfahrung, doch etwas wert zu sein und etwas leisten zu können, können dann ideologische Führer und Autoritäten rechter Cliques auch »entthront« werden.

Wenn es darüber hinaus in der Region Ausbildungs- und Arbeitsperspektiven, Chancen zu einem eigenen Einkommen und zu gesellschaftlicher Integration gibt – und dies sind gerade auch soziale Nischen zweiter und dritter Arbeitsmärkte und spezieller Jugendprojekte diesseits von Globalisierung und Internetwelten –, können rechts dominierte Jugendmilieus womöglich mit Erfolg demokratisch »umgekehrt« werden.

Eine solche integrierte Präventionspolitik braucht eine auch demokratiepolitisch ausgebildete Ju-

gend- und Sozial- sowie Schulsozialarbeit: Die flexible Kooperation von Schulverwaltungen, Lehrern, Jugend- und Sozialämtern und Bürgermeistern.

(5) »Best practices« wie in Milnersdorf oder Hennigsdorf zeigen zum Teil deutliche Erfolge in der Zurückdrängung rechter Szenen – was sich nicht zuletzt in der zum Teil wütenden und gefährlichen Bedrohung der dafür Verantwortlichen durch Neonazis spiegelt. Diese Erfahrung gilt es, nicht nur in Modellprojekten, sondern möglichst flächendeckend auszuwerten und anzuwenden. Die oft übliche bürokratische Logik begrenzter quantitativer finanzieller Rahmenvereinbarungen oder vorsichtig angelegter Modellprojekte reicht dazu nicht aus. Es bedarf der massiven, auch finanziellen Unterstützung professioneller Sozial- und Jugendarbeiter, Mobiler Beratungsteams (»Tolerantes Brandenburg«), der Opferperspektiven und antirassistischer Initiativen in den Kommunen. So kann die inzwischen entwickelte Kompetenz der Jugendarbeit gegenüber rechts dominierten Szenen Eingang in eine politische Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bei Jugendlichen finden.

Mobile Beratungsteams und Opferhilfe-Gruppen haben erfolgreich an der Revitalisierung von Zivilgesellschaft und Zivilcourage, wie am Fall von Wriezen exemplarisch beschrieben, beratend und intervenierend gearbeitet. Im Kern geht es auch über Konflikte hinweg um die Kooperation zwischen potentiellen Opfern, antirassistischen Jugendinitiativen (etwa von »Skatern« oder von Flüchtlingsinitiativen), mit den zuständigen Institutionen, die für eine gesellschaftliche Demokratisierung vor Ort von Bedeutung sind: Jugend- und Sozialämter, die politische Verwaltung, die Bürgermeister und eine Polizei, die sich als Teil eines flexiblen, kooperativen Sicherheitskonzeptes versteht; ebenso die Schulverwaltung, Lehrer, Eltern, interessierte Teile der Bevölkerung. Vor dem »Aufstand der Anständigen« kommt Effektivität der Zuständigen. Beides ist wichtig.

Welche weiteren politischen Handlungen sind sinnvoll?

So lange es Angstzonen und massive Übergriffe der rechtsextremen Szene gibt, bedarf es neben

und vor dem Appell zum »Aufstand der Anständigen« der kompetenten Aufgabenwahrnehmung der politisch und staatlich Zuständigen, nämlich alles zu tun, damit niemand diskriminiert, ausgegrenzt und in seiner Menschenwürde gefährdet wird. In dreierlei Hinsicht:

Es sollte erstens das Nötige an Ausbildung, Anweisung und Organisation getan werden, damit Polizei und Justiz ihren Obliegenheiten nachkommen können; dies geschieht gegenwärtig oft nicht, siehe die öffentlich gewordenen Skandale in Guben und in Wriezen.

Die zweite Empfehlung richtet sich an die Politik und die politische Öffentlichkeit, alles zu unterlassen, was potentielle Opfer mittelbar oder unmittelbar in den Augen des rechten Mobs zusätzlich zu stigmatisieren vermag. Sei es, Ausländer und Asylbewerber in die Nähe der Kriminalität oder »Skater« und Jugendliche in die Nähe von Drogen und »Kiffen« zu rücken oder Linke und Demokraten als vermeintliche »Linksextreme« abzuwerten. Es wäre mindestens ein Moratorium insbesondere für Zeiten von Wahlkämpfen zu überlegen, um solange die Reden von einer »Einwanderungsgesellschaft wider Willen«, »90 Prozent Scheinasylanten«, Parolen wie »Das Boot ist voll« zu unterbrechen. Denn solange ist die beschriebene Gefahr eines virulenten Rechtsextremismus, von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nicht eingedämmt. Vorbild ist der fraktionsübergreifende Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS im Deutschen Bundestag »Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt«, der auch postuliert, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus »niemals als Normalität zu betrachten« (Drucksache 14/5456).

Wir haben am Beispiel der abwertenden Diskurse der frühen 1990er Jahre aufgewiesen, dass sie ein Resonanzboden für entsprechend disponierte Gewalttäter sind, die dadurch zu ihren Taten ermutigt werden und ihre Hemmschwellen absenken. Solche Redeweisen sind geeignet, mittelbar rassistische Gewalt zu befördern. Dafür spricht auch, dass gerade autoritär sozialisierte Gewalttäter entsprechende Signale oft unmittelbar aufgreifen und in ihr Legitimationsreservoir integrieren. Umfangreich ist die abwertende Assoziationstech-

nik in ihrer latenten Gewalttrichtung in dem Buch »Brandsätze« (Jäger u.a. 1994) nachgewiesen worden.

Gegenüber dem Einwand, öffentliche Debatten seien tabulos zu führen und ein notwendiges Element der Demokratie auch und gerade in Wahlkampfzeiten, sei auf die Aussage des Verfassungsrichters Helmut Simon verwiesen, der auf »Bereichen der Unabstimmbarkeit« in der Frage von Grundrechten bestanden hat. Danach dürfen und sollten Fragen, die die Würde aller Menschen zu beeinträchtigen vermögen, nicht mehr im Sinne einer solchen Beeinträchtigung behandelt werden.

Auch der Verweis auf angebliche oder reale Ängste der Bevölkerung und das notwendige Aufgreifen solcher Ängste durch politische Parteien ist problematisch. Es gilt, dass der verantwortliche Umgang mit diesen Ängsten und ihre mögliche Aufklärung entscheidend ist. Jedenfalls ist unaufgeklärtes Aufgreifen oder gar das Instrumentalisieren falscher, gar paranoider Ängste vor »Überfremdung«, »Überflutung« oder gar die falsche Rede von der »Zerstörung deutscher Identität« durch Ausländer Privileg rechtsextremer und neonationalsozialistischer Demagogie.

Drittens wäre zu empfehlen, immer wieder beobachtbare Akte der Diskriminierung umfassender als bisher auch institutionell zu bekämpfen.

Fazit: (1) Der Schutz der Menschenwürde und der physischen Unversehrtheit aller ist Kernaufgabe des Staates, (2) eine von Abwertung freie öffentliche Sprache Gebot der politischen Moral und (3) die Entwicklung positiver Integrationsmaßnahmen gegenüber Migranten von großer politischer Vorbildfunktion.

Eine Symbolsprache der humanen Zeichen und Signale erreicht die Parallelgesellschaft der rechts-extremen Cliques in Angstzonen allerdings nicht mehr. Der Gewalt informeller Cliques kommt man nicht durch Signale bei, sondern durch ein Konzept, das die Strategie von Gewaltherrschaft und Rassismus mit Hilfe des staatlichen Gewaltmonopols bricht, durch Verbote gewaltverherrlichender Vereinigungen und neonationalsozialistischer Parteien. Die Bundesregierung hat dazu angekündigt, dass für sie die Bekämpfung des Rechtsextremismus »zu einer der wichtigsten Aufgaben in dieser Legislaturperiode zählt.«

Schon 1994 schrieb Hans-Gerd Jaschke noch überwiegend folgenlos: »Der Aktualitätsdruck spektakulärer Gewalttaten darf nicht den Blick trüben, dass auch zukünftig mit einem stabilen Fundament rechtsextremer Orientierungsmuster zu rechnen ist. Die Öffentlichkeit, demokratische Politiker und Institutionen sind daher gut beraten, die Auseinandersetzung damit als eine langfristige Aufgabe zu betrachten« (Jaschke 1994, 9).

Rechtsextreme Organisationen, Publizistik und Internet-Adressen

Rechtsextreme Organisationen, Publikationen und Verlage

Organisationen

■ »Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland«

1997 gegründete Klein-Partei mit zehn Landesverbänden; programmatisch sind Holocaust-Relativierung, Revisionismus und die revanchistische Forderung nach Wiederherstellung von Deutschland in den Grenzen von 1937 zentral.

■ Bund für Gesamtdeutschland

1990 gegründete Kleinpartei, vormals mit »Ab jetzt ...« verbunden, mit ähnlichen revisionistischen, antidemokratischen und rassistischen Positionen.

■ »Blood & Honour«

Internationale rassistische Vereinigung der rechtsextremen Skinhead-Bewegung mit »Divisions« in verschiedenen Ländern und Untergruppen (»Sektionen«). Der Hauptsitz der »Deutschen Division« befand sich bis zum Verbot in Berlin. Schwerpunkt ist das Organisieren von Konzerten, Teilnahme an Demonstrationen, bis 2000 Publikation einer Zeitschrift; in Deutschland seit 2000 verboten, aber weiterhin insbesondere über das Internet und beim Organisieren von Konzerten aktiv; wichtige Bedeutung für die Herausbildung einer rechten Subkultur; orientiert an der NS-Rassenlehre.

■ Die Deutschen Konservativen e.V. – Aktion für Deutschland

In den Nationalkonservatismus wirkende rechtsextrem orientierte Organisation unter Führung des Vorsitzenden Joachim Siegerist, der Einreise-Verbot nach Israel hat; Partner ist der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU), der in einem Buch fordert: »Deutschland soll deutsch bleiben – kein Bodenrecht«. Die Gruppe bekämpft das NPD-Verbot und betreibt »Kampagnen« für Jörg Haider, den Rechtspopulisten Roland Schill und im Bundestagswahlkampf 2002 (ungefragt) für Edmund Stoiber.

■ Die Republikaner

Eine der drei führenden rechtsextremen Parteien und Organisationen mit ca. 8.000 Mitgliedern, mit vier Neben- und Unterorganisationen (»Republikanische Jugend«, »Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten«, »Republikanischer Bund der Frauen«, »Republikanischer Hochschulverband«).

■ »Deutschland-Bewegung«

Klein-»Bewegung« um den Rechtspopulisten Dr. Alfred Mechttersheimer mit dem Ziel nach Vorbild der österreichischen FPÖ eine Partei zu gründen. Versuch, als Sammlungsbewegung mit starken nationalistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen verschiedene Strömungen im rechtskonservativen bis rechtsradikalen Lager zusammenzuführen.

■ Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Die DLVH hat an Bedeutung verloren; 1991 gegründet, ist ihr Partei-Konzept mittlerweile gescheitert; heute als Verein mit nur noch 200 Mitgliedern. Vorstandsmitglied Jürgen Schützinger konnte aber bei den Kommunal-Wahlen in Baden-Württemberg 1999 sein Gemeinderatsmandat in Villingen-Schwenningen verteidigen.

■ DVU

Eine der drei führenden rechtsextremen Parteien und Organisationen mit 11.500 Mitgliedern und enormen publizistischen Aktivitäten (Auflage der »National-Zeitung«: wöchentlich 45.000).

■ Freiheitlicher Volks-Block (FVB)

Elitäre Gruppe mit Sitz in Nürnberg, die sich auch als »Partei des deutschen Aufbruchs« bezeichnet und der führende Mitglieder der 1993 verbotenen, neonazistischen »Heimattreuen Vereinigung Deutschlands« angehören; nur noch mit Landesverbänden in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Bayern.

■ Gesellschaft für Freie Publizistik

Zusammenschluss rechtsextremer Verleger, Redakteure und Buchhändler mit 450 Mitgliedern und größte rechtsextreme Kulturvereinigung; ver-

anstaltet Kongresse und pflegt Kontakte zu verschiedenen rechtsextremen Organisationen.

■ »Hammerskins«

Die »Hammerskins« sind eine der »Blood & Honour« ähnelnde Vereinigung. Stramm neonazistisch mit elitärem, an der NS-Rassenideologie ausgerichtetem Selbstverständnis (gilt als »SS der Skinhead-Bewegung«). Starker Einfluss auf die subkulturelle Szene.

■ Hilfsorganisation für nationale politische

Gefangene und ihre Angehörigen e.V. (HNG)
1979 gegründet, offiziell 600 Mitglieder; inoffiziell stellt sie die möglicherweise größte und aktivste neonazistische Organisation mit zentraler Stellung in der rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik dar; herausgegeben werden monatlich die »Nachrichten der HNG« (Auflage: monatlich 700). Man will »nationale Gefangenearbeit« leisten und Inhaftierte weiter an die rechtsextreme Szene binden.

■ Institute for Historical Review

Pseudo-wissenschaftliche, rechtsextreme Gruppe internationaler Holocaust-Leugner mit Sitz in Kalifornien, USA. Propaganda-Quelle für Holocaust-Leugner; veranstaltet »internationale« Konferenzen. Daneben existieren u.a. noch die ähnlichen »Committee for Open Debate on the Holocaust (CODOH)« (USA) sowie die französische »Association des Anciens Amateurs de Réits de Guerre et d'Holocauste« (AAARGH). Einer der führenden Holocaust-Leugner ist der verurteilte, in den USA lebende deutsche Neonazi Ernst Zündel. In jüngerer Zeit starke Ausrichtung auf eine Neubestimmung des Verhältnisses zum Islam und im »Kampf gegen den Zionismus«.

■ Junge Nationaldemokraten (JN)

Militante, auf die Skinhead-Szene und den »Kampf um die Straße« ausgerichtete Jugendorganisation der NPD mit etwa 500 Mitgliedern, am Rand zum neonazistischen Spektrum.

■ Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)

Als »organisationsunabhängiges Diskussions- und Kampfforum« mit etwa 30 Mitgliedern und Sitz in Berlin steht der KDS in einer »nationalrevolutionären« Tradition und will »national-sozialistisch« orientierte Neonazis und »nationale Kom-

munisten« unter dem »Bekenntnis zu Volk und Heimat« bündeln – mit bisher geringem Erfolg. Öffentlichkeitswirksam gegründet am 1. Mai 1999 und bereits Gegenstand eines großen Artikels in der New York Times, ist der »Kampfbund« trotz publizistischer Aktivitäten seither kaum öffentlich in Erscheinung getreten.

■ Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)

Hochschulorganisation der NPD, eng verknüpft mit der radikalen JN, am Rand zum neonazistischen Spektrum.

■ Neonazi-Gruppen um Frank Schwerdt

Der Neonazi und verurteilte Volksverhetzer Frank Schwerdt hat neben seiner mehrjährigen Position im Bundesvorstand der NPD (seit 2001 NPD-Geschäftsführer und Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Thüringen) ein aus dem Verein »Die Nationalen« hervorgegangenes Umfeld und vielfältige Kontakte zu neonazistischen Gruppen und »freien Kameradschaften«, die er mitorganisiert. Mitarbeiter und Neonazi Christian Wendt war zwischenzeitlich »Chef vom Dienst« der NPD-Zeitschrift »Deutsche Stimme«. Schwerdt gilt auch als zentrale Figur der rechtsextremen Szene in Berlin-Brandenburg.

■ NPD

Radikalste der drei führenden rechtsextremen Parteien; derzeit mit rund 5.000 Mitgliedern und einem erheblichen Sympathisantenspektrum sowie zwei Unterorganisationen (vgl. JN und NHB). Die Partei-Publikation »Deutsche Stimme« hat eine Auflage von 10.000 Exemplaren wöchentlich; die NPD veranstaltet regelmäßig lokal und bundesweit Demonstrationen und ist auch vielfältig publizistisch, bundesweit und kommunalpolitisch aktiv; Ziel ist die »Volksgemeinschaft«. Gegen die NPD wurde 2001 beim Bundesverfassungsgericht von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ein Verbotantrag gestellt, in Folge dessen es zu starken Konflikten in der Partei kam. Auf Grund der sog. V-Männer-Affäre stellte das Bundesverfassungsgericht im März 2003 das Verfahren jedoch ein.

■ NSDAP/AO

In den USA ansässige, international vor allem über das Internet publizistisch tätige »NSDAP-Aufbauorganisation«, direkt nazistisch und »hit-

leristisch«. Der umtriebige Gründer und Vorsitzende Gary Lauck machte die Organisation zum wichtigsten Lieferanten von NS-Propagandamaterial in die BRD.

■ Republikanischer Hochschulverband (RHB)
Hochschulverband der Partei »Die Republikaner«.

■ Unabhängige Arbeiterpartei e.V.
(Deutsche Sozialisten)

1962 gegründet, heute mit nur drei Landesverbänden; publiziert die »Reichs-Arbeiter-Zeitung« und votiert für den Fortbestand des Deutschen Reiches von 1871.

■ Vereinte Rechte (VR)
Erst 1997 gegründete Kleinpartei mit Landesverbänden in verschiedenen Ländern. Anliegen der vornehmlich ehemaligen REP-, NPD- und DVU-Funktionäre war es, alle rechtsextremen Parteien auf einer gemeinsamen Liste zu vereinigen. Mittlerweile gescheitert und als Partei aufgelöst.

■ White Power Youth
Internationale Organisation einer offen »rassistischen Jugend«; ausgesprochen militant. Der deutsche Ableger »White Youth« ist als Jugendorganisation von »Blood and Honour« seit 2000 verboten.

Zeitungen und Zeitschriften

Für das Jahr 2003 zählten die Verfassungsschutzbehörden 102 periodische rechtsextremistische Publikationen. Diese hatten eine Gesamtauflage von rund 4,4 Millionen Exemplaren. 50 Publikationen erscheinen mindestens viermal im Jahr. Die Publikationen der extremen Rechten sind kein monolithischer Block. Die folgende Liste konzentriert sich auf Meinungsführer.

■ Der neue Republikaner
Zeitschrift der Partei »Die Republikaner«; Auflage: 12.000 bei zweimonatlicher Erscheinungsweise.

■ Deutsche Stimme
Organ der NPD; einflussreiche, parteigebundene Zeitschrift des organisierten Rechtsextremismus; Auflage: etwa 10.000 monatlich.

■ Deutsche Geschichte
Zweimonatlich erscheinende, NS-verharmlosende und ein insgesamt deutschnationales und revisionistisches Geschichtsbild zeichnende Zeitschrift der Verlagsgesellschaft Berg (s.u.), Auflage: etwa 10.000.

■ Deutschland in Geschichte und Gegenwart –
Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik
Die vierteljährlich erscheinende, rechtsextrem-revisionistische und völkische Zeitschrift wird im Grabert-Verlag, einem »Familienunternehmen« aus Tübingen, publiziert; Auflage 3.000. Sie ist 1972 aus der »Deutschen Hochschullehrer-Zeitung« hervorgegangen und bietet »Historisches« von den »germanischen Ursprüngen« bis zum Nazismus; gilt als eines der wichtigsten Ideologieorgane der rechtsextremen Szene.

■ Euro-Kurier
Auch der Euro-Kurier erscheint im rechtsextremen Grabert-Verlag, und zwar zweimonatlich; die Ausrichtung ist ähnlich, die Auflage unbekannt. Der Euro-Kurier ist mehr oder weniger ein durch redaktionelle Beiträge angereicherter Verlagsprospekt.

■ Junge Freiheit –
Wochenzeitung für Politik und Kultur
Besonders großes und einflussreiches Zeitschriftenprojekt des Rechtsextremismus und der

»Neuen Rechten«; Auflage nach Schätzung des Verfassungsschutzes NRW: ca. 10.000; verkörpert den Brückenschlag von der »demokratischen Rechten« zum Rechtsextremismus. Die JF zielt u.a. auch auf den »metapolitischen« oder vopolitischen Raum eines »Kulturkampfes« gegen eine vermeintliche »linke Hegemonie« in Deutschland. Hier publizieren neben dem Leiter des stramm nationalkonservativen »Studienzentrums Weikersheim«, Klaus Hornung, auch Rechtsextremisten und Antisemiten wie Horst Mahler. Die »Junge Freiheit« genießt allerdings auch viele Sympathien im rechtskonservativen und »nationalliberalen Milieu«, das mit Rechtsextremen wenig Berührungspunkte zu haben scheint, wie Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl oder der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann.

■ Mensch und Maß

Zweiwöchentlich erscheinendes Zentralorgan des »Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.«, herausgegeben vom Verlag »Hohe Warte«; antisemitisch und antiamerikanisch geprägte Publikation der extremen Rechten. Über die Mitgliederzahl des »Bundes« und die Auflage herrscht Unklarheit. Ihm steht der »Lühe-Verlag« nahe.

■ Nachrichten der HNG

Monatliches »Informationsblatt« (Auflage: rund 700) der HNG (s.o.) zur Rechtsberatung der »verfolgten« und inhaftierten »Kameraden« und zur Erstellung einer »Gegenöffentlichkeit« (regelmäßige Publikation von »Gefangenenlisten«). Die Inhaftierten sollen untereinander vernetzt und weiter an die rechtsextreme Szene gebunden werden. Schriftleiter ist seit seiner Haftentlassung der verurteilte kriminelle Rechtsextreme Hans-Christian Wendt.

■ National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung

Mit über 41.000 Exemplaren wöchentlich größte und einflussreichste Zeitung des deutschen Rechtsextremismus. Alle rechtsextremen Themen sind vertreten: Rassismus, Antisemitismus und, überproportional, revisionistische Geschichtsapologetik stehen im Zentrum. Trotz der DVU-Nähe kommen auch hier offen andere Rechtsextremisten, wie Franz Schönhuber und Horst Mahler, und Positionen außerhalb der Partei zu Wort.

■ Nation & Europa – Deutsche Monatshefte

Wichtiges Strategieorgan der extremen Rechten mit 20.000 Exemplaren in monatlicher Auflage; rechtsextrem, revisionistisch, antiamerikanisch, nationalistisch. Zielt auf eine »Einheit der Rechten in Europa« sowie übergreifende rechtsextreme Bündnisse etwa von DVU und REP, die Rekrutierung neuer Zielgruppen wie Jugend, Burschenschaften und »linke Renegaten« und, ähnlich der »Jungen Freiheit«, einen »Kulturkampf« im vopolitischen Raum. Franz Schönhuber ist regelmäßiger Kolumnist.

■ National Journal

Antisemitisches Organ der »Kampfgemeinschaft gegen antideutsche Politik und für die Wiederherstellung der Menschenrechte in Deutschland«; wird von Deutschen in den USA verfasst und in die Bundesrepublik geschmuggelt.

■ Neue Solidarität

Antisemitisch und verschwörungstheoretisch orientierte Zeitschrift der Sekte »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« um Lyndon La Rouche und Helga Zepp-LaRouche; eher mit Einfluss auf die Esoterik-Szene als auf die extreme Rechte.

■ Opposition. Magazin für Deutschland

»Neues« Zeitschriftenprojekt der Verlagsgesellschaft Berg; Auflage unbekannt. Versuch, ein breiteres Publikum im rechten Lager anzusprechen, mittlerweile einigermaßen etabliert, der Versuch einer Umstellung von einer zweimonatigen auf eine einmonatige Publikation scheiterte allerdings.

■ Ostpreussenblatt

Vertriebenen-Publikation, die, wie von der vorangegangenen Bundesregierung eingeräumt, auch rechtsextreme und revisionistische Artikel enthält, die schon häufig zum Skandal geworden sind; zahlreiche Überschneidungen zu Autoren der »Jungen Freiheit«. Jüngst war im Ostpreussenblatt in Verteidigung des revisionistischen Historikers David Irving zu lesen: »Allerdings bezweifeln etliche Historiker und Wissenschaftler die Existenz von Gaskammern in Auschwitz oder anderen Konzentrationslagern« (18.3.2000). Diese Aussage ist von strafrechtlicher Relevanz. Die einzigen »Historiker und Wissenschaftler«, die die Existenz von Gaskammern in Auschwitz

leugnen, sind neonazistische Revisionisten. Das Ostpreussenblatt druckte auch Texte von Horst Mahler.

■ Phoenix –

Das Magazin zur Kenntnis unserer Zeit
Erscheint seit 1996, herausgegeben von Walter Ochensberger, der auf eine jahrzehntelange Karriere im österreichischen Rechtsextremismus zurückblicken kann.

■ Reichs-Arbeiter-Zeitung

Zeitung der »Unabhängigen Arbeiterpartei«, träumt von der Wiederherstellung des Deutschen Reiches.

■ Signal – Das patriotische Magazin

(früher: »Europa vorn«)

Erscheint, als Nachfolge von »Europa vorn«, seit 1988 vierteljährlich mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren unter Führung von Manfred Rouhs, ehemaliger Landesvorsitzender der JN von Nordrhein-Westfalen, später in der »Deutschen Liga für Volk und Heimat«. Ein bedeutendes rechtes Theoriorgan. Mittlerweile stärkere Ausrichtung auf tagesaktuelles Geschehen und den Musiksektor.

■ Sleipnir

Erscheint im Berliner »Verlag der Freunde« mit einer Auflage von 1.800 Exemplaren bei zweimonatlicher Erscheinung (seit 1999 nur noch unregelmäßig). Bedeutende revisionistische Publikation, antiimperialistischer Jargon; versucht seit geraumer Zeit, Verbindungen zu islamistischen antisemitischen Organisationen aufzubauen.

■ Staatsbriefe

Sie sind das Werk von Hans-Dietrich Sander und erscheinen mit einer monatlichen Auflage von 900 Exemplaren im Caste del Monte Verlag (s.u.). In den rechtsextremen Staatsbriefen erschien u.a. auch die so genannte »Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968« von Horst Mahler und Reinhold Oberlercher, in der die 68er-Bewegung zur nationalrevolutionären Bewegung umgedeutet (ähnlich: Bernd Rabehl) und stilisiert wird als »nach dem Nationalsozialismus zweiter Revolutionsversuch gegen die Weltherrschaft des Kapitals«. Die Staatsbriefe sind offen antiamerikanisch und tragen antisemitische Züge.

■ »wir selbst«

„»Nationalrevolutionäre« Zeitung um Professor Henning Eichberg, der stets den Brückenschlag zu einer nationalistisch orientierten radikalen Linken gesucht hat.

■ Unabhängige Nachrichten

Erscheinen seit 1969 monatlich, widmen sich rassistischer Propaganda und dem Geschichtsrevisionismus; heute Vertrieb vom Sitz in Oberhausen aus. Regelmäßige, offenbar auch finanziell gefestigte Publikation der extremen Rechten. Suchen die Vernetzung in der extremen Rechten bundesweit; haben jüngst »tausende« Schülerzeitungsredaktionen angeschrieben.

■ Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung

Einflussreichste deutschsprachige Zeitschrift der Holocaust-Leugner. Macher ist der Revisionist Gernar Scherer, geb. Rudolf, ein Chemiker, der sich der deutschen Justiz entzogen hat und nun angeblich in Moskau lebt.

■ Zentralorgan

Wichtige Publikation des militanten Neonazismus, offen rassistisch und antisemitisch. Zwischenzeitlich verboten.

■ Zeitschrift

Esoterisch-antisemitische Zeitschrift, die vor allem krude judenfeindliche Verschwörungstheorien entwirft.

Hinzu kommen etliche rechtsextreme respektive Neonazi-Zeitschriften und -pamphlete in kleinen Auflagen sowie »Fanzines«.

Verlage

Neben den organisationsgebundenen Verlagen gibt es im rechtsextremen Spektrum laut Verfassungsschutzbehörden 2003 38 eigenständige Verlage. Hinzu kommen reine Vertriebe rechtsextremer Literatur. Folgende Verlage stechen hervor:

■ Arndt-Verlag

In Kiel ansässiger, relativ großer, organisationsunabhängiger Verlag mit einem breiten rechtsextremen Buch- und Zeitschriftenangebot. Neben kulturpolitischen Schriften steht hier revisionistische Literatur, die auf die moralische Aufwertung des Nationalsozialismus zielt, hoch im Kurs. Im Angebot sind auch Videos mit Vorträgen bekannter Rechtsextremisten wie Horst Mahler.

■ Castel del Monte-Verlag

Gibt vor allem die »Staatsbriefe« (s.o.) heraus; Sitz in München.

■ Europa vorn Verlag/Verlag Manfred Rouhs

Verlegt heute vornehmlich die rechtsextreme Zeitschrift »Signal«, in vierteljährlicher Erscheinung mit gegenwärtig rund 5.000 Exemplaren.

■ Grabert-Verlag

Weiterer rechtsextremer »Großverlag« mit Sitz in Tübingen. Er bietet ein sehr breites Programm eigener Titel an, orientiert an NS-Verharmlosung und völkischer Ideologie. Gibt den »Euro-Kurier« (s.o.) heraus.

■ Herbig-Verlag

Rechtsradikaler Verlag mit einem breiten Spektrum rechtsextrem orientierter Bücher.

■ Hohenrain-Verlag

Dieser Verlag ist ein Schwesterunternehmen des Grabert-Verlages. Anders als der Grabert-Verlag wird auch ein nicht-rechtsextremes, breites Publikum anvisiert, und zwar mit aktuellen Themen wie »Globalisierung« oder jüngst das Buch »Schöne vernetzte Welt« des bedeutendsten Vertreters der französischen Neuen Rechten Alain de Benoist. Hier erscheint auch die rechtsextreme Vierteljahresschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart«.

■ Nation Europa-Verlag

Etablierter rechtsextremer Verlag aus Coburg, von dem die langjährig erscheinende rechtsradikale Zeitschrift »Nation Europa« herausgegeben wird sowie ein Buchangebot vornehmlich revisionistischer Literatur.

■ Verlagsgesellschaft Berg (VGB)

Zunehmend bedeutender rechtsextremer Verlag mit Sitz in Berg am Starnberger See. Er verfügt über ein breites Buchangebot revisionistischer Literatur sowie ein breites Angebot aktueller rechtsextremer Bücher, wie »Schluss mit deutschem Selbsthaß« von Franz Schönhuber und Horst Mahler. Publiziert werden auch die Zeitschrift »Deutsche Geschichte« (zweimonatlich) und das Jahrbuch »Deutsche Annalen« sowie die Zeitschrift »»Opposition: Magazin für Deutschland« (zweimonatlich).

■ Verlag der Freunde

Hat seinen Sitz in Berlin und publiziert das rechtsextreme »Avantgarde«-Blatt »Sleipnir«; erscheint zweimonatlich mit einer Auflage von 1.800 Exemplaren.

Rechtsextreme Seiten im Internet

Laut einer Veröffentlichung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (»Rechtsextremismus im Internet«, Oktober 2002) sind über das World-Wide-Web ca. 1.000 rechtsextreme deutschsprachige Internet-Seiten leicht zugänglich. Nach Erkenntnis des Verfassungsschutzes werden etwa zehn bis fünfzehn Prozent dieser Seiten von Deutschen betrieben. Sie bieten ein breites neues und zunehmend bedeutendes Propaganda-Medium. Die nachfolgenden Internet-Adressen sind eine kleine Auswahl der mittlerweile ausufernd vielen rechtsextremistischen Web-Adressen. Vielen ist die Radikalität und das Wesen der Propaganda von Rechtsextremen nicht bewusst. Vor Ort wird etwa auch einmal ein NPD-Stadtrat als »unauffälliges Ratsmitglied« empfunden. Von daher ist es durchaus sinnvoll, sich auch einmal direkt über die politischen Inhalte, Forderungen und Ziele der Rechtsextremen aufzuklären und sie sich bewusst zu machen. Die radikalsten unter ihnen wechseln jedoch fortwährend Namen und Provider. Zu rechtsextremen Seiten mit teils rechtsextremem, teils offen neonazistischem Inhalt zählen:

- www.deutschland-bewegung.de
Agitations-Seite einer Gruppe um Dr. Alfred Mechttersheimer mit dem Ziel, nach Vorbild der österreichischen FPÖ eine Partei zu gründen.
- www.dvu.de
Internetseite der rechtsextremen DVU.

- www.npd.de
Internetseite der rechtsextremen NPD.
- www.die-Kommenden.net
Antisemitisch-rechtsextreme Seite, die auf den kommenden »Widerstand« des deutschen Volkes setzt.
- www.stoertebeker.net
Neonazistischer Internetdienst, der verschiedenen Rechtsextremen und ihren Seiten als Forum, Plattform und Link dient.
- www.jn-buvo.de
Internetseite der noch radikaleren Jugendorganisation der NPD, der »Jungen Nationaldemokraten«.
- www.horst-mahler.de
Netzseite eines der »führenden«, d.h. besonders aktiven und in der Öffentlichkeit präsenten, rechtsextremen und antisemitischen Agitators Horst Mahler.
- www.schoenhuber-franz.de
Internetseite des Rechtsextremisten und langjährigen REP-Vorsitzenden Franz Schönhuber, der heute Kontakt zu DVU, »Deutscher National-Zeitung« sowie NPD und Horst Mahler sucht.
- www.werkstatt-neues-deutschland.de
Aggressive Internetseite wiederum der »Deutschland-Bewegung« um Oberlercher und Mahler.

Ausgewählte Internet-Adressen und Kontakte gegen Rechtsextremismus

Folgende ausgewählte Internet-Adressen bieten dagegen Informationen und praktische Kontakte zum Thema Rechtsextremismus und zum Umgang mit Rechtsextremismus sowie Hinweise auf Veranstaltungen und Informationen:

■ www.ag-netzwerke.de

ist die Seite der AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus. Hier gibt es umfangreiche Informationen, Arbeitsmaterialien, aktuelle Presseberichte, einen Expertenpool und Links zu vielen anderen Projekten.

■ www.akdh.ch

ist die Seite der »Aktion Kinder des Holocaust«. Sie bietet zahlreiche Informationen über Antisemitismus und Holocaustleugnung und bietet ein Forum für Kommunikation zwischen den Generationen.

■ www.aktioncourage.org

ist die Internetseite der Aktion Courage e.V. – SOS Rassismus, eines politisch unabhängigen Bundesverbandes von Gruppen und Einzelpersonen aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

■ www.aktion-noteingang.de

informiert über die Initiative »Aktion Noteingang«.

■ www.aktiv-gegen-rechts.de

bietet Informationen, Veranstaltungs- und Aktionshinweise, Anlaufstellen, Hinweise, Argumente und Argumentationshilfen und viele weitere Links »gegen rechts«. Bereitgestellt von der SPD Brandenburg.

■ www.amadeu-antonio-stiftung.de

ist die Internet-Seite der demokratischen Stiftung (benannt nach dem Opfer eines rassistischen Mordes), die sich der Bekämpfung von antidemokratischen Tendenzen wie Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und dem Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft im Osten Deutschlands verschrieben hat.

■ www.antirassismus-jugend.de

ist die Internet-Seite der »Arbeitsgruppe Antirassismus der ver.di-Jugend«. Hier bekommt man zu ihren (gewerkschaftlichen) Aktivitäten, Seminaren, AGs und Initiativen Hinweise sowie Literatur.

■ www.apabiz.de

ist die Webseite des »Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.«, mit weiteren Links zu internationalen Gruppen und Dokumentationszentren.

■ www.aric.de

Hier gibt es Informationen zum Anti-Rassismus-Informationszentrum, einem Zusammenschluss von Initiativen und Projekten mit und für Migrantinnen und Migranten.

■ www.baustein.dgb-bwt.de

bietet einen »Baustein« zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit – ein Projekt des DGB-Bildungswerkes Thüringen, das auf den Abbau von Vorurteilen auch in »normalen« Seminaren und Bildungsveranstaltungen zielt.

■ www.berlinet.de/ari

ist die Internet-Seite der »Antirassistischen Initiative e.V.«.

■ www.bildungsserver.de

ist die Web-Seite des Deutschen Bildungsservers und bietet Links zu den Bildungsservern der Bundesländer u.a. mit Informationen zu Rechtsextremismus und insgesamt intensivem Serviceangebot für Schüler, Lehrer, Auszubildende, Studierende und Eltern.

■ www.bmwa.bund.de

■ www.bmfsfj.de

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend informieren über arbeitsrechtliche Möglichkeiten zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit in den Betrieben und über Fördermaßnahmen gegen Diskriminierung.

■ www.bnr.de

ist die informative Internet-Seite der 14-tägig erscheinenden, SPD-nahen antifaschistischen Zeitschrift »Blick nach rechts«; kurz, prägnant und übersichtlich erfährt man das Wichtigste über die rechtsextreme Szene und bekommt Informationen zu neuesten Veröffentlichungen über den Rechtsextremismus.

■ www.bpb.de

ist die Seite der Bundeszentrale für politische Bildung. Unter der Rubrik »Innenpolitik« findet man hier den Schwerpunkt »Rechtsextremismus« mit Verweisen auf aktuelle Publikationen sowie Arbeitsmaterialien für den Unterricht.

■ www.bpb-aktiv.de

ist die Seite des Projekts »Was tun gegen Rechtsextremismus« der Bundeszentrale für politische Bildung. Hier gibt es u.a. Online-Publikationen, eine »Chronik der Gewalt« (1990-2002), Argumentationshilfen sowie eine Liste mit Computerspielen und Filmen, die sich mit Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzen.

■ www.brandenburg.de

Über diese Seite bekommt man Informationen zum Handlungskonzept der brandenburgischen Landesregierung gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus »Tolerantes Brandenburg«.

■ www.bundesregierung.de

informiert über Maßnahmen der Bundesregierung gegen den Rechtsextremismus.

■ www.burks.de

Die Seite des Journalisten Burkhard Schröder bietet die wohl ausführlichste Liste von antifaschistischen Links und Web-Seiten sowie eine ausführliche Liste rechtsextremer Seiten.

■ www.demokratie-macht-schule.de

der DGB-Jugend bietet vielfältige Hinweise zur demokratischen Schule, gegen Fremdenfeindlichkeit und für couragiertes Handeln.

■ www.der-rechte-rand.de

ist die Internetseite des zweimonatlich erscheinenden antifaschistischen Informationsdienstes »Der Rechte Rand«.

■ www.enar-eu.org

ist eine Seite der Europäischen Union, die auf ein Netz von NROs aus den EU-Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit zielt und EU-weite Informationen offeriert.

■ www.erziehung-nach-auschwitz.de

informiert zur Geschichte des Nationalsozialismus, zur Gegenwart des Rechtsextremismus und zum pädagogischen Umgang mit Vorurteilen im Sinne einer Ethik nach Auschwitz.

■ www.exil-Club.de

ist ein Kooperationsprojekt der Else-Lasker-Schüler-Stiftung und Schulen ans Netz e.V. und wird vom BMBF finanziert. Die virtuellen »Rundgänge« sollen die Auseinandersetzung mit der Erfahrung des Fremdseins im Exil anregen. Die Seite dient Lehrern und Schülern zur Recherche von Arbeitsmaterialien im Internet.

■ www.extremismus.com

ist eine Webseite zur Extremismusforschung, auf der wissenschaftliche Publikationen zum Thema veröffentlicht werden können. Es gibt hier aktuelle Dokumentationen sowie Links zu Archiven, Quellen und Dokumenten.

■ www.freudenbergstiftung.de

Hier gibt es Links zu den Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule in den neuen Ländern und zu anderen Projekten.

■ www.fritz-bauer-institut.de

ist die Internetadresse des Fritz-Bauer-Instituts, eines Studien- und Dokumentationszentrums zur Geschichte und Wirkung des Holocausts (benannt nach dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der für die Anklageerhebung im Auschwitz-Prozess (1963–1965) verantwortlich ist. Mit diesem Prozess gewann die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in Deutschland erstmals eine öffentliche Dimension).

■ www.gegen-vergessen.de

ist die Internet-Seite des Vereins »Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.«, eines Zusammenschlusses von Politikern, Wissenschaftlern, Pädagogen und Gewerkschaftlern im Besonderen zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Erin-

nerungsarbeit; es werden Buchempfehlungen gegeben und Hinweise auf Arbeitsgruppen, Veranstaltungen und Forschungen vermittelt.

■ www.gesicht-zeigen.de

Hier gibt es Informationen zur übergreifenden Initiative »Gesicht zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V.« und weitere Links zu Aktionen und Projekten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sowie Hintergrundinformationen zu diesen Themen.

■ www.holocaust-education.de

verweist u.a. auf ein interessantes und hilfreiches CD-ROM-Projekt »Lernen aus der Geschichte: Projekte zu Nationalsozialismus und Holocaust in Schule und Jugendarbeit«.

■ www.icare.to

Die deutsche Seite des EU-unterstützten antirassistischen Projekts »Internet Centre Anti-Racism Europe«, das Informationen, Diskussionen, Projekte, Austausch und Tagungen bietet.

■ www.idgr.de

ist die Seite des Informationsdienstes gegen Rechtsextremismus. Hier findet man u.a. das »Online-Lexikon Rechtsextremismus« sowie Texte und Dokumente zum Thema.

■ [www.integrationsbeauftragte.de/
links/index.stm](http://www.integrationsbeauftragte.de/links/index.stm)

bietet eine sehr gut organisierte Linkliste zu Organisationen aus Politik, Pädagogik, Medizin, Forschung, Interkulturellen Studien und Flüchtlingshilfe.

■ www.naiin.org

Hier können Seiten mit rechtsextremem und pornographischem Inhalt gemeldet werden, die dann überprüft und nach Prüfung vom Anbieter abgeschaltet werden.

■ www.nazis.de

ist ein Dialogforum der »Initiative Dialog«.

■ www.netzgegenrechts.de

sucht den Aufbau einer Netzwerkarbeit im Internet und darüber hinaus, bietet Informationen und Links.

■ www.nrwgegenrechts.de

verweist auf nordrhein-westfälische Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie auf Kabinettsbeschlüsse und Pressemitteilungen des NRW-Innenministeriums.

■ www.opferperspektive.de

ist die Webseite der hervorragenden mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg, die auch zur Vernetzung von Initiativen vor Ort arbeitet und eine besonders gute Öffentlichkeitsarbeit leistet.

■ www.raa.de

ist die Kontaktadresse der »Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien« in Nordrhein-Westfalen (RAA). Sie ist eine der wichtigsten Adressen für Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus.

■ www.sjd-die-falken.de

ist die Internetseite der »Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken«, die sich besonders engagiert als Jugendorganisation für die Bekämpfung des Rechtsextremismus einsetzen.

■ www.shoa.de

informiert mit Hilfe von Bildern, Dokumentationen, Zeittafeln und Biographien über die Geschichte des Holocausts und des Nationalsozialismus.

■ www.step21.de

ist eine »Jugendinitiative für Toleranz und Weltoffenheit«. Auf der Webseite finden sich Veranstaltungshinweise und Informationen. U. a. werden die Ergebnisse des Projekts »Fairlink« für Toleranz im Internet vorgestellt.

■ www.diss-duisburg.de

ist die Internet-Seite des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, das seit vielen Jahren zum Thema Rechtsextremismus arbeitet und recherchiert und einmal jährlich gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Winter-Kolloquium anbietet.

■ www.webforum-jugend.de

Kontakt zum EU-Aktionsprogramm JUGEND. Hier gibt es Geld für internationale Projekte, die von Jugendlichen selbst umgesetzt werden, und für Organisationen, Einrichtungen und Vereine, die Jugendbegegnungen durchführen.

■ www.verfassungsschutz.de

bietet weitere Informationen und Daten zum Rechtsextremismus.

■ www.zdk-berlin.de

ist die Webseite des Zentrums Demokratische Kultur, das zur Entwicklung des Rechtsextremismus forscht und den Aufbau demokratischer Strukturen auf kommunaler Ebene unterstützt.

■ www.zivile.de

ist die Seite des Projektes Weiße Rose und hat mit der Initiative-Dialog (www.initiative-dialog.de) den Demokratiepreis erhalten. Trägt durch Diskussionsforen zur Gründung von Aktionsgruppen bei und bietet Projekte an.

Kommentierte Literaturhinweise

Zeitschriften und Periodika zum Rechtsextremismus

■ Blick nach rechts, vierzehntägig
Wichtiges Periodikum zur Information und Aufklärung über den Rechtsextremismus, gibt einen Überblick über Tendenzen der Szene und über den Stand der neuen Literatur sowie Projekte über und gegen den Rechtsextremismus.
www.bnr.de

■ Antifaschistisches Info-Blatt, mehrmals im Jahr (seit 1987)
Detaillierte und kenntnisreiche Berichte und Analysen zum Rechtsextremismus.
www.nadir.org/nadir/periodika/aib

■ DISS-Journal (des Duisburger Instituts für Sozialforschung), zweimal im Jahr (seit 1998)
Wissenschaftlich begründete Analysen, insbesondere zu Rechtsextremismus und rechtsextremen Diskursen.
www.diss-duisburg.de/DISS_Journale.htm

■ Der Rechte Rand, zweimonatlich
Essayistische und wissenschaftliche Analysen und Informationen zum Thema.
www.nadir.org/nadir/periodika/drr

Hinzuweisen ist auch auf die jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichte des Bundes (www.verfassungsschutz.de) und der Länder. Die Ämter für Verfassungsschutz geben oftmals auch zusätzlich gesonderte Broschüren zum Thema heraus. Als besonders weitgehend, informativ und genau in der Beobachtung und realistischen Erfassung rechtsextremer Tendenzen haben sich über Jahre hinweg die Verfassungsschutzberichte der Landesämter in Nordrhein-Westfalen und Bayern erwiesen.

Ausgewählte und zitierte Bücher und Aufsätze

■ Ahlheim, Klaus / Bardo Heger 2001: Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit: Handreichungen für die politische Bildung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Eine ausgesprochen gute Einführung, hervorragend geeignet für Mittler in der politischen Bildungsarbeit, erhältlich über die Bundeszentrale für politische Bildung.

■ Ahlheim, Klaus / Bardo Heger 1999: Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – empirische Befunde, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Eine der besten Sammlungen empirischer Studien zu Fremdenfeindlichkeit, sehr zugängliche Einführung auf dem neuesten Stand der Forschung.

■ Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NRW (Hg.) 1998a: Den Opfern gewidmet. Auf Zukunft gerichtet. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf: Landeszentrale für politische Bildung
Beispielhafter Überblick und Darstellung der Gedenkstätten und Gedenkarbeit in Nordrhein-Westfalen.

■ Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NRW (Hg.) 1998b: Forschen – Lernen – Gedenken. Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen
Besondere Darlegung der Möglichkeiten von politischer Bildung im Bereich der Gedenkarbeit in Nordrhein-Westfalen.

■ Assheuer, Thomas / Hans Sarkowicz 1992: Rechtsradikale in Deutschland: Die alte und die neue Rechte, München: Verlag C.H. Beck
Hervorragender Überblick über die Geschichte des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.

- Backes, Uwe/Eckhard Jesse 1996: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
Problematische Einschätzung und Bewertung des Rechtsextremismus aus rechtskonservativer Sicht.
- Bailer-Galanda, Brigitte/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hg.) 1997: Die Auschwitz-Leugner, Berlin: Elefant Press
Sammelband zu den internationalen Entwicklungen und Einflüssen der Holocaust-Leugnung und des »historischen Revisionismus«, der den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus leugnet.
- Behrends, Jan C./Dennis Kuck/Patrice G. Poutus 2000: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern, Thesenpapier für das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Landes Brandenburg, Potsdam
Über das Aktionsbündnis erhältliches gutes wie knappes Thesenpapier zum Thema mit ausführlichen Literaturhinweisen.
- Benz, Wolfgang (Hg.) 1994: Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a.M.: Fischer
Guter Sammelband zur Einführung in das Thema, allerdings nicht aktuell.
- Butterwegge, Christoph 1996: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
Sehr gute, kritische Einführung über verschiedene Deutungsansätze zum neuen Rechtsextremismus.
- Butterwegge, Christoph/Georg Lohmann 2000: Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Opladen
Anregende Analysen und theoretisch orientierte Argumente auf dem gegenwärtigen Stand der Forschung.
- Butterwegge, Christoph 2000: Rechtsextremismus. HERDER Spektrum, Freiburg.
Überblick über Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenstrategien zur umfassenden Orientierung.
- Cordes, Britta/Elke Lang/Erik Weckel 2000: Demokratie Macht Schule, Hamburg: DGB-Landesbezirk Nord, Abteilung Jugend 2000 (www.demokratie-macht-schule.de)
Kreative Vorschläge zur Demokratieverziehung und aktiven Demokratie gegen Ausgrenzung in der Schule.
- Creighton, Allan/Paul Kivel 1993: Die Gewalt stoppen. Ein Praxisbuch für die Arbeit mit Jugendlichen, Mühlheim/Ruhr: Verlag an der Ruhr
Wegweisende Ideen für die Arbeit mit Jugendlichen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.
- Deutsche Shell (Hg.) 2002: Jugend 2002. Frankfurt: Fischer
- Elsässer, Jürgen 1998: Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde. Mit einem Vorwort von Jürgen Trittin, Hamburg: Konkret Verlag
Scharfe Analyse der DVU vor dem Hintergrund der Ansätze einer völkischen Massenbewegung.
- Faber, Richard/Hajo Funke/Gerhard Schoenberger (Hg.) 1995: Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt, Berlin: Edition Hentrich (Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz, Bd. 5)
Wichtiger Sammelband zu Ideologie und Gewalt des Rechtsextremismus in den 1990er Jahren, vor dem Hintergrund seiner geschichtlichen Entwicklung und Bezüge.
- Falter, Jürgen W./Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hg.) 1996: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung
Sammelband, der Forscher zum Rechtsextremismus aus verschiedensten Richtungen vereint.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) 2000: Die gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung
- Frindte, Wolfgang (Hg.) 1999: Fremde, Freunde, Feindlichkeiten. Sozialpsychologische Untersuchungen, Opladen: Westdeutscher Verlag
Untersuchungen mit teils eigenwilligen, stets interessanten sozialpsychologischen Deutungen.

- Fromm, Rainer/Barbara Kernbach 2001: Rechtsextremismus im Internet: Die neue Gefahr, München: Olzog Verlag
Guter Überblick zum Thema.
- Fromm, Rainer 1993: Am rechten Rand: Lexikon des Rechtsradikalismus, Marburg
Hilfreiches Nachschlagewerk, teils aber nicht mehr aktuell.
- Funke, Hajo 1989: Die »Republikaner«, Berlin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Früher Überblick über Geschichte und Bedeutung der rechtsextremen Partei.
- Funke, Hajo 1991: »Jetzt sind wir dran«. Nationalismus im geeinten Deutschland, Berlin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Kritische empirische Bestandsaufnahme eines neuen Nationalismus und Rechtsextremismus, der im Zuge der deutschen Einheit entstanden ist.
- Funke, Hajo 1993: Brandstifter: Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus, Göttingen: Lamuv
Analyse der rechtsextremen Pogrom- und Gewaltwelle 1991–1993 und eine kritische Einschätzung zur Rolle der Politik.
- Funke, Hajo 1995: Rechtsextremismus – Zeitgeist, Politik und Gewalt. Eine Zwischenbilanz, in: Richard Faber u.a. (Hg.), Rechtsextremismus – Ideologie und Gewalt. Berlin: Edition Hentrich
- Funke, Hajo 2001: Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Berlin: Das Arabische Buch
Analyse insbesondere des aktuellen Rechtsextremismus neuen Typs.
- Funke, Hajo/Lars Rensmann 2000: Kinder der Einheit. Die soziale Dynamik des Rechtsextremismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2000, S. 1069–1078
Bestandsaufnahme der rechtsextremen Dynamik und des Rechtsextremismus insbesondere in Ostdeutschland.
- Gessenharter, Wolfgang/Helmut Fröchling (Hg.) 1999: Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen: Leske & Budrich
Bedeutender Sammelband der jüngeren Forschung, der wissenschaftliche Ansätze und Verfassungsschutzperspektiven – nicht ohne Kontroversen – ins Gespräch bringt.
- Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.) 2002: Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen: Leske & Budrich
Hilfreiches Nachschlagewerk.
- Heitmeyer, Wilhelm 1999: Sozialräumliche Machtgewinne des ostdeutschen Rechtsextremismus – zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen, in: Peter Kalb u.a. (Hg.), Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, Weinheim
Interessante Analyse aus modernisierungstheoretischer Sicht, gesättigt durch Lokalanalysen.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 2002ff.: Deutsche Zustände. Frankfurt: Suhrkamp.
Reihe in der edition Suhrkamp, die als jährlicher Report angelegt ist. Basis bildet eine jährliche repräsentative Befragung von 3.000 Personen zu Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit«, wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Heterophobie (gegen Obdachlose, Homosexuelle, Muslime etc.) und Sexismus.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt: Fischer
- Hufer, Klaus-Peter 2001: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag
Ideal für die politische Bildung und ihre Mittler, eine glänzende Einführung, um rechtem Denken etwas entgegenzusetzen; zu beziehen über die Bundeszentrale für politische Bildung.

- Jaschke, Hans-Gerd 1994: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Opladen: Westdeutscher Verlag
Eine der führenden Einführungen in das Thema; bedarf der Aktualisierung angesichts der Entwicklungen der jüngeren Jahre.
- Jäger, Siegfried u.a. 1994: BrandSätze. Rassismus im Alltag, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Bedeutende Analyse rechtsextremer Diskurse in Politik und Gesellschaft.
- Kellershohn, Helmut (Hg.) 1994: Das Plagiat: Der völkische Nationalismus der »Jungen Freiheit«, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Hervorragende Studien zur rechtsextremen Wochenzeitung »Junge Freiheit« und ihrem Umfeld.
- Kemper, Markus/Harald Klier/Hajo Funke 1998: »Ich will mich nicht daran gewöhnen«. Fremdenfeindlichkeit in Oranienburg, Berlin: Das Arabische Buch
Ausgewiesene Lokalstudie zum Rechtsextremismus und politischem Versagen bei seiner Bekämpfung.
- Koopmans, Ruud 1995: A burning question: explaining the rise of racist and extreme right violence in Western Europe, Berlin: WZB
- Kopke, Christoph/Lars Rensmann 2000: Die Extremismus-Formel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12 (2000), S. 1451–1462
Kritische Analyse der Ansätze der Extremismusforschung, welche die spezifische Dynamik und das Ausmaß des Rechtsextremismus sowie rechtsextremer Gewalt unterschätzen und beim Thema von einem »Popanz« reden.
- Kraak, Bernhard/Gudrun-Anne Eckerle 1999: Selbst- und Weltbilder Gewalt bejahender Jugendlicher, in: Rainer Dollase u.a. (Hg.), Politische Psychologie der Fremdenfeindlichkeit, Weinheim/München: Juventa
Bedeutender Aufsatz zur wissenschaftlichen Analyse jugendlicher rechtsextremer Erlebniswelten und Motivationen.
- Lanig, Jonas 1996: 100 Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Gewalt, Göttingen
Bietet vielfältige praktische Projekte und sinnvolle Anregung für weitere Projektideen.
- Leggewie, Claus 1987: Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin: Rotbuch-Verlag
- Lynen von Berg, Heinz 2000: Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990-1994), Opladen: Leske & Budrich
- Mecklenburg, Jens (Hg.) 1997: Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin: Elefanten Press
Gut lesbarer Überblick über Geschichte und Gegenwart der drei zentralen rechtsextremen Parteien in Deutschland.
- Mecklenburg, Jens (Hg.) 1999: Was tun gegen rechts, Berlin: Elefanten Press
Wichtige Sammlung verschiedener Aufsätze zum Umgang mit Rechtsextremismus und zu neuen Wegen der Praxis gegen rechts, zur politischen Bildung und zur Jugendarbeit.
- Minkenberg, Michael 1998: Die Neue Radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
Interessante Vergleichsstudie zur radikalen und Neuen Rechten in internationaler Perspektive.
- Möller, Kurt/Siegfried Schiele (Hg.) 1996: Gewalt und Rechtsextremismus. Ideen und Projekte für soziale Arbeit und politische Bildung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag
Kenntnisreiche Darlegung von Projekt-Ideen insbesondere im Bereich politischer Bildung.
- Otto, Hans-Uwe/Roland Merten (Hg.) 1993: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
Nach wie vor sehr lesenswerter Sammelband, der 40 verschiedene Aufsätze aus verschiedenen Forschungsperspektiven und unterschiedlichen Gegenstandsbereichen enthält.

- Pfahl-Traughber, Armin 1993: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn: Bouvier
Brauchbarer Überblick zu rechtsextremen Organisationen nach der Wende.
- Pfeiffer 2000: Gewalterfahrung, Schulschwänzen und delinquentes Verhalten Jugendlicher in Rostock, Hannover: Forschungsberichte des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen
Genau und eindrucksvolle Studie zum Hintergrund jugendspezifischer Milieuaspekte des Rechtsextremismus.
- Posselt, Ralf-Erik/Klaus Schumacher 1993: Projekthandbuch: Gewalt und Rassismus. Handlungsorientierte und offensive Projekte, Aktionen und Ideen zur Auseinandersetzung und Überwindung von Gewalt und Rassismus in Jugendarbeit, Schule und Betrieb, Mülheim/Ruhr: Verlag an der Ruhr
Weitere reichhaltige Quelle für praktische Initiativen und Projekte für die Arbeit mit Jugendlichen/in der Schule.
- Prozessbeobachtungsgruppe Guben (Hg.) 2001: Nur ein Toter mehr ..., Münster: Unrast Verlag
Eindrucksvoller Prozessbericht, der die juristische Aufarbeitung und den gesellschaftlichen Kontext der rassistischen Hetzjagd analysiert, die zum Tod eines Menschen geführt hat.
- Puvogel, Ulrike/Martin Stankowski 1996: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation I, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
Umfassender erster Teil einer Gesamtdokumentation der Mahn- und Gedenkstätten in Deutschland.
- Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. (Hg.) 1995: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Handbuch zu interkulturellen Projekten in den neuen Bundesländern, Berlin
Nach wie vor wichtige Anregungen und Überblicke über interkulturelle Projekt-Ideen.
- Rommelspacher, Birgit 1995: Dominanzkultur, Berlin: Orlanda
Kritische Einschätzung traditioneller Erklärungsansätze zum Rechtsextremismus, Entwurf der These von Rechtsextremismus als »Dominanzkultur«.
- Schramm, Hilde u.a. 2000: Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Unterricht. Projektvorstellung und Katalog mit Bildungsbausteinen, Potsdam: Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule
Effektiver Ansatz zur Bearbeitung von Vorurteilen und rechtsextremen Einstellungen in der schulischen Arbeit
- Schröder, Burkhard 1997: Im Griff der rechten Szene: Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek: Rowohlt
Journalistische Reportage, gut recherchiert.
- Schröder, Burkhard 2000: Rechtsextremismus im Internet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2000, S. 49–54
Kenntnisreiche, knappe Darstellung des Problemfelds Internet.
- Schubarth, Wilfried/Richard Stöss (Hg.) 2000: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
Aktuelle Bilanz des zeitgenössischen Rechtsextremismus und der Auseinandersetzung von Politik und Gesellschaft mit Rechtsextremismus aus verschiedenen Forschungsperspektiven, mit Einschätzungen und Strategien pädagogischer Arbeit u.a. mit rechtsorientierten Jugendlichen.
- Silbermann, Alphons/Francis Hüsters 1995: Der »normale« Haß auf den Fremden. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung zu Ausmaß und Hintergründen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, München: Quintessenz
Eindrucksvolle empirische Untersuchung zur alltäglichen Fremdenfeindlichkeit in Deutschland.
- Silbermann, Alphons/Stoffers, Manfred 2000: Auschwitz: nie davon gehört? Erinnern und Vergessen in Deutschland, Berlin: Rowohlt

- Skarpelis-Sperk, Sigrid 2001: Aktiv gegen Rechts: Informationen und Argumente gegen Rechtsextremismus, in: Info aus Berlin, Januar 2001
Knappe, gut formulierte Stichworte der SPD-Bundestagsabgeordneten, E-Mail: sigrid.skarpelis-sperk@wk.bundestag.de
- Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken (Hg.) 2001: Gemeinsam gegen rechts, Bonn: SJD/Die Falken (Max-Westphal-Haus, Kaiserstr. 27, 53113 Bonn)
Broschüre mit knappen Überblickstexten und vielfältigen Aktionsideen für couragiertes Handeln.
- Stöss, Richard 2000: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
Sehr guter Überblick zu Strukturen und Einstellungen des Rechtsextremismus in Deutschland.
- Stöss, Richard 2000: Die extreme Rechte und ihr gesellschaftlicher Rückhalt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 51. Jg., 11 (2000), S. 601–607
Neue Umfragen und Forschungen zum gesellschaftlichen Rückhalt des Rechtsextremismus, knapp dargestellt.
- Sturzbecher, Dietmar 1997: Jugend und Gewalt in Ostdeutschland, Göttingen: Lamuv
Vorläuferstudie zu Sturzbechers aktueller Arbeit zur »Jugend in Ostdeutschland«.
- Sturzbecher, Dietmar 2000: Jugend in Ostdeutschland – Lebenssituation und Delinquenz, Opladen: Leske & Budrich
Wichtige empirische Studie zu Lebenssituation und Einstellungen von Jugendlichen in Ostdeutschland.
- Wagner, Bernd 1998: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin: Zentrum demokratische Kultur
Hervorragende, genaue, aus der Arbeit vor Ort gesättigte Analyse des gegenwärtigen Rechtsextremismus in Ostdeutschland und des Rechtsextremismus als »soziale Bewegung«.
- Wagner, Bernd 2000a: Rechtsextremismus und völkische Orientierung – Zur gegenwärtigen Lage in den neuen Bundesländern, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 9, Frankfurt a.M.: Campus, S. 22–34
Auf neuerem Stand, aber deutlich knapperer Überblick von Wagner über den Rechtsextremismus in Ostdeutschland.
- Wagner, Bernd 2000b: Rechtsextremismus und Jugend, in: Schubarth/Stöss 2000, S. 155–166
Präziser Überblick über das Phänomen rechtsextremer Jugendkultur und rechtsextrem orientierter Jugendgruppen; sehr empfehlenswert.
- Wagner, Bernd 2000c: Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/2000, S. 30–39
Insbesondere Darlegung zentraler Initiativen in Berlin und Brandenburg gegen Rechtsextremismus und Rassismus, wie »Regionale Arbeitsstellen« und »Mobile Beratungsteams« oder »Amadeu Antonio Stiftung«.
- Welskopf, Rudolf/Ronald Freytag/Dietmar Sturzbecher 2000: Antisemitismus unter Jugendlichen in Ost und West, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 9, Frankfurt a.M.: Campus, S. 35–70
Ebenso interessante wie aktuelle Vergleichsstudie unter Jugendlichen.

Herausgeberin

SPD-Bundestagsfraktion
Petra Ernstberger MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz der Republik
11011 Berlin

Verantwortlich

Sebastian Edathy MdB
Kerstin Griese MdB
Arbeitsgruppe Rechtsextremismus
der SPD-Bundestagsfraktion

Autoren

Hajo Funke
Lars Rensmann
unter Mitarbeit von
Bernd Sommer
Hans-Peter Waldhoff

Bezugsadresse

SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik
11011 Berlin
oder unter:
www.spdfraktion.de

Gesamtherstellung

Petra Bauer, Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn
pb.cicero@t-online.de

April 2005

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.